

UNIVERSITÄT TARTU
PHILOSOPHISCHE FAKULTÄT
Institut für germanische, romanische und slawische Philologie

Uta Kührt

DEUTSCH-ESTNISCHES WÖRTERVERZEICHNIS
ZUM THEMA AUFENTHALTSTITEL

Magisterprojekt

Betreuerinnen Terje Loogus, PhD und Ene Andresen, *LL.M.*

TARTU 2010

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung.....	3
2. Theorieteil	5
2.1. Hintergrund von Migration und die Europäische Union	5
2.1.1. Die Entwicklung der europäischen Migrationspolitik.....	6
2.1.2. Die Situation in Estland.....	10
2.1.3. Die Situation in Deutschland.....	13
2.2. Rechts- und Verwaltungssprache.....	15
2.3. Methodologische Überlegungen	17
3. Praktischer Teil.....	19
3.1. Grundsätze und Probleme beim Erstellen des Wörterverzeichnisses.....	19
3.1.1. Grundsätze.....	19
3.1.2. Probleme und deren Lösung.....	21
3.2. Zum Aufbau des Wörterverzeichnisses.....	23
3.3. Wörterverzeichnis.....	25
3.4 Wortliste estnisch-deutsch.....	54
4. Konklusion.....	59
Kokkuvõte: Saksa-eeesti valiksõnastik elamislubade teemal.....	60
Literaturverzeichnis	61
Quellenverzeichnis.....	62
Internetquellenverzeichnis.....	63
Muster von Formularen.....	68

1. Einleitung

Europa zieht seit den 1960er Jahren vermehrt Menschen aus anderen Ländern an, die Arbeit, bessere Lebensbedingungen oder Sicherheit suchen. Der Zustrom an Einwanderern stellt die europäischen Staaten vor die Aufgabe, die neuen Einwohner unter Berücksichtigung internationaler und nationaler Vorschriften aufzunehmen. Ein Schritt hierbei ist die Anmeldung der Ausländer bei den zuständigen Behörden, um zu bestätigen, dass sie sich legal in dem Staat aufhalten. Dank der Gesetzgebung der Europäischen Union haben sich manche Verfahren vereinfacht, umgehen lässt sich aber eine Anmeldung selbst für Unionsbürger noch nicht. Die fortschreitende europäische Integration und deren Auswirkungen waren ein ausschlaggebender Punkt bei der Themenwahl.

Zur Beantragung eines Aufenthaltstitels sind verschiedene Formulare auszufüllen, die der Gegenstand der vorliegenden Arbeit sind. Deutschland war und ist auf Grund seines hohen Lebensstandards ein beliebtes Einwanderungsland. Dies ist ein Grund dafür, warum nur deutsche Formulare (und nicht etwa estnische) als Ausgangspunkt für die Arbeit dienen.

Formulare bereiten dem sie ausfüllenden Bürger oft Schwierigkeiten. Diese Schwierigkeiten „liegen dabei weniger in der Entschlüsselung komplexer Ausdrücke, sondern im fehlenden Wissen ihrer fachlichen Bedeutung“ (Becker-Mrotzek 1999: 1397). Beherrscht der ausfüllende Bürger die Sprache, in der die Formulare abgefasst sind, nicht ausreichend, so steigen diese Schwierigkeiten noch an, vor allem, wenn das Formular nur einsprachig verfasst ist.

Das Ziel der Arbeit ist es daher, die wichtigsten und die auf Grund der Unterschiede zwischen dem estnischen und dem deutschen Rechts- und Verwaltungssystem am interessantesten Begriffe auf den auszufüllenden Formularen zusammenzutragen und diese Begriffe zu erklären. Um Unterschiede und Gemeinsamkeiten bezüglich der Begriffe ausfindig zu machen, wurden sowohl estnische als auch deutsche Formulare betrachtet. Ein untergeordnetes Ziel der Arbeit ist es auch, anhand des Beispiels der Formulare zur Anmeldung von Unionsbürgern die praktische Umsetzung der Richtlinie 2004/38/EG in Estland und Deutschland zu untersuchen. Daher wird auch die Situation in Estland geschildert, wobei der Schwerpunkt der Arbeit doch auf Deutschland liegt.

Die Arbeit ist in einen theoretischen und einen praktischen Teil gegliedert, wobei letzterer von einer estnischsprachigen Zusammenfassung, Literaturverzeichnissen und Formularmustern abgeschlossen wird. Hierbei umfasst das Literaturverzeichnis die im Theorieteil verwendeten, gedruckten Quellen, das Quellenverzeichnis die im Wörterverzeichnis verwendeten, gedruckten Quellen und das

Internetquellenverzeichnis alle Quellen aus dem Internet sowohl für den Theorieteil als auch für das Wörterverzeichnis.

Als mögliche Zielgruppe des Wörterverzeichnisses sieht die Autorin Personen, die sich mit dem deutschen Ausländerrecht beschäftigen und daher den entsprechenden Wortschatz benötigen, z. B. estnische Juristen, sowie Personen, die vorhaben, sich für längere Zeit in Deutschland aufzuhalten. Ebenso könnte das Wörterverzeichnis Personen interessieren, die sich mit dem deutschen Verwaltungssystem auseinandersetzen.

Manche Begriffe und Definitionen der vorliegenden Arbeit könnten in andere, schon existierende Glossare mit aufgenommen werden und diese somit ergänzen.

Die Autorin möchte sich bei allen Personen bedanken, die ihr beim Verfassen der Arbeit mit Rat und Tat zur Seite gestanden haben, insbesondere bei den Betreuerinnen ihrer Arbeit Frau Terje Loogus und Frau Ene Andresen, die wertvolle Unterstützung geleistet haben, was sowohl den Inhalt als auch den Aufbau der Arbeit angeht. Auch bedankt sich die Autorin bei Frau Maimo-Lii Paloveer, Pressevertreterin des estnischen Polizei- und Grenzschutzamtes, die Hintergrundinformationen zu den estnischen Formularen geben konnte. Schließlich möchte die Autorin Frau Sabine Ludwig von der Ausländerstelle der Stadt Biberach danken, deren praktische Hinweise und Erklärungen eine große Hilfe waren.

2. Theorieteil

Der Theorieteil ist in drei Teile gegliedert. Der erste Teil behandelt den historischen, rechtlichen und politischen Hintergrund von Migration in der Europäischen Union (EU) und geht damit auf den Inhalt des Wörterverzeichnisses ein. Der zweite Abschnitt des Theorieteils stellt die Besonderheiten von Verwaltungs- und Rechtssprache dar. Er konzentriert sich damit auf den sprachlichen Aspekt des Wörterverzeichnisses.

Diese beiden ersten Abschnitte sind zum Verständnis des Wörterverzeichnisses hilfreich: Zum einen ist das Thema Migration sehr komplex, so dass eine Einbettung des Wortschatzes in sein Umfeld unerlässlich ist. Betroffen sind die Bereiche Verwaltung, Recht, EU, Familie etc. Zum anderen ist es angebracht, auf den sprachlichen Aspekt des Wortfeldes einzugehen, da die Verwaltungs- als auch die Rechtssprache einige Eigenschaften besitzen, die beim Übersetzen bzw. bei der Suche nach analogen Bedeutungen in der Fremdsprache beachtet werden müssen.

Nach einem Überblick über die Entwicklung der Migrationspolitik der Europäischen Union (Kapitel 2.1.1.) geht der Theorieteil auf die im Mittelpunkt der Untersuchung stehenden Mitgliedstaaten Deutschland und Estland ein. In den Kapiteln 2.1.2. und 2.1.3. werden zunächst die relevanten Gesetze vorgestellt. Ausgehend von den Gesetzen werden die Formulare aufgezählt, deren deutscher Wortschatz im praktischen Teil untersucht wird und die bei der Suche nach estnischen Begriffen herangezogen wurden. Auch wird darauf eingegangen, wie die Formulare erstellt wurden. Mit dem Hintergrundwissen über die Formulare ist der Wortschatz einfacher einzuordnen. Schließlich werden die zuständigen Behörden in beiden Ländern vorgestellt. In Kapitel 2.2. folgen eine Definition von Verwaltungs- und Rechtssprache und die Beschreibung ihrer Besonderheiten.

Der dritte Abschnitt des Theorieteils erläutert die methodologischen Grundsätze bei der Erstellung des Wörterverzeichnisses.

2.1. Hintergrund von Migration und die Europäische Union

Mit dem Begriff Migration bezeichnet man „alle Wanderbewegungen, gleich welcher Verursachung, mit denen Gruppen oder Individuen ihren Wohnsitz vorübergehend oder ständig verändern“ (Rieger 2005: 574). Durch Migration wird stets versucht, die eigene Lebenslage zu verbessern. In der Migrationsforschung unterscheidet man hinsichtlich der Migrationsmotivation zwischen Flucht

und Arbeitsmigration und zwischen grenzüberschreitender und Binnenmigration (Rieger 2005: 574). In dieser Arbeit werden die Phänomene Arbeitsmigration und Binnenmigration untersucht. Es handelt sich deshalb um Binnenmigration, da die Migration innerhalb der EU trotz des Binnenmarktes doch zwischen verschiedenen Staaten stattfindet.

Da es in der Europäischen Union an Fachkräften mangelt und die Gesellschaft altert, sind die Aufnahmeländer generell an ausländischen Arbeitskräften interessiert und es wird versucht, internationale Migration zu begünstigen und zu vereinfachen (Geddes 2003: 4). Andererseits ist die EU gezwungen, die Migration zu filtern und zwischen erwünschten und unerwünschten Formen der Migration zu unterscheiden (Geddes 2003: 20), um illegale Migration, Kriminalität, Schmuggel etc. einzudämmen. Dieses Phänomen offener Märkte einerseits und relativ verschlossener Staaten andererseits wird auch als „liberales Paradox“ bezeichnet (Hollifield 2000: 174).

Die EU ist im Hinblick auf Migration ein besonderes Phänomen, da sie Unterschiede zwischen ihren Bürgern und Bürgern dritter Staaten, den sog. Drittstaatsangehörigen, macht. Die Freizügigkeit für EU-Bürger ist eine der Besonderheiten der EU-internen Migration. Die Freizügigkeit gilt für alle Bürger, die die Staatsbürgerschaft eines EU-Mitgliedstaates haben. Ebenso gilt sie für Drittstaatsangehörige, die in einem EU-Mitgliedstaat Aufenthaltsrecht haben. Im Fall von Drittstaatsangehörigen, die in keinem EU-Mitgliedstaat Aufenthaltsrecht haben und die in die EU kommen, spricht man von Extra-EU-Migration. Im Gegensatz dazu spricht man von Intra-EU-Migration, wenn sich Unionsbürger und Drittstaatsangehörige mit Aufenthaltsrecht zwischen EU-Mitgliedstaaten fortbewegen. Die Rechte von Drittstaatsangehörigen mit Aufenthaltsrecht sollen langfristig den Rechten von Unionsbürgern angeglichen werden. Auch wird auf eine gemeinsame Einwanderungspolitik aller EU-Mitgliedstaaten hingearbeitet. In welchen Etappen dies geschieht, wird im nächsten Kapitel erläutert.

2.1.1. Die Entwicklung der europäischen Migrationspolitik

Wie auch die folgenden Kapitel ist das folgende Kapitel zweigeteilt: Es wird unterschieden zwischen Migrationspolitik, die rein EU-Bürger betrifft und der, die Drittstaatsangehörige betrifft.

Zunächst wird die Entwicklung der Situation für Unionsbürger betrachtet. Der zentrale Begriff, wenn es heute um Migration innerhalb der EU geht, ist Freizügigkeit. Im Zusammenhang mit dem Binnenmarkt der EU versteht man unter Freizügigkeit Freiheit bei Einreise, Aufenthalt, beim Wohnen, der beruflichen Niederlassung und der Arbeitsplatzwahl (Vertrag über die Arbeitsweise der

Europäischen Union 2008: Artikel 45 ff.). Die Ursprünge der Freizügigkeit gehen zurück auf die römischen Verträge von 1957. Die sogenannten vier Freiheiten (Freizügigkeit für Personen, Dienstleistungen, Waren und Kapital) waren wesentlich für die Entwicklung des Binnenmarktes. Vor allem war die Freizügigkeit von wirtschaftlicher Bedeutung: So galt sie anfangs nur für Arbeitnehmer, nicht allgemein für alle Bürger. Dies ist ein Anzeichen dafür, wie sehr die Wirtschaft ein Motor für die europäische Integration war (Geddes 2003: 129). Mehr und mehr wuchs die Europäische Gemeinschaft aber von der wirtschaftlichen Rolle in eine politische Rolle hinein – der Vertrag von Maastricht von 1992 und mit ihm die Gründung der Europäischen Union bildeten hier einen Meilenstein (Presse- und Informationsamt 2001: 107). Um das Freizügigkeits- und Aufenthaltsrecht aller Unionsbürger zu vereinfachen und zu stärken, ersetzte die sogenannte Freizügigkeitsrichtlinie, die Richtlinie 2004/38/EG, vorhergehende diesbezügliche Rechtsakte. Die Richtlinie regelt „die Bedingungen, unter denen Unionsbürger und ihre Familienangehörigen das Recht auf Freizügigkeit und Aufenthalt innerhalb des Hoheitsgebietes der Mitgliedsstaaten genießen; das Recht auf Daueraufenthalt der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen im Hoheitsgebiet der Mitgliedsstaaten; die Beschränkungen der [...] genannten Rechte aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit“ (Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union 2004).

Von der praktischen Seite gesehen bedeutet die Freizügigkeit, dass ein Unionsbürger in einem anderen Mitgliedsstaat keine Aufenthaltsgenehmigung mehr beantragen muss. Für einen Aufenthalt von über drei Monaten reicht eine einfache Anmeldung bei den zuständigen Behörden aus. Aber selbst auf eine solche Anmeldung kann der Aufnahmestaat, wenn er es nicht für erforderlich hält, verzichten (Richtlinie 2004/39/EG Artikel 8). In Deutschland und Estland ist eine solche Anmeldung derzeit erforderlich. Das dafür benötigte Anmeldeformular ist ein Gegenstand der vorliegenden Untersuchung.

Im Folgenden wird die Entwicklung einer gemeinsamen Einwanderungspolitik betrachtet, welche für Drittstaatsangehörige von Bedeutung ist. Als den Anfang einer gemeinsamen Migrationspolitik kann man das Schengener Abkommen von 1985 sehen. Mit diesem Abkommen taten sich Frankreich, Deutschland und die Benelux-Staaten zusammen und schafften die gegenseitigen Grenzkontrollen ab. Gleichzeitig erhöhten sie interne Sicherheitsmaßnahmen, u. a. die Immigration betreffend (Geddes 2003: 131).

Im Bereich Einwanderung sah der Vertrag von Maastricht (1992) die Themen Einwanderungspolitik

und Aufenthaltsbedingungen von Drittstaatsangehörigen in der EU als von „gemeinsamen Interesse“ (Vertrag über die Europäische Union 1992: Artikel K.1 Nummer 3). Von gemeinsamer Politik war hier noch nicht ausdrücklich die Rede (Geddes 2003: 135). In Richtung gemeinsame Politik bewegte man sich aber mit dem Vertrag von Amsterdam, der 1999 in Kraft trat und mit dem die Themen Einwanderung und Asyl von der dritten Säule in die erste Säule, die sogenannte Gemeinschaftssäule, überführt und somit „vergemeinschaftlicht“ wurden. Der Vertrag von Amsterdam legte fest, dass die EU als ein „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ zu erhalten und weiterzuentwickeln ist. Der dem EG-Vertrag hinzugefügte Titel IV behandelte die Themen Freizügigkeit, Einwanderung und Asyl als eine Einheit. Das Schengener Abkommen wurde formell in den Vertrag von Amsterdam aufgenommen. Außerdem soll der freie Personenverkehr in Verbindung mit geeigneten Maßnahmen z. B. in Bezug auf Kontrollen an den Außengrenzen und Einwanderung gewährleistet werden. Eine Herausforderung für die EU besteht darin, dass die europäischen Bürger ihr Recht auf Freizügigkeit in der ganzen EU unter sicheren und rechtsstaatlichen Bedingungen geltend machen können (Europäische Kommission 2009b).

Es stünde im Widerspruch zu den europäischen Traditionen, denjenigen, die aus berechtigten Gründen Zutritt zur EU suchen, das Recht auf Freizügigkeit zu verwehren (Europäische Kommission 2009b). Dies erfordert jedoch, wie bereits erwähnt, eine gemeinsame Einwanderungspolitik. Das Tampere-Programm vom Oktober 1999, welches bis 2004 umgesetzt wurde, und seine Nachfolgeprogramme beschäftigten sich mit genau dieser Frage. Es wurde beschlossen, dass eine gemeinsame Einwanderungspolitik auf EU-Ebene entwickelt werden soll (Europäische Kommission 2009a). „Das Ziel ist die bessere Steuerung der Migrationsströme durch ein abgestimmtes Vorgehen unter Berücksichtigung der Wirtschafts- und Bevölkerungssituation der EU“ (Europäische Kommission 2009a). Das Nachfolgeprogramm von Tampere, das sogenannte Haager Programm von 2005, konzentrierte sich auf die weitere Stärkung von Freiheit, Sicherheit und Recht in der EU, mit besonderem Augenmerk auf der gezielten Förderung der Grundrechte, auf der Regulierung von Wanderungsbewegungen und auf der Kontrolle der Außengrenzen der EU. Auch soll die europäische Asyl- und Migrationspolitik noch weiter entwickelt werden. Hierzu gehört auch eine bessere Koordination der Integrationspolitik in den Mitgliedsstaaten und eine Maximierung der positiven Auswirkungen der Einwanderung (Rat der Europäischen Union 2005). Zur Vorbereitung des auf das Haager Programm folgende Fünfjahresprogramms, des sog. Stockholmer Programms, schlug die Europäische Kommission 2008 zehn Grundsätze für die Weiterentwicklung einer gemeinsamen Einwanderungspolitik vor (Europäische Kommission 2008).

Das Stockholmer Programm löste das Haager Programm 2010 ab. Es führt die wichtigsten Punkte des Haager Programms fort. Ein „Europa der Verantwortung, der Solidarität und Partnerschaft in Einwanderungs- und Asylfragen“ ist eine der politischen Prioritäten des Programms.

2009 trat der Vertrag von Lissabon in Kraft. Er beinhaltet die Grundsätze, die in den erwähnten Programmen genauer ausgearbeitet worden sind, und legt damit die Basis für die weitere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten, was u. a. die gemeinsame Einwanderungspolitik angeht. Einer dieser Grundsätze verlangt, klare und faire Regeln aufzustellen und den Einwanderern ihnen verständliche Informationen über ihre Rechte und einzuhaltende Regeln zur Verfügung zu stellen.

Auch für Drittstaatsangehörige verbessert sich die Situation immer mehr: Am 25. November 2003 einigte sich der Rat über eine Richtlinie zur Gewährung eines EU-Status für langfristig aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige in der EU, die mindestens fünf Jahre einen rechtmäßigen Wohnsitz in einem Mitgliedstaat haben (Richtlinie 2003/109/EG). Der neue EU-Status für Drittstaatsangehörige wurde dem der Staatsangehörigen des Mitgliedstaates angenähert (Europäische Kommission 2010). Es ist anzunehmen, dass die Zusammenarbeit in Einwanderungsfragen in Europa auch in Zukunft weiterhin immer enger und effektiver werden wird.

Die erwähnten Richtlinien 2004/38/EG und 2003/109/EG wurden in nationales Recht umgesetzt. Sie wirken sich somit direkt auf das Meldeverfahren für Ausländer aus. Da jeder Mitgliedstaat die Umsetzung der Richtlinie an sein innerstaatliches Rechts- und Verwaltungssystem anpasst, ist nur ein kleinerer Teil der Angaben, die auf den Formularen verlangt werden, in allen Mitgliedstaaten identisch. Die durch die nur teilweise Überschneidung der Formularinhalte entstehenden Unterschiede kommen auch im Wörterverzeichnis zum Ausdruck und werden dort entsprechend erläutert.

Bereits das Tampere-Programm hatte darauf hingewiesen, dass ein System für den Austausch von Informationen über alle Aspekte von Migration aufgebaut werden sollte, um damit einen Beitrag zu der gemeinsamen Asyl- und Einwanderungspolitik zu leisten. Daraufhin wurde das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN) im Jahr 2002 als Pilotprojekt begonnen und von 2004 bis Ende 2006 als vorbereitende Maßnahme durchgeführt. Das Haager Programm hat den Bedarf nach gemeinsamen Analysen über das Migrationsphänomen (Sammlung, Bereitstellung, Austausch und effiziente Verwendung aktueller Informationen) bekräftigt. Am 14. Mai 2008 wurde durch die

Entscheidung des Rates der EU die Rechtsgrundlage für das Europäische Migrationsnetzwerk geschaffen (Rat der Europäischen Union 2008). Estland wird im Europäischen Migrationsnetzwerk seit 2010 von der Estnischen Akademie für Inneren Schutz (*Sisekaitseakadeemia*) vertreten, Deutschland seinerseits durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Eine Maßnahme des Netzwerkes ist die Erstellung eines Glossars. Dieses Glossar bündelt Begriffe zur Asyl- und Migrationsthematik, um durch ein einheitliches Verständnis und den einheitlichen Gebrauch der Begriffe die Vergleichbarkeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu verbessern (European Migration Network 2009: 1).

Wie dieses Kapitel zeigte, spielt es bei der Meldung – zumindest bisher noch – eine zentrale Rolle, welche Staatsbürgerschaft der Antragsteller hat – ob die eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder die eines Drittstaats. Deshalb sind auch die folgenden Kapitel zu Deutschland und Estland entsprechend unterteilt: Die Situation der EU-Bürger sowie die Situation ihrer Familienangehörigen und die Situation der Drittstaatsangehörigen werden getrennt betrachtet.

2.1.2. Die Situation in Estland

Der erste Rechtsakt, der in Estland im Unabhängigkeitsprozess die Einwanderung regulieren sollte, war das Einwanderungsgesetz der Republik Estland (*Eesti Vabariigi immigratsiooniseadus*) von 1990 (Riigi Teataja 1990). Das Einwanderungsgesetz legte die Aufenthaltserlaubnis (*elamisluba*) als Grundlage für den legalen Aufenthalt einer Person, die sich in Estland aufhalten wollte, fest. Es gab drei Arten der Aufenthaltserlaubnis: eine vorübergehende (bis 6 Monate), eine befristete (bis 3 Jahre) und eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis. Das Einwanderungsgesetz wurde 1993 für ungültig erklärt und seine Funktionen wurden vom Ausländergesetz (*välismaalaste seadus*) übernommen (Riigi Teataja 2009).

Vor dem EU-Beitritt Estlands galt auch für Unionsbürger, die sich längerfristig in Estland aufhalten wollten, das Ausländergesetz (*välismaalaste seadus*). Mit dem Beitritt Estlands zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 trat das „Gesetz über Unionsbürger“ (*Euroopa Liidu kodaniku seadus*) in Kraft. Es beruht auf der Richtlinie 2004/38/EG und wurde am 1. August 2006 aktualisiert.

Für Unionsbürger und deren Familienangehörige sind heute folgende fünf Formulare von Bedeutung:

1. „Antrag auf einen Ausweis, auf einen Ausländerpass, auf eine befristete Aufenthaltserlaubnis und Arbeitserlaubnis sowie auf Verlängerung einer befristeten

Aufenthaltserlaubnis und Arbeitserlaubnis“ (*„Isikutunnistuse, välismaalase passi, tähtajalise elamisloa ja tööloa ning tähtajalise elamisloa ja tööloa pikendamise taotlus“*)

Dieses Formular gilt sowohl für Drittstaatsangehörige als auch zum Teil für EU-Bürger. Mit diesem Formular beantragt der EU-Bürger einen Ausweis (*isikutunnistus*, also eine ID-Karte bzw. Personalausweis), der ihm dann als Freizügigkeitsbescheinigung und Aufenthaltserlaubnis dient. Der Ausweis ist identisch mit den estnischen Personalausweisen, gilt aber nicht als Reisedokument. Der Ausweis ist ein innerstaatliches Pflichtdokument für einen Ausländer, der sich ständig in Estland aufhält. Dieses Formular wurde durch die Verordnung Nr. 27 vom 8. 05. 2006 des Innenministers auf Grundlage des Ausländergesetzes § 14¹ Absatz 2 Punkt 1 in Kraft gesetzt.

Familienangehörige eines Unionsbürgers, die keine Unionsbürger sind und zu ihrem angehörigen Unionsbürger ziehen, müssen folgende Formulare ausfüllen (Formulare 2. bis 4.)

2. „Antrag auf das befristete Aufenthaltsrecht eines Familienangehörigen eines Unionsbürgers und Antrag auf Verlängerung des befristeten Aufenthaltsrechts“ (*„Euroopa Liidu kodaniku perekonnaliikme tähtajalise elamisõiguse taotlus ja tähtajalise elamisõiguse pikendamise taotlus“*)
3. „Familienmitglieder des Antragstellers. Zusatzformular zum Antrag auf befristetes Aufenthaltsrecht oder auf Verlängerung des befristeten Aufenthaltsrechts für Familienangehörige eines Unionsbürgers“ (*„Taotleja perekonnaliikmed. Lisaankeet tähtajalise elamisõiguse taotlemisel või tähtajalise elamisõiguse pikendamise taotlemisel Euroopa Liidu kodaniku perekonnaliikmele“*)
4. „Bestätigung eines Unionsbürgers zur Niederlassung eines Familienangehörigen in Estland. Zusatzformular zum Antrag auf befristetes Aufenthaltsrecht oder auf Verlängerung des befristeten Aufenthaltsrechts für Familienangehörige eines Unionsbürgers“ (*„Euroopa Liidu kodaniku kinnitus perekonnaliikme elama asumiseks Eestisse. Lisaankeet tähtajalise elamisõiguse taotlemisel või tähtajalise elamisõiguse pikendamise taotlemisel Euroopa Liidu kodaniku perekonnaliikmele“*)

Will ein Unionsbürger für sich und seine Familienangehörigen einen unbefristeten Aufenthaltstitel beantragen, so muss er folgendes Formular ausfüllen:

5. „Antrag auf Registrierung des Niederlassungsrechts eines Unionsbürgers und seiner Familienangehörigen“ (*„Euroopa Liidu kodaniku ja tema perekonnaliikme alalise“*)

elamisõiguse registreerimise taotlus“)

Die Formulare 2. bis 5. wurden durch die Verordnung Nr. 49 vom 25. 07. 2006 des Innenministers auf Grundlage der §§ 50 und 51 des Gesetzes über Unionsbürger in Kraft gesetzt.

Für Drittstaatsangehörige gelten zwei Formulare, wobei ersteres bereits im Zusammenhang mit den Formularen für Unionsbürger genannt wurde:

1. „Antrag auf einen Ausweis, auf einen Ausländerpass, auf eine befristete Aufenthaltserlaubnis und Arbeitserlaubnis sowie auf Verlängerung einer befristeten Aufenthaltserlaubnis und Arbeitserlaubnis“ (*„Isikutunnistuse, välismaalase passi, tähtajalise elamisloa ja tööloa ning tähtajalise elamisloa ja tööloa pikendamise taotlus*“);
2. „Zusatzformular „Antrag auf befristete Aufenthaltserlaubnis oder Verlängerung einer befristeten Aufenthaltserlaubnis““ (*Lisaankeet „Tähtajalise elamisloa või tähtajalise elamisloa pikendamise taotlus*“).

Das zweite Formular wurde wie das schon oben erläuterte Formular 1 durch die Verordnung Nr. 27 vom 8. 05. 2006 des Innenministers auf Grundlage des Ausländergesetzes § 14¹ Absatz 2 Punkt 1 in Kraft gesetzt.

Hier ist zu erwähnen, dass das estnische Parlament am 9. 12. 2009 ein neues Ausländergesetz verabschiedet hat, welches am 1. 10. 2010 in Kraft treten wird. Die Verwaltungsvorschriften des neuen Gesetzes, zu denen auch die Formulare für die Aufenthaltserlaubnis zählen, sind noch nicht festgelegt.

Die estnischen Formulare wurden von der Ausländerabteilung (*välismaalaste osakond*) des damaligen Staatsbürgerschafts- und Migrationsamtes (*Kodakondsus- ja Migratsiooniamet, KMA*) ausgearbeitet und vom Innenminister per Verordnung in Kraft gesetzt. Die Formulare werden als Anhänge zu den entsprechenden Verordnungen im estnischen Staatsanzeiger (*Riigi Teataja*) veröffentlicht und sind im Internet im elektronischen Staatsanzeiger einsehbar. Die auf den Formularen vom Antragsteller auszufüllenden Daten leiten sich direkt von den Gesetzen ab. In vorliegendem Fall sind dies das Gesetz über Unionsbürger (*Euroopa Liidu kodaniku seadus*) und das Ausländergesetz (*välismaalaste seadus*). Alle estnischen Formulare, die in diesem Zusammenhang untersucht wurden, sind mehrsprachig verfasst: die Formulare für Drittstaatsangehörige sind auf Estnisch, Russisch und Englisch; die Formulare für Unionsbürger und deren Familienangehörige auf Estnisch und Englisch. Die Formulare werden landesweit

verwendet.

In dieser Arbeit spielen die estnischen Formulare insofern eine Rolle, als dass einige der dort verwendeten Begriffe manchen Begriffen auf den deutschen Formularen direkt entsprechen und somit unverändert ins Wörterverzeichnis übernommen werden konnten.

Die in Estland zuständige Behörde, bei der man die Formulare sowohl in Papierform als auch elektronisch erhält und wo man die ausgefüllten Formulare auch einreichen muss, ist die Staatsbürgerschafts- und Migrationsabteilung (*kodakondsus- ja migratsiooniosakond*) des Polizei- und Grenzschutzamtes (*politsei- ja piirivalveamet, PPA*). Diese Abteilung ist als solche neu: Mehrere Einrichtungen, darunter das Staatsbürgerschafts- und Migrationsamt, wurden zum 1. Januar 2010 zum Polizei- und Grenzschutzamt zusammengeschlossen. Seitdem erfüllt die Staatsbürgerschafts- und Migrationsabteilung des PPA die Aufgaben des ehemaligen KMA und ist somit zuständig für Aufenthaltsfragen.

2.1.3. Die Situation in Deutschland

Das Zuwanderungsgesetz hat als sogenanntes Artikelgesetz das deutsche Ausländerrecht zum 1. Januar 2005 grundlegend reformiert. Seine wichtigsten Bestandteile sind das Aufenthaltsgesetz und das Freizügigkeitsgesetz. Diese beiden Gesetze sind auch in vorliegender Arbeit am meisten von Bedeutung. Vor der Umsetzung der Freizügigkeitsrichtlinie gab es in Deutschland vier verschiedene Aufenthaltstitel für Ausländer. Diese waren im Ausländergesetz von 1990 festgelegt und waren im Prinzip auch auf Unionsbürger anwendbar (Hailbronner 2008: 19). Diese Aufenthaltstitel waren Aufenthaltsberechtigung, Aufenthaltsbewilligung, Aufenthaltsbefugnis und Aufenthaltserlaubnis. Das Zuwanderungsgesetz sieht heute nur noch zwei verschiedene Aufenthaltstitel vor: die Aufenthaltserlaubnis (befristeter Aufenthaltstitel) und die Niederlassungserlaubnis (unbefristeter Aufenthaltstitel). Unionsbürger müssen keinen Aufenthaltstitel beantragen. Sie müssen sich nur bei der zuständigen Behörde anmelden. Sie und ihre Familienangehörigen erhalten nach fünf Jahren ständigem Aufenthalt das Daueraufenthaltsrecht nach § 4a Freizügigkeitsgesetz.

Dementsprechend lassen sich die Formulare ihrem Zweck nach einteilen. Man kann unterscheiden zwischen folgenden Formulararten, wobei Nr. 1 für Unionsbürger und deren Familienangehörigen von Bedeutung ist, Nr. 2 und 3 aber für Drittstaatsangehörige:

1. Formulare für die Freizügigkeitsbescheinigung

2. Formulare zur Beantragung einer Aufenthaltserlaubnis (Erstantrag oder Verlängerung)
3. Formulare zur Beantragung einer Niederlassungserlaubnis

Die Formularerstellung ist in Deutschland nicht einheitlich geregelt, da nach Artikel 83 des Grundgesetzes die ausländerrechtlichen Bestimmungen von den Bundesländern als eigene Angelegenheit ausgeführt werden. „Alle aufenthaltsrechtlichen Entscheidungen hat daher die örtlich zuständige Ausländerbehörde des Landes nach der geltenden Rechtslage zu treffen. Sie ist dabei nur an die Weisungen der ihr übergeordneten Landesbehörden gebunden“ (Bundesministerium des Innern 2008). Dies führt dazu, dass jede Gemeinde und damit jede Behörde unter Umständen eigene Formulare erstellt und verwendet.

Gewisse Vorgaben bestehen für die Formularerstellung dennoch, um einen einheitlichen Informationsstand zu gewährleisten. Hierfür sorgen entsprechende Vorschriften im Aufenthaltsgesetz, der Aufenthaltsverordnung und den vorläufigen Anwendungshinweisen zum Aufenthaltsgesetz und Freizügigkeitsgesetz. Bei der Erstellung der Formulare ging man von den Vorschriften und den Formulierungen in den entsprechenden Gesetzen aus. Nachstehend sollen einige Beispiele aufgeführt werden.

Der Ausstellung der Freizügigkeitsbescheinigung und dem dafür notwendigen Formular liegen Artikel 8 der Freizügigkeitsrichtlinie und davon ausgehend § 5a des Freizügigkeitsgesetzes zugrunde. Im Rahmen der fortschreitenden Angleichung der Unionsbürger an die Rechtsstellung der Deutschen wurden Verfahrenserleichterungen eingeführt. (Bundesministerium des Innern 2004: 363). Gewisse Elemente müssen bundeseinheitlich bei der Ausstellung der Bescheinigung beachtet werden. Diese Elemente sind die Angabe der Nummer des Identitätsdokuments des Inhabers; Name, Anschrift und Zeitpunkt der Anmeldung; keine Angabe eines Gültigkeitszeitraums; Führung von Ausländerakten; keine zwingende Angabe der Personengruppe (Bundesministerium des Innern 2004: 363-364). Die vorläufigen Anwendungshinweise zum Aufenthaltsgesetz zählen unter Bezugnahme auf die Richtlinie 2004/38/EG Artikel 8 Absatz 3 und 5 genau auf, welche Dokumente im Einzelfall von einem freizügigkeitsberechtigten Unionsbürger gefordert werden können – diese Dokumente werden auch auf den Formularen aufgezählt. Welche Dokumente von Familienangehörigen aus Drittstaaten gefordert werden können, ist in Artikel 10 Absatz 2 der Freizügigkeitsrichtlinie festgelegt.

Was die Aufenthaltserlaubnis angeht, so wird diese zu bestimmten Aufenthaltszwecken erteilt. Zur Erteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels müssen grundsätzlich die allgemeinen

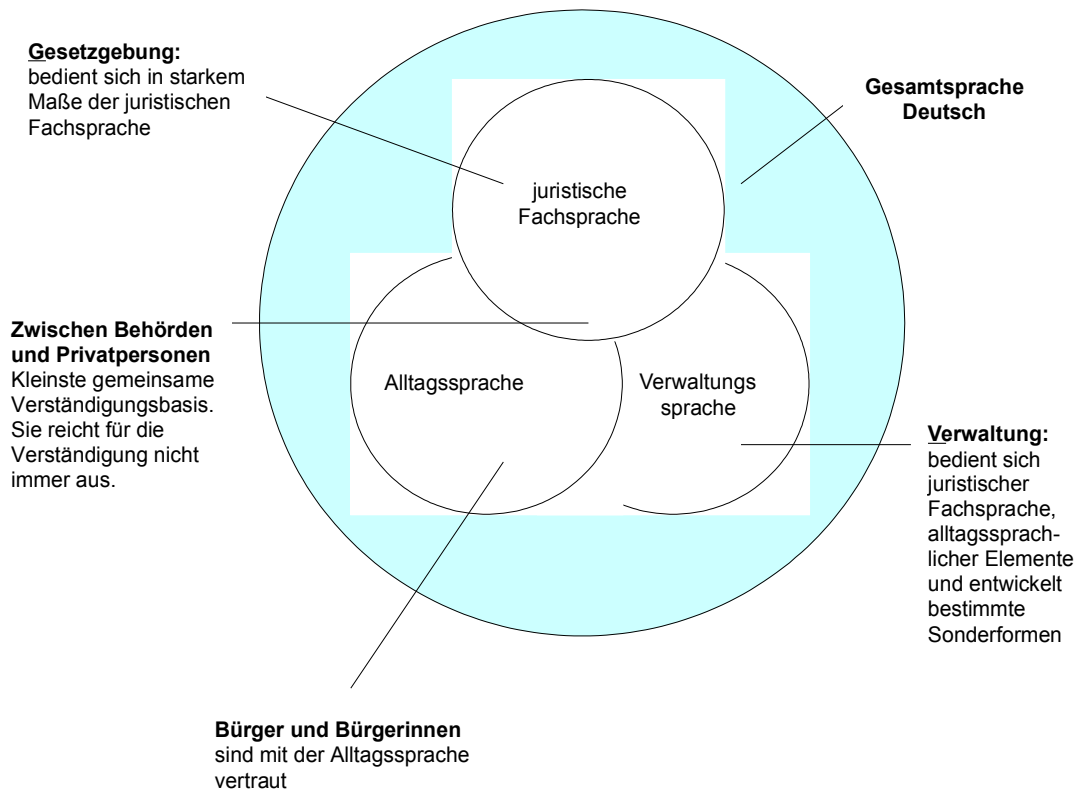
Erteilungsvoraussetzungen erfüllt sein, die in Kapitel 2 Abschnitt 1 und 2 des Aufenthaltsgesetzes festgeschrieben sind. Die genauen Aufenthaltszwecke sind in Kapitel 2 Abschnitt 3 bis 7 des Aufenthaltsgesetzes aufgeführt und werden in derselben Formulierung auch auf den entsprechenden Formularen abgefragt. Von diesen Aufenthaltszwecken ausgehend sind auch die weiteren Fragen konzipiert. Außerdem beinhalten die Formulare einige Belehrungen und Erklärungen, z. B. zu verbotenen Vereinigungen und zur freiheitlich demokratischen Grundordnung. Diese Belehrungen, Erklärungen und Hinweise müssen in die Antragsformulare aufgenommen werden.

Da es keine einheitlichen Formulare gibt, führt dies u. a. dazu, dass manche Behörden ein einziges Formular sowohl für den Erstantrag als auch die Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis erstellt haben, während andere Behörden hierfür zwei gesonderte Formulare verwenden. Auch entstehen so unterschiedliche Bezeichnungen für ein und dieselbe Formularart, z. B. für den Antrag der Freizügigkeitsbescheinigung: „Antrag auf Ausstellung einer Freizügigkeitsbescheinigung“, „Erklärung zur Freizügigkeit eines EU-Bürgers“, „Aufenthaltsanzeige von Angehörigen der Europäischen Union“, „Erhebungsbogen für Unionsbürger nach § 5 Freizügigkeitsgesetz/EU“ usw.

Ein Großteil der Formulare ist nur auf Deutsch verfasst. Vor allem in Großstädten sind die Formulare aber auch in Fremdsprachen erhältlich, z.B. Englisch, Türkisch, Französisch, Serbokroatisch u.a. In Deutschland sind die zuständigen Behörden für die Ausstellung der Freizügigkeitsbescheinigung und die Beantragung und Ausstellung einer Aufenthalts- bzw. Niederlassungserlaubnis die Ausländerbehörden der Städte und Gemeinden.

2.2. Rechts- und Verwaltungssprache

Um das Wörterverzeichnis besser verstehen zu können, ist es sinnvoll, einige Hinweise zu der Fachsprache zu geben, der der Wortschatz auf den Formularen zugeordnet werden kann. In diesem Fall handelt es sich um zwei Fachsprachen: die Rechtssprache und die Verwaltungssprache. Beide besitzen besondere Eigenschaften, die es beim Übersetzen und bei der Suche nach Definitionen zu beachten gilt. Dies ist besonders bei der Rechtssprache der Fall. Die Verwaltungssprache ist auf Grund eines größeren Anteils von Alltagssprache hier etwas flexibler. Die beiden Fachsprachen decken sich teilweise (siehe Grafik).



Quelle: Bundesverwaltungsamt 2002: 10.

Im Allgemeinen versteht man unter Verwaltungssprache (oft auch als Behörden- oder Amtssprache bezeichnet) keinen klar abgegrenzten Sprachbereich. „Die Grenzen zwischen juristischer Fachsprache und Verwaltungssprache sind fließend“ (Bundesverwaltungsamt 2002: 10). In den Kontext der vorliegenden Arbeit passt die Definition des Bundesverwaltungsamtes für den Begriff Verwaltungssprache gut: „Mit Verwaltungssprache ist [...] die Sprache gemeint, die Behörden im Schriftwechsel mit Privatpersonen verwenden“ (Bundesverwaltungsamt 2002: 10). Auch das Ausfüllen und Einreichen von Formularen kann man als eine Art von Schriftwechsel sehen. Die Formulare stellen eine „zentrale Schnittstelle zwischen den Agenten und den Klienten der Institution Verwaltung dar“ (Becker-Mrotzek 1999: 1397). Hier kommt die doppelte Zwecksetzung von Formularen zum Ausdruck: „Sie dienen einmal als Erhebungsinstrument für Informationen vom Klienten und zum anderen als Arbeitsmittel der Verwaltung“ (Brinker 2000: 636). Formulare müssen also mehreren Ansprüchen genügen: Für den Klienten müssen sie möglichst allgemein verständlich sein; als Bestandteile von Verwaltungsakten müssen sie juristischen Anforderungen genügen, und als Verwaltungsinstrument müssen sie technischen Erfordernissen gerecht werden (Brinker 2000: 636). Um die Kommunikation zwischen den Behörden und Privatpersonen möglichst effektiv und verständlich zu gestalten, wäre für die Formulierung von Behördenschreiben

folgender Grundsatz sinnvoll: „So fachbezogen wie nötig, so bürgernah wie möglich“ (Bundesverwaltungsamt 2002: 11). Die Verwaltungssprache sollte den betroffenen Bürgern den Willen und die Absichten der Behörde in verständlicher Form mitteilen. Oft werden Formulare zusammen mit weiteren Texten ausgehändigt, z. B. mit Erläuterungen, Anleitungen zum Ausfüllen, allgemeinen Informationen usw., die zum besseren Verständnis des Formulars beitragen sollen. Becker-Mrotzek (1999: 1396) stellt fest, dass Verwaltungstexte – im Vergleich zu Rechtstexten – „eher kurze, wenig gestaffelte Sätze, allerdings unter Verwendung längerer Wörter“ bevorzugen. Substantiven kommt in Verwaltungstexten eine besondere Rolle zu, „weil mit ihrer Hilfe verwaltungsspezifische und rechtliche Sachverhalte durch definierte Fachbegriffe möglichst eindeutig und mit hoher Informationsdichte ausgedrückt werden können“ (Becker-Mrotzek 1999: 1397). Grundsätzlich kann man sagen, dass auch in der Rechtssprache solche sprachlichen Mittel bevorzugt werden, die eine hohe Informationsdichte, inhaltliche Genauigkeit, Eindeutigkeit und Sachbezogenheit bzw. Unpersönlichkeit ermöglichen (Arntz 2001: 228).

2.3. Methodologische Überlegungen

Die Tatsache, dass es in Deutschland keine einheitlichen Formulare gibt, macht es unmöglich, die Gesamtheit der Formulare zu untersuchen. Daher ist eine Stichprobe unumgänglich. Eine solche Stichprobe muss repräsentativ sein und es muss sich um eine Zufallsstichprobe handeln. Eine solche gewährleistet, dass aus den Ergebnissen der Stichprobe in Bezug auf die Verteilung aller Merkmale auf die Verteilung dieser Merkmale in der Grundgesamtheit geschlossen werden kann (Schnell et al. 1999: 284). Da die Formulare laut Aufenthaltsgesetz bestimmte Elemente beinhalten müssen, ist eine Zufallsstichprobe in diesem Fall nicht von äußerster Bedeutung. Die Autorin hat aus jedem deutschen Bundesland ein Formular zu jedem Themenbereich (Freizügigkeitsbescheinigung, Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis) ausgewählt.

Bei einer wissenschaftlichen Untersuchung sollten außer der Repräsentativität die Grundsätze der Reliabilität und der Validität beachtet werden.

Vereinfacht gesagt bedeutet Reliabilität, dass wiederholte Messungen eines Objektes mit einem Messinstrument die gleichen Werte liefern (Schnell et al. 1999: 145). Es wird unterschieden zwischen interner und externer Reliabilität. Die externe Reliabilität zeigt das Ausmaß, in dem Wissenschaftler eine Untersuchung unabhängig voneinander durchführen und damit zu den gleichen Ergebnissen kommen. In vorliegendem Fall heißt dies, dass sich im Wörterverzeichnis zu jedem Begriff diesselben Entsprechungen finden sollten, egal welcher Wissenschaftler die

Untersuchung durchführt. Die Forderung nach externer Reliabilität ist bei Nutzung von allgemein anerkannten Quellen wie Lexika und Gesetzestexten erfüllbar. Die interne Reliabilität hingegen zeigt das Ausmaß, in dem Wissenschaftler mit Hilfe derselben Werte eine Untersuchung unabhängig voneinander durchführen und damit die gleichen Ergebnisse erzielen. Hier würde dies bedeuten, dass verschiedene Wissenschaftler, die genau die gleichen Unterlagen und Materialien verwenden, auch ein gleichwertiges Wörterverzeichnis erstellen. Diese Forderung ist schwieriger zu erfüllen, da nicht unbedingt Konsens darüber herrscht, welche Begriffe als Fachbegriffe gelten und als wichtig angesehen werden und somit in das Verzeichnis aufgenommen werden.

Validität sagt etwas darüber aus, ob auch wirklich das gemessen wurde, was gemessen werden soll (Schnell et al. 1999: 148). Man unterscheidet zwischen interner und externer Validität, wobei der Grundsatz der internen Validität auf vorliegende Arbeit kaum anwendbar ist. Externe Validität beschreibt, inwieweit man auf Grund der Stichprobe verallgemeinern kann. Auf diese Arbeit bezogen könnte dies heißen, dass alle Definitionen, die im Wörterverzeichnis genannt sind, auf die entsprechenden Begriffe auf allen Formularen anwendbar sind. Diese Forderung kann unter Beachtung des semiotischen Dreiecks (Gegenstand (*objekt*) – Benennung (*termin*) – Begriff (*möiste*)) erfüllt werden: Wenn einer Benennung mehrere Begriffe entsprechen und dies im Wörterverzeichnis korrekt wiedergegeben wird, entstehen keine Missverständnisse.

3. Praktischer Teil

3.1. Grundsätze und Probleme beim Erstellen des Wörterverzeichnisses

3.1.1. Grundsätze

Zunächst ist festzuhalten, dass es nicht das Ziel der vorliegenden Arbeit ist, die deutschen Formulare als Ganzes und eins-zu-eins ins Estnische zu übersetzen. Vielmehr sollen die wichtigsten, thematischen Begriffe, die auf den deutschen Formularen auftauchen, jeder für sich so gut wie möglich übersetzt und erläutert werden. Da es sich bei den einzelnen Begriffen um keinen Fließtext handelt, sind auch nicht alle Strategien, die beim Übersetzen von juristischer Fachsprache angewandt werden, auf vorliegende Arbeit übertragbar. Auf einige Grundsätze und Strategien, die der Autorin für ihre Arbeit relevant erschienen, soll im Folgenden eingegangen werden.

Zunächst muss eine adäquate Übersetzungsstrategie festgelegt werden. Hierbei sind in diesem Fall folgende Faktoren bestimmend, wie sie Arntz vorschlägt (2001: 314): Es geht um eine andere Sprachkultur, es geht um eine andere Rechtskultur, und es geht um Adressatengruppen mit sehr unterschiedlichem Vorwissen. Um eine geeignete Übersetzungsstrategie auszuwählen, ist es hilfreich, den Ausgangstext einem bestimmten Texttypen zuzuordnen. Formulare könnte man Sandrinis Ansatz zufolge den performativen Texten (Texte *nach* rechtlichen Normen) zuordnen (Arntz 2001: 315). Verfolgt man Sandrinis Ansatz weiter, so gehören Formulare wohl zu den Texten mit mittelbarer Rechtswirkung. Beim Übersetzen von derartigen Texten sollte der Übersetzer primär den Adressaten des Zieltextes im Blick haben (Arntz 2001: 323). Für das Wörterverzeichnis bedeutet dies, dass die estnischen Entsprechungen und Definitionen so formuliert werden müssen, dass keine Verwechslungsgefahr mit ähnlichen estnischen Begriffen anderer Bedeutung entsteht.

Um den Inhalt von Rechtsbegriffen zu ermitteln, müssen Gesetze, Rechtsprechung und Fachliteratur aufgearbeitet werden – der Vergleich von Definitionen reicht nicht aus (Arntz 2001: 314). Dieser Grundsatz gilt auch für die vorliegende Terminologiearbeit.

Die Begriffe in vorliegendem Wörterverzeichnis sollen mit denen in schon existierenden Glossaren zum Thema Migration und Integration übereinstimmen. Die Autorin ist bei der Recherche während des Verfassens der Arbeit auf folgende Glossare gestoßen: das Glossar des Europäischen Migrationsnetzwerkes, das Integrations-Lexikon des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge

(BAMF), das Verzeichnis des Estnischen Migrationsfonds (*Eesti Migratsioonifond*), das Glossar der Internationalen Organisation für Migration, und das Verzeichnis „Zuwanderung von A-Z“ des Bundesinnenministeriums. Während diese Glossare eher Hintergrundinformationen liefern und ein breites Spektrum zum Themenbereich Migration, Integration und Asyl erfassen, deckt das vorliegende Verzeichnis einen spezielleren, genau umrissenen Bereich ab – die auf Formularen verwendeten Begriffe, die aber inhaltlich im Zusammenhang mit den schon existierenden Glossaren stehen. Das Glossar des EMN will einheitliche Definitionen und ein einheitliches Verständnis von Begriffen aus den Bereichen Asyl und Migration bieten. Auf der Basis des Glossars soll ein Thesaurus geschaffen werden, der eine strukturierte Suche innerhalb des Informationssystems des EMN ermöglicht (European Migration Network 2009: 3). Definitionen von in vorliegender Arbeit erwähnten Begriffen, die auch im EMN-Glossar auftauchen, hat die Autorin von dort übernommen. Dieselbe Vorgehensweise gilt für andere verwendete deutsche Glossare. Dies dient dem Ziel, die Terminologie einheitlich zu halten.

Bei den Begriffen musste eine Auswahl getroffen werden, da nicht alle Begriffe auf den Formularen als Fachbegriffe anzusehen sind. Allgemein geläufige Begriffe, die auf den Formularen auftauchen, wie z.B. „Familiennamen“ oder „Geburtsort“, wurden in das vorliegende Verzeichnis nicht aufgenommen, da diese nicht als Fachbegriffe anzusehen sind. Geläufige Begriffe, die unmittelbar mit dem Thema zusammenhängen, wie z.B. „Staatsangehörigkeit“, hat die Autorin jedoch bewusst in das Verzeichnis aufgenommen. Auch sind im Wörterverzeichnis Begriffe zu finden, deren Bedeutung speziell im Kontext der Verwaltung der Bundesrepublik Deutschland gesehen werden muss. Diese Begriffe sind von Interesse, da sie Konzepte und Einrichtungen beschreiben, die es in Estland in der Form nicht gibt, z.B. „Bürgeramt“ oder „eingetragene Lebenspartnerschaft“. Ein weiteres Kriterium für die Auswahl der Begriffe war die Häufigkeit, mit der die Begriffe auf den unterschiedlichen Formularen auftauchen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass zum einen häufige und zum anderen außergewöhnliche Begriffe Eingang in das Verzeichnis gefunden haben.

Bei der Wahl der Definitionen unterschied die Autorin zwischen dem europäischen und dem nationalen Kontext. Stammt ein Begriff aus einem EU-Gesetzestext, so wurde auch die Definition aus demselben entnommen. Handelt es sich aber um einen Begriff, der im nationalen (in diesem Fall im deutschen) Zusammenhang gesehen werden muss, so wurde eine Definition aus einem deutschen Gesetzestext oder Lexikon gewählt. Hiervon ausgehend wurden auch die estnischen Definitionen festgelegt: Handelt es sich um einen Begriff aus dem EU-Kontext, so wurde die Definition dem entsprechenden estnischsprachigen EU-Text entnommen; handelt es sich jedoch um

einen Begriff aus dem deutschen Kontext, so wurde die die deutschen Verhältnisse beschreibende Definition direkt übersetzt, da es das Ziel des Wörterverzeichnisses ist, die deutschen Formulare und ihren Hintergrund zu erläutern.

3.1.2. Probleme und deren Lösung

Beim Erstellen des Wörterverzeichnisses ist die Autorin auf verschiedenartige Probleme gestoßen, von denen einige exemplarisch im Folgenden genannt werden.

Problem 1: Keine universell akzeptierten Definitionen

Ein Problem, das sicherlich auch in anderen Themenbereichen auftaucht, ist das Fehlen universell akzeptierter Definitionen. Die Begriffe aus den Bereichen Asyl und Migration sind multidisziplinär und werden je nach Ansatz (politischer, rechtlicher oder soziologischer Art) unterschiedlich verwendet. Es fehlen universell akzeptierte Definitionen. Jede Interessengruppe und Einrichtung oder Behörde tendiert dazu, ihre eigenen Definitionen zu verwenden, die jeweils ihrer Perspektive entsprechen (European Migration Network 2009: 4). Auf dieses Problem ist auch die Autorin gestoßen. Die von der Arbeitsgruppe des EMN-Glossars angewandte Lösung für dieses Problem, nämlich die Erstellung einer Hierarchie in den Quellen der Definitionen, erscheint vernünftig und die Autorin hat ebenfalls eine Hierarchie erstellt. Wenn es sich um EU-Bürger betreffende Begriffe handelt, nehmen den höchsten Stellenwert in der Hierarchie Definitionen aus EU-Gesetzestexten ein. Dies scheint logisch, da auch die Begriffe selbst oft EU-Gesetzestexten entnommen sind. Bei Begriffen, die sich speziell auf den deutschen Kontext beziehen, stehen Definitionen aus deutschen Gesetzestexten an oberster Rangstelle.

Problem 2: EU-Ebene vs nationale Ebene

Manche Begriffe werden auf EU-Ebene anders verwendet als auf nationaler Ebene. Ausgehend davon, ob der Begriff auf dem Formular einem Rechtsakt auf EU-Ebene entnommen wurde, oder ob es sich bei dem Begriff um ein nationales Phänomen, worauf die EU keinen Einfluss hat, handelt, hat die Autorin die entsprechende Definition gewählt.

Problem 3: Definitionen sind nicht ausreichend

Die Definition eines Rechtsbegriffs ist für das Verständnis dieses Begriffes unerlässlich. Sie reicht jedoch nicht aus, „um die tatsächliche Bedeutung des Begriffes im Zusammenhang einer Rechtsordnung zu erfassen, geschweige denn, die betreffende Vorschrift korrekt anzuwenden“

(Arntz 2001: 211). Dies hängt damit zusammen, dass – wie auch oben schon erwähnt – in der Rechtssprache Begriffe vorkommen, die auch der Gemeinsprache angehören. So wird häufig einem in der Gemeinsprache vorkommenden, inhaltlich mehr oder weniger unscharfen Ausdruck eine spezielle juristische Bedeutung zugeordnet (Arntz 2001: 209). Ein Beispiel hierfür wäre der Begriff „Freizügigkeit“, der in der Umgangssprache eine ganz andere Bedeutung haben kann als im Kontext der EU, und dessen EU-bezogene Definition nicht seine Reichweite und Auswirkungen zu umfassen vermag.

Problem 4: Scheinbare Synonyme

Wenn man rein von den Begriffen, die in einem Wörterbuch (ohne Erläuterungen) vorkommen, ausgeht, kann es passieren, dass man von zweien, auf den ersten Blick als Synonyme erscheinenden Begriffen den falschen auswählt. Ein Beispiel hierfür sind die Begriffe „ausweisen“ und „abschieben“. Beide sind im deutsch-estnischen Rechtswörterbuch (Andresson/Tamm 1998) mit dem estnischen Begriff „*välja saatma*“ übersetzt worden. Rechtlich unterscheidet sich die Ausweisung aber von der Abschiebung. Korrekter wäre es, nur die Abschiebung mit *väljasaatmisotsuse sundtäitmine* zu übersetzen, die Ausweisung aber mit *väljasaatmisotsus*. Die Definitionen ermöglichen dem Nutzer des Wörterverzeichnisses eine genauere Unterscheidung zwischen den beiden Begriffen.

Problem 5: Unterschiede zwischen den Rechts- und Verwaltungssystemen Estlands und Deutschlands

Wo die Begriffe im deutschen Zusammenhang gesehen werden müssen, hat die Autorin die deutsche Definition ins Estnische übersetzt, da u. U. eine aus dem estnischen Kontext entnommene Definition nicht dem deutschen Begriff entspricht.

Ein auf den ersten Blick passend erscheinender Begriff entpuppt sich bei genauerer Untersuchung als ungenau. Ein Beispiel hierfür wäre der Begriff „Sozialleistungen“, der in manchen Übersetzungen, beispielsweise in EU-Texten, im Estnischen mit „*sotsiaaltoetus*“ wiedergegeben wird. (In gewissen Zusammenhängen mag diese Übersetzung stimmen, nicht aber, wenn es um den direkten Vergleich Estland-Deutschland geht.) Sozialleistungen in Deutschland umfassen die „Gesamtheit aller von staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen oder vom Arbeitgeber entrichteten Leistungen“ (Duden 2000) und damit Hilfe in Form von Dienst-, Sach- und Geldleistungen (SGB I 2009), während der estnische Begriff „*sotsiaaltoetus*“ nur finanzielle Unterstützung meint (Riigi Teataja 2010). Die beigefügten Definitionen helfen zwar, eine

Verwechslung zu vermeiden, dennoch ist es geboten, bereits bei der Übersetzung des Begriffes auf die Unterschiede zwischen den beiden Staaten Rücksicht zu nehmen. Eine angemessene Übersetzung wäre daher ausgehend vom estnischen Gesetz „*sotsiaaltoetused, sotsiaalteenused ja muu abi*“ (Riigi Teataja 2010) oder wie von Andresson und Tamm vorgeschlagen, der Begriff „*sotsiaalkindlustuse toetused*“, der vom deutschen Sozialversicherungssystem ausgeht.

Die unter Punkt 5 beschriebenen Probleme erschienen der Autorin als am schwierigsten zu lösen, da die Lösung eine gründliche und langwierige Recherche erfordert.

3.2. Zum Aufbau des Wörterverzeichnisses

Das Wörterverzeichnis behandelt ausschließlich Begriffe auf Formularen aus Deutschland sowie inhaltlich verwandte, zum Verständnis des Zusammenhangs wichtige Begriffe. Somit ist auch die Ausgangssprache Deutsch. Die Begriffe in vorliegendem Wörterverzeichnis sind dem Alphabet nach geordnet. Das Wörterverzeichnis umfasst 166 Begriffe.

Die Begriffe sind verschiedenen Formularen aus verschiedenen Bundesländern Deutschlands zur Beantragung einer Freizügigkeitsbescheinigung, Aufenthaltserlaubnis oder Niederlassungserlaubnis entnommen. Die Auswahl der Formulare wurde bereits in Kapitel 2.3. erläutert. Die Formulare hat die Autorin entweder aus dem Internet von den Internetauftritten der zuständigen Behörden heruntergeladen oder hat sie von Mitarbeitern der zuständigen Behörden per E-Mail zugeschickt bekommen. Von jeder Formularart ist im Anhang mindestens ein Muster aufgeführt. Die hauptsächlichen Quellen für Definitionen der Begriffe waren europäische Gesetzestexte, vor allem die Richtlinie 2004/38/EG, sowie deutsche und estnische Gesetze. Besonders zu erwähnen sind hier das Aufenthaltsgesetz und das Freizügigkeitsgesetz. Hierbei ist zu erwähnen, dass das Freizügigkeitsgesetz auf eine Definition gemeinschaftsrechtlicher Begriffe verzichtet und sie in ihrer jeweiligen Konkretisierung durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs voraussetzt (Bundesministerium des Innern 2004: 356). Einige der estnischen Begriffe konnten direkt von den estnischen Formularen übernommen werden, z. B. vom Formular „Zusatzformular „Antrag auf befristete Aufenthaltserlaubnis oder Verlängerung einer befristeten Aufenthaltserlaubnis““ (*Lisaankeet „Tähtajalise elamisloa või tähtajalise elamisloa pikendamise taotlus*“) die Begriffe „*karistatus*“ (Vorstrafe) oder „*vabadusekaotus*“ (Strafhaft). Die Autorin nutzte auch folgende Glossare, Fachbücher und Wörterbücher zum Thema: das Integrationslexikon des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, das „Asylum and Migration Glossary“ des EMN, das Verzeichnis „Zuwanderung A - Z“ des Bundesministeriums des Innern, das Werk „Asyl- und

Ausländerrecht“ von Kay Hailbronner, das Rechtswörterbuch von Carl Creifelds, das online Juraforum Lexikon (Einbock 2007), deutsch-estnische und estnisch-deutsche Wörterbücher, ein deutsch-estnisches Rechtswörterbuch, sowie verschiedene Lexika (Duden, das estnische Wörterbuch ÕS u.a.). Die genauen Quellenangaben finden sich im Internetquellen- bzw. Quellenverzeichnis. Die Definitionen mancher Begriffe (z.B. für „politische Betätigung“) hat die Autorin absichtlich weggelassen, da diese Begriffe bereits im Gesetz bewusst nicht näher definiert sind.

Die Einträge sind nach folgendem Schema aufgebaut:

Deutscher Begriff
und seine Definition

= Synonym
↔ Antonym, Wortpaar
→ *Verweis* auf inhaltlich verwandte Begriffe im Verzeichnis
■ Themenbereich

Estnische Entsprechung
und ihre Definition

= Synonym
↔ Antonym, Wortpaar
→ *Verweis* auf inhaltlich verwandte Begriffe im Verzeichnis

Der Hauptbegriff ist fettgedruckt. Das grammatische Geschlecht ist als Abkürzung (*m*, *f* oder *n*) in kursiver Schrift angefügt. Wird ein Begriff im Plural verwendet, so ist dies mit *Pl* vermerkt. Der Themenbereich (Freizügigkeit, Aufenthaltserlaubnis oder Niederlassungserlaubnis) ist dann vermerkt, wenn sich der Begriff klar auf den genannten Themenbereich bezieht oder wenn der Begriff eindeutig dem entsprechenden Antragsformular entnommen wurde. Da viele Begriffe auf mehreren oder sogar allen Formularen zu finden sind, ist es nicht immer sinnvoll, einen Themenbereich anzugeben. Um den Themenbereich zu kennzeichnen, wird das Symbol ■ verwendet. Mit dem Symbol ↔ wird auf einen gegensätzlichen oder nicht zu verwechselnden Begriff oder ein Wortpaar hingewiesen. Ein Sternchen * weist auf Definitionen oder estnische Begriffe hin, die die Autorin selbst formuliert hat.

Synonyme eines Hauptbegriffes sind ebenfalls fettgedruckt. Nach dem Gleichheitszeichen folgt der Hauptbegriff, unter dem ggf. weitere Synonyme, die Definition und die estnische Entsprechung zu finden sind. Beispiel:

EU-Bürger = Unionsbürger

3.3. Wörterverzeichnis

A

Abschiebung, f

Die Abschiebung ist die zwangsweise Durchsetzung der Ausreisepflicht eines Ausländers durch dessen Entfernung aus dem → *Bundesgebiet*. Sie darf nur dann vorgenommen werden, wenn die Ausreisepflicht vollziehbar ist und wenn die freiwillige Ausreise des Ausländers nicht gesichert oder aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eine Überwachung der Ausreise erforderlich ist.

↔ zurückschieben
→ *Duldung; Ausweisung*

Agentur für Arbeit, f

Bezeichnung für die Arbeitsämter in Deutschland

Amt (n) für Ausländerangelegenheiten

→ *Ausländerbehörde*. Kann verschiedenen Ämtern untergeordnet sein, z.B. dem → *Ordnungs- und Standesamt*. *

Angehörige der EU-Mitgliedstaaten = Unionsbürger

Angehörige der Europäischen Union = Unionsbürger

Antragsformular, n

taotluse vorm

Antragsteller, m

taotleja

Arbeitgeberbestätigung, f

Der Arbeitgeber bestätigt mit diesem Dokument, dass der Empfänger der Bestätigung bei ihm angestellt ist. *

tööandja kinnitus

Tööandja kinnitab selle dokumendiga, et dokumendis nimetatud isik töötab tööandja ettevõttes.

■ Freizügigkeit

Arbeitsaufnahme, f

Antreten einer Stelle, Arbeitsbeginn, Aufnahme

tööleasumine

Töökoha vastuvõtmine, töö alustamine.

väljasaatmisotsuse sundtäitmine

Tegemist on välismaalase väljasõidukohustuse sunniviisilise täitmisega välismaalase → *Saksamaa Liitvabariigi territooriumilt* lahkuma sundimise teel. Väljasaatmisotsus võib sunniviisiliselt täita ainult siis, kui väljasõidukohustus kuulub täitmisele ja kui välismaalase vabatahtlik riigist lahkumine ei ole tagatud või kui avaliku julgeoleku ja korra põhjustel on vaja kontrollida välismaalase lahkumist riigist.

↔ tagasi saatma
→ *väljasaatmisotsuse sundtäitmise peatamine; väljasaatmisotsus*

tööagentuur, tööturuamet

Tööagentuurideks nimetatakse Saksamaa tööturuametid.

välismaalaste amet

Asutus, mis tegeleb välismaalasi puudutavate küsimustega. Asutus võib alluda teistele asutustele, nt → *perekonnaseisu- ja korrakaitseametile*.

einer Beschäftigung. *

■ Aufenthaltserlaubnis

Arbeitseinkommen, n

Gegenleistung des Produktionsfaktors Arbeit für seine wirtschaftliche Leistung im Produktionsprozess, z. B. in Form von Löhnen und Gehältern (Arbeitnehmerentgelte). Arbeitseinkommen umfasst auch Ruhegehalt und Hinterbliebenenbezüge.

Arbeitslaubnis, f

Ein → *Aufenthaltstitel* berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit, sofern es nach dem → *Aufenthaltsgesetz* bestimmt ist oder der Aufenthaltstitel die Ausübung der Erwerbstätigkeit ausdrücklich erlaubt.

Bürger der zum 1. Mai 2004 und 1. Januar 2007 beigetretenen EU-Mitgliedstaaten benötigen momentan noch übergangsweise für die Ausübung bestimmter Berufe eine Arbeitslaubnis, die → *Arbeitsgenehmigung-EU*. *

→ *eingeschränkt freizügigkeitsberechtigt*

■ Freizügigkeit; Aufenthaltserlaubnis

Arbeitslaubnis-EU, f = Arbeitsgenehmigung-EU

Arbeitsgenehmigung-EU, f

Für eine Übergangszeit dürfen Staatsangehörige der Staaten, die zum 1. Mai 2004 bzw. 1. Januar 2007 der Europäischen Union beigetreten sind, und deren freizügigkeitsberechtigte Familienangehörige eine Beschäftigung nur mit Genehmigung der Bundesagentur für Arbeit ausüben und von Arbeitgebern nur beschäftigt werden, wenn sie eine solche Genehmigung besitzen. Die Genehmigung wird befristet als → *Arbeitslaubnis-EU* erteilt, wenn nicht Anspruch auf eine unbefristete Erteilung als Arbeitsberechtigung-EU besteht. Die Genehmigung ist vor Aufnahme der Beschäftigung einzuholen. Für Estland gilt die Übergangszeit bis längstens 30. April 2011.

= Arbeitslaubnis-EU

→ *Agentur für Arbeit*

■ Freizügigkeit

tõine sissetulek

Vastutatu majandusliku tegevuse eest tootmisprotsessis, nt töötasu näol. Tõine sissetulek hõlmab ka pensioni ja tootjakaotuspensionid. Seaduslikult teenitud töötasu.

tööluba

→ *Elamisluba* annab õiguse tööd teha, kui see on → *elukohaseadusega* nii kehtestatud või kui elamisluba sõnaselgelt lubab töötamist.

1. mail 2004 ja 1. jaanuaril 2007 Euroopa Liiduga liitunud liikmesriikide kodanikud vajavad esialgu veel teatud kutsealadel töötamiseks tööloa, nimelt → *tööluba Euroopa Liidu uute liikmesriikide kodanikele*.

→ *piiratud õigus tööturul vabalt liikuda*

tööluba Euroopa Liidu uute liikmesriikide kodanikele

Üleminekuaja jooksul võivad 1. mail 2004 ja 1. jaanuaril 2007 Euroopa Liiduga liitunud liikmesriikide kodanikud ning nende perekonnaliikmed, kellel on õigus vabalt liikuda, töötada üksnes siis, kui Saksamaa tööturuameti on väljastanud neile sellesisulise loa. Luba antakse tähtajaliselt (*Arbeitslaubnis-EU*), juhul kui neil ei ole õigust saada tähtajatu tööloa (Arbeitsberechtigung-EU). Luba tuleb taotleda enne tööleasumist. Eesti kodanikele kehtib üleminekuageg maksimaalselt kuni 30. aprillini 2011.

→ *tööagentuur*

Arbeitslosengeld II, n

Das so genannte Arbeitslosengeld II (kurz ALG II, offizielle Bezeichnung → „*Grundsicherung für Arbeitssuchende*“) unterscheidet sich von dem vorherigen Model aus Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe im Wesentlichen dadurch, dass sich die Höhe der Leistung nicht mehr nach dem letzten Nettolohn bestimmt, sondern nach dem Bedarf des Leistungsempfängers. Die jeweilige Person muss dem Arbeitsmarkt tatsächlich zur Verfügung stehen, um Leistungen zu erhalten. Das ALG II ist im → *zweiten Buch Sozialgesetzbuch* (SGB II) geregelt.

= Grundsicherung für Arbeitssuchende
→ *Sozialgesetzbuch, zweites Buch*

Aufbausprachkurs, m

Teil eines → *Integrationskurses*. Die Kursabschnitte 4 bis 6 des Integrationskurses bilden den Aufbausprachkurs. Er dauert 300 Stunden. Im Aufbausprachkurs werden die Dinge, die die Teilnehmer in den ersten Stunden des Kurses gelernt haben, vertieft und ausgebaut.

→ *Integrationskurs, Orientierungskurs, Basissprachkurs*
■ Niederlassungserlaubnis

Aufenthaltsanzeige, f

Polizeiliche Anmeldung bei der zuständigen Behörde unter Angabe des Wohnortes und anderer → *Personalien* *.

→ *Meldebehörde; Meldebescheinigung*

Aufenthaltsbefugnis, f

Regelung zur Aufnahme und Gewährung von Bleiberechten aus humanitären Gründen. Sie sollte einem Ausländer aus völkerrechtlichen oder dringenden humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der BRD den Aufenthalt im → *Bundesgebiet* erlauben. Einer der Aufenthaltstitel nach dem Ausländergesetz 1990. Wird seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 1.1.2005 nicht mehr vergeben.

→ *Aufenthaltstitel; besonders gelagerte politische Interessen*

töötü abiraha

Praegune töötü abiraha mudel (niinimetatud „töötü abiraha II“) erineb eelmisest mudelist selle tõttu, et toetuse summa ei tulene enam inimese viimasest netotöötasust, vaid toetuse saaja vajadusest. Toetuse saamiseks peab inimene olema valmis tööle asuma. Töötü abiraha mudel on sätestatud → *sotsiaalseadustiku teises raamatus* (SGB II).

→ *sotsiaalseadustiku II raamat*

saksa keele kursus edasijõudnutele

→ *Integratsioonikursuse* üks osa. Kursuse etapid 4 kuni 6 moodustavad saksa keele kursuse edasijõudnutele. Kursus kestab 300 tundi. Kursusel süvendatakse kursuse esimeses osas omandatud teadmisi.

→ *integratsioonikursus, orientatsioonikursus, saksa keele kursus algajatele*

elukohateade

Elukohaandmete ja muude isiklike andmete kohustuslik registreerimine pädeva asutuse juures. *

→ *isiklikud andmed*

riigis elamise erakorraline luba

Elamisloa liik 1990. aasta välismaalaste seaduse järgi. Elamisluba, mis anti välja humanitaarsetel eesmärkidel. Alates uue immigratsiooniseaduse jõustumisest 1. jaanuaril 2005 seda elamisluba enam välja ei anta.

→ *elamisluba*

Aufenthaltsberechtigung, f

einer der → *Aufenthaltstitel* nach dem Ausländergesetz 1990; wird seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 1.1.2005 nicht mehr vergeben.

→ *Aufenthaltstitel*

Aufenthaltsbescheinigung, f

Sie enthält im Gegensatz zur reinen → *Meldebesccheinigung* auch Angaben über Familienstand, Konfession und Staatsangehörigkeit. Ausländer benötigen sie zur Vorlage bei ihrem Konsulat in Passangelegenheiten. *

Aufenthaltsbewilligung, f

einer der → *Aufenthaltstitel* nach dem Ausländergesetz 1990; wird seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 1.1.2005 nicht mehr vergeben.

→ *Aufenthaltstitel*

Aufenthaltsurlaubnis, f

befristeter → *Aufenthaltstitel*

↔ Niederlassungserlaubnis

→ *Aufenthaltstitel*

■ Aufenthaltserlaubnis

Aufenthaltsurlaubnis-EU, f

Die Aufenthaltserlaubnis-EU war ein befristeter → *Aufenthaltstitel* für Familienangehörige eines → *Unionsbürgers*, und wird heute nicht mehr vergeben. Eine vor dem 28. August 2007 ausgestellte Aufenthaltserlaubnis-EU gilt als → *Aufenthaltskarte* für Familienangehörige eines Unionsbürgers fort.

→ *Aufenthaltstitel*

■ Freizügigkeit

Aufenthaltsgesetz, n

Das Aufenthaltsgesetz ist das Kernstück des Zuwanderungsgesetzes. Seine volle Bezeichnung lautet „Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von

riigis elamise õigus (tähtajatu elamisluba)

Elamisloa liik 1990. aasta välismaalaste seaduse järgi. Alates uue immigratsiooniseaduse jõustumisest 1. jaanuaril 2005 seda enam välja ei anta.

→ *elamisluba*

tõend Saksamaal elamise kohta

Tõend sisaldab, erinevalt → *elukoha registreerimise* tõendist, ka informatsiooni välismaalase perekonnaseisu, usutunnistuse ja kodakondsuse kohta. Välismaalased vajavad sellist tõendit konsulaadis passiga seotud toimingute tegemisel.

erielamisluba

Elamisloa liik 1990. aasta välismaalaste seaduse järgi. Alates uue immigratsiooniseaduse jõustumisest 1. jaanuaril 2005 seda enam välja ei anta.

→ *elamisluba*

tähtajaline elamisluba

tähtajaline → *elamisluba*

↔ pikaajaline elamisluba

→ *elamisluba*

EL-i tähtajaline elamisluba

Tähtajaline elamisluba → *Euroopa Liidu kodaniku* perekonnaliikmetele. Seda elamisluba enam välja ei anta. Enne 28. augustit 2007 antud tähtajaline elamisluba kehtib EL kodaniku perekonnaliikmele kui tähtajaline elamisõigus (*Aufenthaltskarte*).

→ *elamisluba*

elukohaseadus

Elukohaseadus on immigratsiooniseaduse keskne osa. Seadus reguleerib välismaalaste sissesõitu, elamist, alalist elamist, töötamist ja riigis viibimise lõpetamist. Esmakordselt on

Ausländern im Bundesgebiet“.

Es regelt die Einreise, den Aufenthalt, die Niederlassung, die Erwerbstätigkeit und die Aufenthaltsbeendigung von Ausländern. Außerdem wird im Aufenthaltsgesetz erstmals auch das übergeordnete ausländerpolitische Ziel der Integrationsförderung geregelt. Das Aufenthaltsgesetz findet keine Anwendung auf → *freizügigkeitsberechtigzte* → *Unionsbürger* und deren Familienangehörige sowie Diplomaten.

↔ Freizügigkeitsgesetz/EU

■ Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis

Aufenthaltskarte, f

Nachweis des Aufenthaltsrechts der Familienangehörigen eines → *Unionsbürgers*, die nicht die → *Staatsangehörigkeit* eines Mitgliedstaats besitzen ("Aufenthaltskarte für Familienangehörige eines Unionsbürgers").

■ Freizügigkeit

Aufenthaltsrecht, n

das Recht von → *Unionsbürgern*, sich in jedem Mitgliedstaat der EU aufzuhalten. Die Behörden können verschiedene Unterlagen zum Nachweis dieses Rechts verlangen. *

= *gemeinschaftliches Aufenthaltsrecht*

■ Freizügigkeit

Aufenthaltsittel, m

Jede von den Behörden eines Mitgliedstaats ausgestellte Genehmigung, die einen → *Drittstaatsangehörigen* zum rechtmäßigen Aufenthalt im Hoheitsgebiet dieses Mitgliedstaats berechtigt. In Deutschland gibt es zur Zeit zwei verschiedene gültige Aufenthaltstitel: → *Aufenthaltserlaubnis* und → *Niederlassungserlaubnis*. Vor dem Inkrafttreten des neuen Zuwanderungsgesetzes am 1.1.2005 gab es vier verschiedene Aufenthaltstitel: → *Aufenthaltsbefugnis*, → *Aufenthaltsbewilligung*, → *Aufenthaltsberechtigung* und Aufenthaltserlaubnis.

■ Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis

Aufenthaltszweck, m

elukohaseaduses sätestatud ka üldine poliitilise integratsiooni edendamise eesmärk. Elukohaseadus ei kehti → *Euroopa Liidu kodanikele* ja nende perekonnaliikmetele ega diplomaatidele.

↔ vaba liikumist käsitlev seadus

tähtajaline elamisõigus

Euroopa Liidu kodaniku perekonnaliikme, kes ei oma liikmesriigi kodakondust, elamisõiguse tõendamiseks väljastatakse dokument "Liidu kodaniku perealiikme elamisõigus".

elamisõigus

õigus, mille → *Euroopa Liidu kodanik* omandab elades ükskõik millises teises Euroopa Liidu liikmesriigis ja registreerides oma elukoha antud riigis.

= elamisõigus ühenduse õiguse alusel

elamisluba (nii tähtajaline kui ka pikaajaline)

liikmesriigi ametiasutuste poolt väljastatav luba selle kohta, et → *kolmanda riigi kodanik* tohib seaduslikult viibida selle liikmesriigi territooriumil. Saksamaal on praeguse seisuga sellisteks elamislubadeks tähtajaline elamisluba ja pikaajaline elamisluba. Enne uue immigratsiooniseaduse jõustumist 1. jaanuaril 2005 oli olemas nelja liiki elamislubasid: → *erielamisluba*, → *riigis elamise õigus*, → *riigis elamise erakorraline luba* ja elamisluba.

riigis viibimise eesmärk

Die im → *Aufenthaltsgesetz* genannten Zwecke für den Aufenthalt in Deutschland, für die eine → Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. Diese Zwecke sind: Ausbildung, Erwerbstätigkeit, völkerrechtliche, politische oder humanitäre Gründe, familiäre Gründe.

■ Aufenthaltserlaubnis

Ausbildungsbetrieb, *m*

Unternehmen, das gemeinsam mit einer Berufsschule die Ausbildung durchführt *

Ausländerbehörde, *f*

Die Ausländerbehörden sind die für aufenthalts- und passrechtliche Maßnahmen und Entscheidungen nach dem → *Aufenthaltsgesetz* und nach ausländerrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen zuständigen Stellen. Der Begriff Ausländerbehörde ist ein Überbegriff, die Behörde kann auch anders genannt werden, z.B. → *Amt für Ausländerangelegenheiten*.

Ausweisdokument, *n*

Ein amtliches Dokument, das jemanden eindeutig als bestimmte Person ausweist und die Echtheit dieser Person beweist. Dieses Dokument kann beispielsweise ein Reisepass, ID-Karte, → *Passersatz* sein.

= Ausweispapier, Identitätsnachweis

Ausweispapier, *n* = Ausweisdokument

Ausweisung, *f*

Aufenthaltsbeendende Maßnahme, die von der zuständigen → *Ausländerbehörde* als Ordnungsverfügung in Form eines Ausreisegebotes gegenüber einem Ausländer in einem Einzelfall ausgesprochen wird. Die Ausweisung ist ein spezifisch ausländerrechtlicher Verwaltungsakt, durch den der → *Aufenthaltstitel* erlischt und der Ausländer zur Ausreise verpflichtet wird. Sie beendet die Rechtmäßigkeit des Aufenthalts eines Ausländers.

→ *Abschiebung; Duldung*

→ *Elukohaseaduses* nimetatud riigis viibimise eesmärgid, mille korral väljastatakse → *tähtajaline elamisluba*. Need eesmärgid on: õppimine, töötamine, rahvusvahelisest õigusest tulenevad, poliitilised, humanitaarsed või perekondlikud põhjused.

väljaõpet pakkuv ettevõtte

ettevõtte, mis viib koos kutsekooliga läbi kutseõpet

välismaalaste amet

Välismaalaste ametid omavad pädevust elamisõigust ja → *isikut tõendavate dokumentide* alaste otsuste tegemiseks ja meetmete rakendamiseks → *elukohaseaduse* ja teiste välismaalasi puudutavate õigusaktide alusel. Termin välismaalaste amet on nn katustermin. Sama pädevust omavat asutust võidakse nimetada ka teisiti.

isikut tõendav dokument

Ametlik dokument, mis tõestab selle omaniku isikusamasust. Riigiasutuse poolt väljaantud dokument, kuhu on kantud kasutaja nimi ja sünniaeg või isikukood ning foto või näokujutis ja allkiri või allkirjakujutis. Dokument võib olla pass, isikutunnistus jms.

väljasaatmisotsus

Välismaalase elamisõigust lõpetav meede, mida rakendab vastutav → *välismaalaste amet* väljasõidukorralduse vormis üksikjuhtumi korral. Väljasaatmisotsus on välismaalaste õiguses eripärane haldusakt, mille tulemusel kaotab → *elamisluba* õigusjõu ning välismaalane on kohustatud riigist lahkuma. Väljasaatmisotsus lõpetab välismaalase riigis viibimise õiguspärasuse.

→ *väljasaatmisotsuse sundtäitmine; väljasaatmisotsuse sundtäitmise peatamine*

Ausweisungsgrund, m

Die Gründe für eine → *Ausweisung* sind in §§ 53 und 54 → Aufenthaltsgesetz festgelegt. Gründe sind z. B. Jugend- und Freiheitsstrafen, Handel mit Betäubungsmitteln, oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung.

väljasaatmise põhjus

Välismaalase väljasaatmise põhjused on paika pandud → *elukohaseaduse* paragrahvides 53 ja 54. Põhjusteks võivad olla nt vangistus, äri narkootikumidega, või terroristliku rühmituse toetamine.

B

Basissprachkurs, m

Teil eines → *Integrationskurses*. Die ersten drei Kursabschnitte des Integrationskurses heißen Basissprachkurs. Er dauert 300 Stunden. Teilnehmer, die kaum Deutsch sprechen, beginnen immer mit dem Basissprachkurs und meist mit dem ersten Kursabschnitt.

→ *Aufbausprachkurs, Integrationskurs, Orientierungskurs*

■ Niederlassungserlaubnis

saksa keele kursus algajatele

→ *Integratsioonikursuse* üks osa. Saksa keele kursus algajatele hõlmab integratsioonikursuse kolm esimest etappi. Kursus kestab 300 tundi. Osalejad, kelle saksa keele oskus on kasiin, alustavad alati selle kursusega ja tavaliselt kursuse esimese etapiga.

→ *Saksa keele kursus edasijõudnutele, integratsioonikursus, orientatsioonikursus*

Bearbeitungsgebühr, f

Gebühr für bestimmte Amtshandlungen. Die Bearbeitungsgebühr wird bereits vor Erlass des gebührenpflichtigen Verwaltungsakts bei Antragstellung erhoben, unabhängig davon, ob dem Antrag stattgegeben wird oder nicht.

↔ Verwaltungsgebühr

töötlemistasu

Tasu teatud ametitoimingute eest. Töötlemitasu tuleb tasuda juba enne haldusakti andmist taotluse esitamisel, sõltumata sellest, kas taotlust rahuldatakse või mitte.

↔ riigilõiv

Bearbeitungsvermerk, m

Vermerke der Behörde zur weiteren Bearbeitung des Antrags *

Märke taotluse läbivaatamisel *

Asutuse märged taotluse edasiseks töötlemiseks.

Beiblatt, n

Beigefügtes zusätzliches Blatt.

lisaleht

Eraldi lisatud leht.

Belehrung, f

Gesetzlich vorgeschriebene Information für den Antragsteller. *

selgitus

Seaduse alusel taotlejale edastav informatsioon.

Beschäftigung, f

Eine nichtselbständige Arbeit, insbesondere in

töötamine

Mitteiseseisev töö, eriti töösuhtes. Mitteiseseise-

einem Arbeitsverhältnis. Anhaltspunkte für eine Beschäftigung sind eine Tätigkeit nach Weisungen und eine Eingliederung in die Arbeitsorganisation des Weisungsgebers.

Bescheinigung, f

Schriftstück, mit dem etwas schriftlich bestätigt wird.

besonders gelagerte politische Interessen, Pl n erilised poliitilised huvid

Das Bundesministerium des Innern kann zur Wahrung besonders gelagerter politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland im Benehmen mit den obersten Landesbehörden anordnen, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Ausländern aus bestimmten Staaten oder in sonstiger Weise bestimmten Ausländergruppen eine Aufnahmezusage erteilt. Den betroffenen Ausländern ist entsprechend der Aufnahmezusage eine → *Aufenthaltserlaubnis* oder → *Niederlassungserlaubnis* zu erteilen. Der bislang einzige Anwendungsfall dieser Norm ist die jüdische Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion mit Ausnahme der baltischen Staaten.

- Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis

Bildungsangebot, n

Angebot an Bildungseinrichtungen und -möglichkeiten

biometrisches Passbild, n

Für biometrische Passbilder gelten spezielle Anforderungen, damit eine biometrische Erkennung des → *Antragstellers* sowie die einwandfreie Wiedergabe des Bildes im Dokument gewährleistet sind.

→ *passtaugliches Passfoto; Lichtbild*

Bundesgebiet, n

Das gesamte Gebiet aller Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland.

Bürgeramt, n

Das Bürgeramt ist ein kommunales Dienstleis-

vale tööle on iseloomulikud tööandja korraldustel põhinev tegevus ning kuulumine tööandja tööorganisatsiooni.

tõend

Dokument, millega kinnitatakse midagi kirjalkult; tunnistus.

Eriliste poliitiliste huvide kaitsmiseks võib Saksamaa siseministeerium kooskõlas liidumaade asutustega anda korralduse, et Liitvabariigi migratsiooni- ja pagulasamet teeb teatud riikidest pärit välismaalaste või muul viisil määratletud välismaalaste gruppide suhtes positiivse vastuvõtuotsuse. Nendele välismaalastele tuleb anda vastavalt vastuvõtuotsusele kas → *tähtajaline elamisluba* või → *alaline elamisluba*. Siiani rakendati seda seadust ainult juudi migrantidele endise Nõukogude Liidu territooriumilt, v.a. Balti riikidest.

haridusprogramm

Haridusasutuste pakutavad haridusvõimalused.

passifoto biomeetrilisele passile

Biomeetriliste passide fotodele kehtivad erilised nõuded, et oleksid tagatud → *taotleja* biomeetriline identifitseerimine ning pildi laitmatu reprodutseerimine dokumendis.

→ *passinõuetele vastav foto; foto*

Saksamaa Liitvabariigi territoorium

Saksamaa Liitvabariigi kõikide liidumaade territoorium.

kodanikuteenuste amet *

Kodanikuteenuste amet on kohalik teenuste

tungszentrum. Es kann auch andere Bezeichnungen tragen wie z. B. Bürgerbüro, Bürgerservice oder Servicepunkt. Seine Aufgaben sind je nach Bundesland leicht unterschiedlich, umfassen aber in der Regel Passangelegenheiten, An-, Ab- und Ummeldungen, amtliche Beglaubigungen, Lohnsteuerkarten, u.a.

Bürgerschaftserklärung, f

Der Bürge erklärt gegenüber dem Gläubiger eines Dritten, für die Erfüllung der Verbindlichkeit des Dritten einzustehen.

osutamise keskus. Asutus võib kanda erinevaid nimetusi. Ameti ülesanded varieeruvad liidumaati. Tavaliselt hõlmavad need passiga seotud toiminguid, registreerimisi, ametlikke tõestamistoiminguid jms.

tagatiskiri

Tagatiskirjaga lubab käendaja kolmanda isiku võlausaldajale, et ta vastutab kolmanda isiku kohustuste täitmise eest.

D

Daueraufenthaltsbescheinigung, f

Eine Bescheinigung darüber, dass der Antrag auf eine → *Daueraufenthaltskarte* gestellt worden ist. Diese Bescheinigung erhält der Familienangehörige des Unionsbürgers unverzüglich.

- ▣ Freizügigkeit

Daueraufenthaltskarte, f

Die Mitgliedstaaten stellen den Familienangehörigen, die nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzen und die zum Daueraufenthalt berechtigt sind, binnen sechs Monaten nach Einreichung des Antrags eine Daueraufenthaltskarte aus. Die Daueraufenthaltskarte ist automatisch alle zehn Jahre verlängerbar. Bei der Daueraufenthaltskarte handelt sich um einen unbefristeten Aufenthaltstitel, den Ausländer nach fünfjährigem rechtmäßigen Aufenthalt in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union erhalten. Dieser Titel berücksichtigt das Recht auf Weiterwanderung in einen anderen Mitgliedstaat und bietet, wie die → *Niederlassungserlaubnis*, eine weitgehende Gleichstellung von → *Drittstaatsangehörigen* mit eigenen Staatsangehörigen z.B. beim Arbeitsmarktzugang und bei sozialen Leistungen.

Euroopa Liidu kodaniku perekonnaliikme alalise elamisõiguse taotlemise tõend

Tõend selle kohta, et Euroopa Liidu kodaniku perekonnaliige on taotlenud alalist elamisõigust. Perekonnaliikmele väljastatakse see → *tõend* viivituseeta.

→ *Euroopa Liidu kodaniku perekonnaliikme alaline elamisõigus*

Euroopa Liidu kodaniku perekonnaliikme alaline elamisõigus

Liikmesriigid annavad pereliikmetele, kes ei ole liikmesriigi kodanikud, kuid kellel on alalise elamise õigus, alalise elamisloa kuue kuu jooksul alates taotluse esitamisest. Alalist elamisõigust uuendatakse automaatselt iga kümne aasta järel. Alalise elamisloa saavad välismaalased pärast viieaastast õiguslikku viibimist mis tahes Euroopa Liidu liikmesriigis. See elamisluba arvestab õigust suunduda teise liikmesriiki ning pakub kolmandate riikide kodanikele suurel määral samu õigusi nagu oma riigi kodanikele, nt tööturule sisenemisel ja sotsiaaltoetuste osas.

→ *Daueraufenthaltsrecht*

■ Freizügigkeit

Daueraufenthaltsrecht, n

→ *Unionsbürger*, ihre Familienangehörigen und Lebenspartner, die sich seit fünf Jahren ständig rechtmäßig im → *Bundesgebiet* aufhalten haben, haben unabhängig vom weiteren Vorliegen der Voraussetzungen des § 2 Abs. 2 → *Freizügigkeitsgesetz/EU* das Recht auf Einreise und Aufenthalt (Daueraufenthaltsrecht). Dies bedeutet, dass sie dann ein Aufenthaltsrecht unabhängig vom Vorliegen der Freizügigkeitsvoraussetzungen haben. Im Einzelfall kann das Daueraufenthaltsrecht bereits nach drei Jahren erworben werden.

→ *Daueraufenthaltskarte*

■ Freizügigkeit

Drittstaatsangehöriger, m

Jede Person, die nicht Unionsbürger im Sinne des Artikels 20 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist.

↔ Unionsbürger

■ Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis

Duldung, f

Zeitweise Aussetzung der → *Abschiebung*. Die Duldung ist die vorübergehende Aussetzung der Abschiebung für einen Zeitraum von höchstens sechs Monaten. Die Duldung ist Teil des Verwaltungsvollstreckungsverfahrens zur Abschiebung des Ausländers. Sie ist kein Aufenthaltstitel, sondern Teil der Abschiebung.

→ *Abschiebung*

→ *alaline elamisõigus*

alaline elamisõigus

→ *Euroopa Liidu kodanikud*, nende perekonnaliikmed ja partnerid, kes on elanud Saksamaa Liitvabariigis alaliselt viis aastat, omavad alalise elamisõiguse. See tähendab, et neil on elamisõigus olenemata teiste vaba liikumist võimaldavate eelduste esinemisest. Üksikjuhtumitel võidakse alaline elamisõigus omandada ka juba kolme aasta pärast riiki elama asumist.

→ *Euroopa Liidu kodaniku perekonnaliikme alaline elamisõigus*

kolmanda riigi kodanik

Isik, kes ei ole liidu kodanik Euroopa Liidu toimimise lepingu artikli 20 lõike 1 tähenduses.

↔ Euroopa Liidu kodanik

väljasaatmisotsuse sundtäitmise peatamine

Väljasaatmisotsuse sundtäitmise peatamine maksimaalselt kuueks kuuks. Tegemist on osaga haldustäitemenetlusest, mille eesmärgiks on välismaalase riigist väljasaatmine. Tegemist ei ole elamisloaga, vaid väljasaatmismenetluse osaga.

→ *väljasaatmisotsuse sundtäitmine*

E

ehemalige Deutsche, Pl

Personen, die früher einmal die deutsche Staatsbürgerschaft gehabt haben *

■ Niederlassungserlaubnis

eingeschränkt freizügigkeitsberechtigt (sein)

Das Recht der Freizügigkeit (hier das Recht, eine Beschäftigung auszuüben und sich zu diesem Zweck in dem Land niederzulassen) ist auf die Staatsangehörigen der zum 01.05.2004 beigetretenen neuen Mitgliedsländer übergangsweise nur eingeschränkt anwendbar. Das Recht der Freizügigkeit gilt spätestens ab dem 01.05.2011 uneingeschränkt für die Arbeitnehmer aller zum 01.05.2004 beigetretenen EU-Mitgliedsländer.

↔ uneingeschränkt freizügigkeitsberechtigt (sein)

■ Freizügigkeit

eingetragene Lebenspartnerschaft, f

Partnerschaft auf Lebenszeit zwischen zwei Menschen gleichen Geschlechts. In bürgerlich-rechtlichen Angelegenheiten sind die Rechtsfolgen der Lebenspartnerschaft denen der Ehe nachgebildet. Amtliche Bestätigung einer eheähnlichen Gemeinschaft zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern.

→ *verpartnert (sein)*

Einkommenssteuerbescheid, m

Mit dem Einkommensteuerbescheid setzt das Finanzamt die endgültige Steuerschuld und damit in der Regel eine Nachzahlung bzw. Erstattung fest.

Einreise (f) verweigern

Einreiseantrag, m

Empfänger (m) von Dienstleistungen

↔ Erbringer von Dienstleistungen

Erbringer (m) von Dienstleistungen

Der Grundsatz der Dienstleistungsfreiheit ermöglicht einem Wirtschaftsteilnehmer, der Dienste in einem Mitgliedstaat erbringt, seine Dienste auch vorübergehend in einem anderen

endised saksa kodanikud

Isikud, kellel on kunagi olnud saksa kodakondsus.

(kellelgi on) piiratud õigus tööturul vabalt liikuda

Õigus töötada ja sellel eesmärgil selles riigis elada rakendub 1. mail 2004 liitunud liikmesriikide kodanikele üksnes osaliselt. Liikumisvabadus hakkab 1. mail 2004 liitunud liikmesriikidele piiramatult kehtima hiljemalt 1. maist 2011.

↔ (kellelgi on) piiramatult õigus vabalt liikuda

registreeritud partnerlus

Eluägne partnerlus kahe samasoolise inimese vahel. Tsiviilõiguslikes asjades on partnerluse õiguslikud tagajärjed sarnased abielu õiguslike tagajärgedega. Termin tähistab ka kahe samasoolise inimese vahelise partnerluse ametlikku kinnitust.

→ *elama samasooliste isikute partnerluses*

tulumaksuteade

Tulumaksuteatega määrab maksuamet kindlaks lõpliku maksuvõla ja koos sellega reeglina kas juurdemakse või maksu tagastuse.

välismaalase riiki sisenemise keelamine

sissesõidutaotlus *

teenuste saaja

↔ teenuste osutaja

teenuste osutaja

Teenuste vaba liikumise põhimõtte võimaldab majanduses osalejatel, kes pakuvad oma teenuseid ühes liikmesriigis, pakkuda oma teenuseid ajutiselt ka teises liikmesriigis ilma et ta peaks seal

Mitgliedstaat zu erbringen, ohne sich dort niederlassen zu müssen. Die Erbringung von Dienstleistungen zählt als einer der → *Aufenthaltszwecke*. Somit ist die Person gemeinschaftsrechtlich → *freizügigkeitsberechtig*.

- ↔ Empfänger von Dienstleistungen
■ Freizügigkeit

Erhebungsbogen, m

Formular zum Zweck der Datenaufnahme *

Erklärung (f) zur Freizügigkeit eines EU-Bürgers

Formular, mit dem der → *EU-Bürger* die Gründe für seinen Aufenthalt und seine → *Freizügigkeitsberechtigung* angibt

- *Aufenthaltszweck*
■ Freizügigkeit

erlaubte selbständige Tätigkeit, f

Gewerbe; Tätigkeit, die auf Dauer angelegt ist und mit Absicht der Gewinnerzielung betrieben wird.

- *Gewerbeanmeldung*
■ Freizügigkeit

erlernter Beruf

Ein durch abgeschlossene Berufsausbildung erworbener und urkundlich bestätigter Qualifikationsnachweis, z. B. als Facharbeiter. Ein Werk-tätiger kann mehrere Berufe erlernen. Es ist zu unterscheiden zwischen dem erlernten und dem ausgeübten Beruf.

- *Ausbildungsbetrieb*

Ersteinreise, f

EU-Bürger, m = Unionsbürger

EWR-Staat, m

Mitgliedstaat im Europäischen Wirtschaftsraum (Mitglieder sind die EU-Staaten, Norwegen, Island und Liechtenstein).

- Freizügigkeit

alaliselt elama. Teenuste osutamine on üks → *riigis viibimise eesmäärke*, mis annab inimesele → *õiguse vabalt liikuda*.

- ↔ teenuste saaja

ankeet

Formular andmete kogumiseks

avaldus Euroopa Liidu kodaniku vaba liikumise kohta

→ *Ankeet*, milles → *Euroopa Liidu kodanik* põhjendab oma → *õigust vabalt liikuda* ja oma viibimist selles riigis.

- *riigis viibimise eesmärk*

lubatud tegevus (füüsilisest isikust) ettevõtjana

Majandustegevus, mis on kavandatud pikaks ajaks ning mille eesmärgiks on kasumi teenimine.

- *ettevõtluse registreerimine*

õpitud kutse

Kutse, milleks isik on läbinud vastava haridustee (kutseharidus).*

- *väljaõpet pakkuv ettevõte*

esimest korda riiki sisenemine

EMP riik

Euroopa Majanduspiirkonda kuuluv riik (liikmeteks on Euroopa Liidu liikmesriigid, Norra ja Liechtenstein).

Existenzmittel Pl n, ausreichende ~

Die Mitgliedstaaten dürfen keinen festen Betrag für die Existenzmittel festlegen, die sie als ausreichend betrachten, sondern müssen die persönliche Situation des Betroffenen berücksichtigen. Dieser Betrag darf in keinem Fall über dem Schwellenbetrag liegen, unter dem der Aufnahmemitgliedstaat seinen Staatsangehörigen → *Sozialhilfe* gewährt, oder, wenn dieses Kriterium nicht anwendbar ist, über der Mindestrente der Sozialversicherung des Aufnahmemitgliedstaats. Die Existenzmittel sind ausreichend, wenn die Betroffenen während ihres Aufenthalts keine Sozialhilfeleistungen des Aufnahmemitgliedstaats in Anspruch nehmen müssen.

- ▣ Freizügigkeit

F

familiäre Lebensgemeinschaft, f

Zusammenleben in der Familie, Lebens- und Erziehungsgemeinschaft, Beistands- und Betreuungsgemeinschaft.

Familienzusammenführung, f

Die Einreise und den Aufenthalt von Familienangehörigen eines sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhaltenden → *Drittstaatsangehörigen* in diesem Mitgliedstaat, mit dem Ziel, die Familiengemeinschaft aufrechtzuerhalten, unabhängig davon, ob die familiären Bindungen vor oder nach der Einreise des Zusammenführenden entstanden sind.

→ *familiäre Lebensgemeinschaft*

- ▣ Aufenthaltserlaubnis

Finanzierungsnachweis, m

Ausländische Studierende müssen ihren → *Lebensunterhalt* selber bestreiten können. Die → *Ausländerbehörden* können hierüber einen → *Nachweis* einfordern.

→ *Stipendienbescheid*

- ▣ Aufenthaltserlaubnis

piisavad rahalised vahendid enda ülalpidamiseks

Liikmesriigid ei tohi kehtestada konkreetset summat, mida nad peavad "piisavateks vahenditeks", kuid nad peavad arvesse võtma asjaomase isiku olukorda. Mingil juhul ei tohi see summa olla suurem summast, millest allpool võivad vastuvõtva liikmesriigi kodanikud saada → *sotsiaalabi*, või – kui seda kriteeriumi ei saa kohaldada – suurem kui vastuvõtvas liikmesriigis makstav minimaalne sotsiaalkiindlustustoetus. Vahendeid on siis piisavalt, kui isik ei koorma oma riigis viibimise ajal vastuvõtva liikmesriigi sotsiaalsüsteemi.

perekondlik kooselu *

Kooselamine perekonnas, perekonna ühine elu, sh kasvatamine, hoolitsemine ja toetamine .

perekonna taasühinemine

Liikmesriigis seaduslikult elava → *kolmanda riigi kodaniku* pereliikmete sisenemine sellesse liikmesriiki ja seal elamine, et perekond jääks kokku, olenemata sellest, kas peresuhted tekkisid enne või pärast kõnealuse kolmanda riigi kodaniku sisenemist sellesse liikmesriiki.

→ *perekondlik kooselu*

garantiikiri õpingute rahastamise kohta *

Välisüliõpilased peavad olema suutelised oma ülalpidamist ise rahastama. → *Välismaalaste ametid* võivad nõuda sellekohast → *tõendit*.

→ *tõend stipendiumi saamise kohta*

freiheitlich demokratische Grundordnung, f

Zusammenfassender Begriff für die dem Staateswesen der Bundesrepublik Deutschland zugrundeliegenden Ordnungs- und Wertvorstellungen.

Freizügigkeit, f

Die Freiheit, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten. Die Freizügigkeit von Personen stellt eine der Grundfreiheiten des Binnenmarkts dar.

→ *Freizügigkeitsbescheinigung; Unionsbürger; freizügigkeitsberechtigter sein; Erklärung zur Freizügigkeit eines EU-Bürgers*

■ Freizügigkeit

freizügigkeitsberechtigter (sein)

Die Freiheit und das Recht haben, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten.

→ *Freizügigkeit; Freizügigkeitsbescheinigung*

■ Freizügigkeit

Freizügigkeitsbescheinigung, f

→ *Freizügigkeitsberechtigter* → *Unionsbürgern* und ihren Familienangehörigen mit → *Staatsangehörigkeit* eines Mitgliedstaates der Europäischen Union wird → *von Amts wegen* unverzüglich eine → *Bescheinigung* über das → *Aufenthaltsrecht* ausgestellt.

→ *Freizügigkeit*

■ Freizügigkeit

Freizügigkeitsgesetz/EU, n

Offizielle Bezeichnung: Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern. Seit 1.1.2005 regelt dieses Gesetz als Artikel 2 des Zuwanderungsgesetzes den Aufenthalt von → *Unionsbürgern* und deren Familienangehörigen. Es löst damit das Aufenthaltsgesetz EWG ab. Mit dem Freizügigkeitsgesetz wurde die Richtlinie 2004/38/EG in deutsches Recht umgesetzt.

↔ *Aufenthaltsgesetz*

→ *Freizügigkeit*

■ Freizügigkeit

liberaalne demokraatlik põhikord

Saksamaa Liitvabariigi riigikorralduse aluseks olevad korra- ja väärtushinnangud.

vaba liikumine, liikumisvabadus

Esmane ja individuaalne õigus liikmesriikide territooriumil vabalt liikuda ja elada. Isikute vaba liikumine on üks põhivabadusi siseturul.

→ *vaba liikumise tõend; Euroopa Liidu kodanik; õigus vabalt liikuda; avaldus Euroopa Liidu kodaniku vaba liikumise kohta*

(kellelgi on) õigus vabalt liikuda

Omama esmast ja individuaalset õigust liikmesriikide territooriumil vabalt liikuda ja elada.

→ *vaba liikumine; vaba liikumise tõend*

vaba liikumise tõend *

→ *Euroopa Liidu kodanikele* ja nende perekonnaliikmetele, kellel on mõne Euroopa Liidu liikmesriigi → *kodakondsus*, antakse viivitamata ja → *ametikohtustuse tõttu* välja tõend nende → *elamisõiguse* kohta.

→ *vaba liikumine*

vaba liikumist käsitlev seadus

Immigratsiooni seaduse osa, mis käsitleb → *Euroopa Liidu kodanike* ja nende perekonnaliikmete liikumisvabadust. Selle seadusega rakendab Saksamaa direktiivi 2004/38/EÜ. Eestis reguleerib seda valdkonda Euroopa Liidu kodaniku seadus.

→ *vaba liikumine*

Führungszeugnis, n

Im Führungszeugnis wird unter Aufführung der vollständigen → *Personalien* hauptsächlich verzeichnet, ob die betreffende Person vorbestraft oder nicht vorbestraft ist. Das Führungszeugnis ist eine auf grünem Spezialpapier mit Bundesadler gedruckte Urkunde, die vom Bundeszentralregister auf Antrag für jede Person ab 14 Jahren ausgestellt wird.

→ *Vorstrafe*

■ Niederlassungserlaubnis

karistusregistri väljavõte

Karistusregistri väljavõttes kajastatakse peamiselt seda, kas isik on varem kohtulikult karistatud või mitte. Samuti on väljavõttes kirjas kõik → *isiklikud andmed*. Väljavõte trükitakse rohelisele spetsiaalsele paberile, millel on ka riigi vapilind kotkas. Väljavõtte väljastab Liiduvabariigi keskkregister taotluse alusel igale vähemalt 14-aastasele isikule.

→ *karistus*

G

Gebührenfestsetzung, f

Tasude kehtestamine

gemeinschaftliches Aufenthaltsrecht, n = Aufenthaltsrecht

Gewerbeanmeldung, f

Wer den selbständigen Betrieb eines stehenden Gewerbes, einer Zweigniederlassung oder einer unselbständigen Zweigstelle anfängt, muss dies der zuständigen Behörde gleichzeitig anzeigen. Die zuständige Behörde für die Ausführung der Gewerbeordnung richtet sich nach Landesrecht und ist deshalb von Bundesland zu Bundesland verschieden. Hierzu ist ein bestimmter Vordruck zu verwenden. Mit der Anmeldung und Bestätigung (auch Gewerbeschein genannt) erfolgt eine Meldung durch Versenden der Durchschriften dieser Bestätigung an verschiedene Behörden (u. a. Finanzamt).

→ *erlaubte selbständige Tätigkeit*

ettevõtluse registreerimine

Isik, kes alustab iseseisvat majandustegevust, või loob filiaali või esinduse, peab sellest pädevat ametiasutust samaaegselt teavitama. Majandustegevuse seaduse rakendamise pädevust omav ametiasutus juhendub oma tegevuses liidumaa seadusandlusest ja seepärast rakendatakse seadust liidumaati erinevalt. Teavitamiseks tuleb kasutada vastavat → *ankeeti*. Koos registreerimise ja kinnitusega saadab pädev asutus selle kinnituse koopiad erinevatele asutustele, sh maksuametile.

glaubhaft machen

Anhand von Dokumenten belegen *

usutavaks tegema, tõendama

Midagi dokumentide abil tõendama

Grundsicherung (f) für Arbeitssuchende = Arbeitslosengeld II

H

Härtefallentscheidung, *f*

Die oberste Landesbehörde darf anordnen, dass einem Ausländer, der vollziehbar ausreisepflichtig ist, abweichend von den im → *Aufenthaltsgesetz* festgelegten Erteilungs- und Verlängerungsvoraussetzungen für einen → *Aufenthaltstitel* eine → *Aufenthaltserlaubnis* erteilt wird, wenn eine von der Landesregierung durch Rechtsverordnung eingerichtete Härtefallkommission darum ersucht (Härtefallersuchen).

■ Aufenthaltserlaubnis

Herkunftsstaat, *m*

Herkunftsstaat ist derjenige Staat, dem der Betreffende als Staatsangehöriger angehört oder in dem er als Staatenloser vor der Einreise in das → *Bundesgebiet* seinen gewöhnlichen Aufenthalt hatte.

→ *Staatsangehörigkeit*

Hilfe (*f*) zur Erziehung

Ein Personensorgeberechtigter hat bei der Erziehung eines Kindes oder eines Jugendlichen Anspruch auf Hilfe (Hilfe zur Erziehung), wenn eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist. Hilfe zur Erziehung umfasst insbesondere die Gewährung pädagogischer und damit verbundener therapeutischer Leistungen.

Hochqualifizierte, *Pl m/f*

Als Hochqualifizierte gelten insbesondere Wissenschaftler mit besonderer Qualifikation und → *Lehrpersonen in herausgehobener Funktion*. Das Zuwanderungsgesetz hat den Aufenthaltsstatus für Hochqualifizierte deutlich verbessert. Spitzenkräfte der Wirtschaft und Wissenschaft, die ein Arbeitsplatzangebot haben, können ohne Arbeitsmarktprüfung und Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit zugelassen werden. Sie können von Anfang an eine → *Niederlassungserlaubnis* erhalten.

■ Niederlassungserlaubnis

otsus välismaalase erakordselt raske olukorra puhul *

Liidumaa kõrgeim asutus (tavaliselt ministeerium) võib anda korralduse, et välismaalasele, kes on kohustatud riigist lahkuma, antakse vaatamata seaduses sätestatud eelduste puudumisele → *elamisluba*, juhul kui liidumaa valitsuse poolt määratud komisjon seda taotleb.

päritoluriik

Päritoluriik on riik, mille → *kodakondsust* inimene omab või kus ta elas kodakondsuseta isikuna enne → *Saksamaa Liitvabariigi territooriumile* sisenemist.

abi laste kasvatamisel *

Hooldusõigust omaval isikul on lapse või nooruki kasvatamisel õigus abil lapse kasvatamisel, kui lapse või nooruki heaolule suunatud kasvatus ei ole tagatud ning kui abi on lapse või nooruki arengule sobiv ja vajalik. Abi lapse kasvatamisel hõlmab eelkõige pedagoogilist ja sellega seotud terapeutilist toetust.

kõrgelt kvalifitseeritud töötajad

Kõrgelt kvalifitseeritud töötajate hulka kuuluvad eelkõige erilise kvalifikatsiooniga teadlased ja → *silmapaistvat funktsiooni täitvad õppejõud*. Uus immigratsiooniseadus on kõrgelt kvalifitseeritud töötajate elamisõiguslikku staatust oluliselt parandanud. Majanduse ja teaduse tippspetsialistid, kellel on töökohapakkumine, võivad siseneda tööturule ilma → *tööagentuuri* nõusolekuta. Nad saavad kohe → *alalise elamisloa*.

I

Identitätskarte, f

Personalausweis.

→ *Ausweispapier, Ausweisdokument, Identitätsnachweis*

Identitätsnachweis, m = Ausweisdokument

Immatrikulationsbescheinigung, f

Bescheinigung über die Einschreibung an einer Hochschule. Hiermit wird nachgewiesen, dass sich die Person zum Zwecke der Ausbildung in Deutschland aufhält.

= Zulassungsbescheid

→ *Aufenthaltszweck*

Inanspruchnahme (f) öffentlicher Gelder

Integrationskurs, m

Die Integrationskurse vermitteln den Teilnehmern Deutschkenntnisse sowie Kenntnisse über Kultur, Geschichte und die Rechtsordnung Deutschlands. Der Integrationskurs ist in einen → *Basis- und Aufbausprachkurs* (Sprachkurs) sowie einen → *Orientierungskurs* unterteilt. Basis- und Aufbausprachkurs bestehen aus jeweils drei Kursabschnitten mit unterschiedlichen Leistungsstufen. Der Orientierungskurs, der im Anschluss an den Sprachkurs stattfindet, vermittelt Kenntnisse über die deutsche Gesellschaft und den Staatsaufbau. In der Regel wird der Integrationskurs mit einer Erfolgsprüfung abgeschlossen. Mit dem Nachweis eines erfolgreich abgeschlossenen Kurses besteht für den Migranten die Möglichkeit, die Wartezeit bis zur Erteilung einer → *Niederlassungserlaubnis* bzw. - falls angestrebt - bis zum Erwerb der → *Staatsangehörigkeit* zu verkürzen. Der Integrationskurs findet auf Deutsch statt.

→ *Basissprachkurs; Aufbausprachkurs; Orientierungskurs; Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung*

■ *Niederlassungserlaubnis*

ID-kaart

Isikut tõendav dokument kaardi kujul.

→ *isikut tõendav dokument*

tõend immatrikuleerimise kohta

Tõend üliõpilaste nimekirja arvamise kohta. Sellega tõendatakse, et isik viibib Saksamaal õppimise eesmärgil.

→ *riigis viibimise eesmärk*

avaliku raha kasutamine

integratsioonikursus

Integratsioonikursused annavad osalejatele saksa keele teadmisi ning teadmisi Saksamaa kultuurist, ajaloost ja õiguskorrast. Integratsioonikursus on jagatud kolmeks osaks: → *saksa keele kursus algajatele*, → *saksa keele kursus edasijõudnutele* ja → *orientatsioonikursus*. Keelekursused koosnevad kolmest erinevatel tasemetel toimuvast etapist. Orientatsioonikursus, mis toimub pärast keelekursust, vahendab teadmisi Saksamaa ühiskonnast ja riigist. Integratsioonikursus lõpeb reeglina eksamiga. Tunnistus kursuse eduka lõpetamise kohta võimaldab välismaalasel lühendada ooteaega kuni → *alalise elamisloa* või saksa → *kodakondsuse* saamiseni. Integratsioonikursus toimub saksa keeles.

→ *saksa keele kursus algajatele; saksa keele kursus edasijõudnutele; orientatsioonikursus; teadmised õigus- ja ühiskonnakorrast*

K

Kenntnisse (*Plf*) der Rechts- und Gesellschaftsordnung

Kenntnisse der Grundzüge der deutschen Rechtsordnung, Kultur und Geschichte, der demokratischen Werten in Deutschland, der Prinzipien des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, Toleranz und Religionsfreiheit.

→ *Integrationskurs*

■ Niederlassungserlaubnis

Kindernachzug, *m*

Kinder ziehen aus dem Ausland zu ihren im → *Bundesgebiet* lebenden Eltern. Unter den in § 23 des → Aufenthaltsgesetzes festgelegten Bedingungen ist dem ledigen minderjährigen Kind eines Ausländers eine → Aufenthaltserlaubnis zu erteilen.

■ Aufenthaltserlaubnis

Krankenversicherungsnachweis, *m*

Von der Krankenkasse ausgestellte → *Bescheinigung* über bestehenden → *Krankenversicherungsschutz* *

→ *Nachweis*

Krankenversicherungsschutz, *m*

Ist der Ausländer in einer gesetzlichen Krankenversicherung krankenversichert, hat er ausreichenden Krankenversicherungsschutz. Der Krankenversicherungsschutz muss folgende Leistungen umfassen: ärztliche und zahnärztliche Behandlung; Versorgung mit Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmittel; Krankenhausbehandlung; medizinische Leistungen zur Rehabilitation und Leistungen bei Schwangerschaft und Geburt.

L

Lebensunterhalt, *m*

Gesamter finanzieller Aufwand für die lebensnotwendigen Dinge (Ernährung, Kleider, Wohnung usw.).

→ *Unterhaltsgewährung, Unterhaltszahlung, Unterhalts-*

teadmised õigus- ja ühiskonnakorrast

Teadmised Saksamaa õiguskorra põhimõtetest, Saksamaa kultuurist ja ajaloost, demokraatlikest väärtustest Saksamaal, õigusriigi, usuvabaduse, võrdõiguslikkuse ja tolerantsi põhimõtetest.

→ *integratsioonikursus*

laste elama asumine perekonna juurde *

Välismaal elavad lapsed kolivad Saksamaa Liitvabariigis elavate vanemate juurde. → *Elukohaseaduse* §-s 23 kehtestatud tingimustel tuleb välismaalase alaealisele, vallalisele lapsele anda → *tähtajaline elamisluba*.

ravikindlustuse tõend

Haigekassa poolt väljastatud → *tõend*, isiku ravikindlustuskaitse kohta.

→ *tõend; ravikindlustuskaitse*

ravikindlustuskaitse

Kui välismaalasel on riiklik ravikindlustus, on tal piisav ravikindlustuskaitse. Ravikindlustuskaitse peab hõlmama järgnevaid teenuseid: arsti- ja hambaarstiravi; varustamist ravimite, sidemete, ravi- ja abivahenditega; haiglaravi; meditsiinilist toetust taastusraviks ning meditsiiniteenuseid raseduse ja sünnituse ajal.

ülalpidamisraha, toimetulekupiir

Rahaline kogukulu eluks vajalike asjade eest tasumiseks (nagu toit, riided, korter jm).

→ *elalise tagamine, elalise maksmine, elalise tagamise*

leistungen, unterhaltspflichtig (sein)

toimingud, ülalpidamiskohustust omama

Lehrperson (f) in herausgehobener Funktion

Zu diesem Personenkreis zählen Lehrstuhlinhaber und Institutsdirektoren.

silmapaistvat funktsiooni täitev õppejõud

Nende isikute hulka kuuluvad õppetooli juhatajad ja instituudi direktorid.

■ Niederlassungserlaubnis

Lehrverhältnis, n ; in einem ~ stehen

In einem → *Ausbildungsbetrieb* in Ausbildung sein. *

väljaõpe, väljaõpet läbima

Kutseväljaõpet pakkuvas ettevõttes kutset õppima

■ Niederlassungserlaubnis

→ *väljaõpet pakkuv ettevõte*

Leistungen (Pl.f) beziehen

Unterstützungsbeträge im Rahmen einer finanziellen Verpflichtung erhalten.

rahalist toetust saada

Teotussummasid mõne rahalise kohustuse raames saada.

→ *Arbeitslosengeld II, Wohngeld*

→ *töötü abiraha, eluasemetoetus*

leitender Angestellter mit besonderer Berufserfahrung

Allgemein wird der leitende Angestellte in seiner Funktion sehr stark in die Nähe des Arbeitgebers gerückt, weil er eigenverantwortlich wesentliche unternehmerische Tätigkeiten durchführt; z. B.: Überwachung und Kontrolle des anderen aufsichtsführenden Personals und der Fach- und Verwaltungskräfte, persönliche Befugnis zu Personalentscheidungen der vorgenannten Ebene.

erilise kutsealase kogemusega juhtivtöötaja

Oma funktsiooni poolest sarnaneb juhtivtöötaja tööandjaga, sest ta viib omal vastutusel läbi tähtsaid ettevõttealaseid tegevusi, nt kontrolli teiste järelevalvet teostavate töötajate ja spetsialistide üle ning omab isiklike volitusi sellel tasandil personaliotsuste langetamiseks.

→ *Lehrperson in herausgehobener Funktion, Hochqualifizierte*

→ *silmapaistvat funktsiooni täitev õppejõud, kõrgelt kvalifitseeritud tööjõud*

■ Niederlassungserlaubnis

Lichtbild, n

Passfoto

foto

Passifoto

→ *passtaugliches Passfoto, biometrisches Passbild*

→ *passi nõuetele vastav foto, passifoto biomeetrilisele passile*

M

Maßgabe; nach ~ des Gesetzes

seaduse kohaselt

Meldeanschrift, f

elukoha aadress

Wohnortadresse, mit der ein Bürger bei der Behörde gemeldet ist.

→ *Meldebehörde*

Meldebehörde, f

Einwohnermeldeamt

→ *Aufenthaltsanzeige, Meldebescheinigung, Meldeanschrift*

Meldebescheinigung, f

bestätigt die Anmeldung des → *Unionsbürgers* bei der zuständigen Behörde des Aufenthaltsortes

→ *Aufenthaltsanzeige, Meldebehörde*

■ Freizügigkeit

Aadress, mille isik on vastutavas asutuses registreerimiseks esitanud (nt → *elanike registreerimise büros*).

elanike registreerimise büroo

Asutus, mis registreerib elanike elukohta.

→ *elukohateade, registreerimistunnistus, elukoha aadress*

registreerimistunnistus

Registreerimistunnistus kinnitab, et → *Euroopa Liidu kodanik* on end asukohajärgse asutuse juures registreerunud.

→ *elanike registreerimise büroo, elukohateade*

N

Nachweis, m

Eindeutige Feststellung der Richtigkeit einer Sache; Darlegung, durch die das Sosein eines Sachverhalts bestätigt wird.

tõestus

Mingi asja korreksuse ühemõtteline kindlaksteemine.

Nichterwerbstätiger, m

Arbeitslose oder nicht aktive Person

mittetöötav isik

Töotu või majanduslikult mitteaktiivne isik

Niederlassungserlaubnis, f

Seit dem 1. Januar 2005 gibt es als einzigen unbefristeten → *Aufenthaltsstitel* die Niederlassungserlaubnis. Eine vor dem 1. Januar 2005 erteilte Aufenthaltsberechtigung oder unbefristete Aufenthaltserlaubnis gilt fort als Niederlassungserlaubnis entsprechend dem ihrer Erteilung zu Grunde liegenden → *Aufenthaltszweck* und Sachverhalt. Sie berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit.

= unbefristeter Aufenthaltstitel

↔ Aufenthaltserlaubnis

→ *Aufenthaltsgesetz*

■ Niederlassungserlaubnis

pikaajaline elamisluba

1. jaanuarist 2005 ainuke kehtiv pikaajaline elamisluba Saksamaal. Enne 1. jaanuari 2005 antud pikaajaline elamisluba (Aufenthaltsberechtigung või unbefristete Aufenthaltserlaubnis) jääb kehtima vastavalt viibimise põhjusele ning asjaoludele. Antud elamisluba annab õiguse töötada.

↔ tähtajaline elamisluba

→ *elamisluba, elukohaseadus*

O

Ordnungs- und Standesamt, *n*

→ *Amt für Ausländerangelegenheiten*

Ordnungswidrigkeit, *f*

Eine Ordnungswidrigkeit ist eine rechtswidrige und vorwerfbare Handlung, die den Tatbestand eines Gesetzes verwirklicht, das die Ahndung mit einer Geldbuße zuläßt.

Orientierungskurs, *m*

Teil eines → *Integrationskurses*. Der siebte und letzte Kursabschnitt des Integrationskurses heißt Orientierungskurs. Er dauert 45 Stunden. Wesentliche Themen im Orientierungskurs sind die deutsche Rechtsordnung, Geschichte und Kultur sowie Werte, die in Deutschland wichtig sind, zum Beispiel Religionsfreiheit, Toleranz und Gleichberechtigung.

→ *Basissprachkurs, Aufbausprachkurs, Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung*

■ *Niederlassungserlaubnis*

korrakaitse- ja perekonnaseisuamet *

→ *välismaalaste amet*

väärtegu

Väärtegu on saksa seaduse järgi õigusvastane ja etteheidetav tegevus, mis vastab seaduse fakti- sele koosseisule ja näeb ette rahatrahvi.

orientatsioonikursus

→ *Integratsioonikursuse* üks osa. Orientatsioonikursus on integratsioonikursuse seitsmes ja viimane etapp. Kursus kestab 45 tundi. Olulise- mad teemad on Saksamaa õiguskord, ajalugu ja kultuur ning väärtused, mis on Saksamaal tähtsad, nagu usuvabadus, tolerants ja võrdõigus- likkus.

→ *saksa keele kursus algajatele, saksa keele kursus edasi- jõudnutele, teadmised õigus- ja ühiskonnakorrast*

P

Passdaten, *Pl*

Persönliche Daten und Daten zum Dokument, die im Pass auf der Lichtbildseite angegeben sind.

→ *Personalien*

Passersatz, *m*

Amtlicher Ausweis, der zum Grenzübertritt berechtigt und der den Reisepass ersetzt, aber nicht alle seine Funktionen erfüllt. * Deutsche Behörden können Ausländern unter bestimmten Bedingungen Passersatzpapiere ausstellen.

→ *Ausweisdokument*

passiandmed

→ *Isiklikud andmed* ning dokumentiandmed, mis on kantud passi fotoga leheküljele.

passi asendav dokument

Ametlik isikut tõendav dokument, mis annab õiguse ületada riigipiiri ning mis asendab passi, aga ei täida kõiki passi funktsioone. Saksa asutused võivad välismaalastele teatud tingi- mustel välja anda passi asendavaid dokumente.

→ *isikut tõendav dokument*

passtaugliches Passfoto

Ein Foto, das den Anforderungen für die Verwendung in einem Reisepass zu entsprechen

passinõuetele vastav foto

Foto peab vastama teatud nõuetele, et fotot saaks kasutada reisidokumendis (nt foto suurus 35 mm

hat (z. B. Größe 35 mm x 45 mm, Frontalaufnahme usw.)

→ *Lichtbild, biometrisches Passbild*

Personalien, Pl f

Angaben zur Person (z. B. Name, Lebensdaten usw.), wie sie von einer Behörde registriert werden.

→ *Ausweisdokument*

persönliche Vorsprache, f

Persönliches Erscheinen bei der Behörde, um sein Anliegen vorzutragen. *

politische Betätigung, f

R

Recht (n) auf Wiederkehr

Einem Ausländer, der als Minderjähriger rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt im → *Bundesgebiet* hatte, ist eine → *Aufenthaltserlaubnis* zu erteilen, wenn er die in § 37 → *Aufenthaltsgesetz* genannten Voraussetzungen für das Recht auf Wiederkehr erfüllt.

■ Aufenthaltserlaubnis

Reiseausweis, m

Jede Art von Ausweis, die zum Reisen ins Ausland berechtigt. *

Rentenbezüge, Pl m

Rentenversicherungsbeitrag, m

Rückkehrberechtigung, f

Inhaber von Reiseausweisen für Flüchtlinge oder für Staatenlose sind für die Einreise und den Kurzaufenthalt vom Erfordernis eines → *Aufenthaltstitels* befreit, sofern der → *Reiseausweis* von einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, einem anderen Vertragsstaat des Abkom-

x 45 mm, eestvaates pildistatud jne).

→ *Foto, passifoto biomeetrilisele passile*

isiklikud andmed

Ametiasutuses isiku kohta registreeritud andmed (nt nimi, sünnikuupäev jne.)

→ *isikut tõendav dokument*

isiklik kohaleilmumine

Isiklik ilmumine ametiasutusse taotluse esitamiseks või asjaolude selgitamiseks.

poliitiline tegevus

tagasipöördumisõigus

Välismaalasele, kellel oli alaealisena alaline elukoht → *Saksamaa Liitvabariigi territooriumil*, tuleb anda → *tähtajaline elamisluba*, kui ta täidab → *elukohaseaduse* §-s 37 nimetatud tagasipöördumisõiguse eeldused.

reisidokument

Mis tahes dokument, mis annab õiguse välismaale reisida.

pensionimaksud

pensionikindlustuse sissemaksed

tagasipöördumisluba

Pögeniku või kodakondsuseta isiku reisidokumendi omavad isikud ei vaja sissesõiduks ja lühiajaliseks viibimiseks → *elamisluba*, juhul kui reisidokumendi väljastas Euroopa Liidu liikmesriik, Euroopa Majanduspiirkonna liikmesriik, Šveits või mõni muu määruse EÜ 539/2001 lisas

mens über den Europäischen Wirtschaftsraum, der Schweiz oder von einem in Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 aufgeführten Staat ausgestellt wurde, und der Reiseausweis eine Rückkehrberechtigung enthält, die bei der Einreise noch mindestens vier Monate gültig ist.

II loetletud riik, ja kui reisidokument sisaldab tagasipöördumisluba, mis kehtib sissesõidu ajal veel neljaks kuuks.

S

Sammelunterkunft, f

Einrichtung zur Unterbringung von Asylbewerbern.

majutuskeskus

Koht, mida kasutatakse varjupaigataotlejate kollektiivseks majutamiseks.

Scheidungsurteil, n

Urteil, durch das eine Ehe aufgelöst wird.

abielulahutuse otsus

Otsus, millega lahutatakse abielu ning selle otsuse tunnistus.

Schengener Vertragsstaat, m

Staat, der dem Schengener Abkommen (Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen) beigetreten ist.

Schengeni liikmesriik

Riik, mis on liitunud Schengeni konventsiooniga (millega rakendatakse 14. juuni 1985. aasta Schengeni lepingut Beneluxi Majandusliidu riikide, Saksamaa Liitvabariigi ja Prantsuse Vabariigi valitsuste vahel nende ühispiiridel kontrolli järkjärgulise kaotamise kohta).

Schulbescheinigung, f

Bescheinigung über den Schulbesuch; Bescheinigung, dass der Schüler die die Bescheinigung ausstellende Schule besucht. *

kooli tõend

tõend, et laps on tõendi väljastanud kooli õpilane.
*

selbständig erwerbstätig

Ein eigenes Gewerbe führend. *

tegutsev ettevõtjana

Inimene, kellel on oma enda ettevõtte.

↔ unselbständig erwerbstätig

→ *Gewerbeanmeldung*

↔ tegutsev palgatöötajana

→ *ettevõtluse registreerimine*

Seriennummer, f

Eine eindeutige Nummer, die als Identifikator für die Elemente einer Serie verwendet wird.

seerianumber

Seeriat tähistav number dokumendil.

Sorgerechtserklärung, f

Sind die Eltern bei der Geburt des Kindes nicht miteinander verheiratet, so steht ihnen die elter-

avaldus ühise hooldusõiguse kohta *

Kui vanemad ei ole lapse sündimise ajal omavahel abielus, siis omavad nad ühise hool-

liche Sorge dann gemeinsam zu, wenn sie erklären, dass sie die Sorge gemeinsam übernehmen wollen (Sorgeerklärungen) oder wenn sie einander heiraten.

→ *Sorgerechtsurteil*

Sorgerechtsurteil, n

Urteil das Sorgerecht betreffend. Sorgerecht ist das Recht und die Pflicht, für ein minderjähriges Kind zu sorgen.

→ *Sorgerechtersklärung*

Sozialamt, n

Behörde, die für die Durchführung aller gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen der → *Sozialhilfe* zuständig ist

Sozialgesetzbuch (n) zweites Buch

Das SGB II Buch regelt die → *Grundsicherung für Arbeitssuchende*.

Sozialhilfe, f

Die Sozialhilfe und das → *Arbeitslosengeld II* gewährleisten gemeinsam das soziokulturelle Existenzminimum, welches der Staat sich dem Sozialstaatsprinzip nach verpflichtet hat sicherzustellen. Aufgabe der Sozialhilfe ist es, den Leistungsberechtigten die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Die Grundlagen der Sozialhilfe sind im zwölften Buch des Sozialgesetzbuches geregelt.

→ *Sozialamt*

Sozialleistungen, Pl f

Gesamtheit aller von staatlichen u. gesellschaftlichen Institutionen od. vom Arbeitgeber entrichteten Leistungen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und zur wirtschaftlichen Absicherung des Arbeitnehmers. Sie umfassen die im Sozialgesetzbuch vorgesehenen Dienst-, Sach- und Geldleistungen.

→ *Sozialhilfe*

Staatsangehörigkeit, f

Juristische Zugehörigkeit zu einem bestimmten Staat. Die besondere rechtliche Bindung

des Öiguse, kui avaldavad, et nad tahavad koos lapse eest hoolt kanda või kui nad omavahel abielluvad.

→ *hooldusöiguse otsus*

hooldusöiguse otsus

Hooldusöigust puudutav otsus. Hooldusöigus on öigus ja kohustus alaealise lapse eest hoolt kanda.

→ *avaldus ühise hooldusöiguse kohta*

sotsiaalamet

Asutus, mis vastutab kõikide seaduslikult ettenähtud → *sotsiaalabi* meetmete täideviimise eest.

sotsiaalseadustiku teine raamat

Sotsiaalseadustiku teine raamat reguleerib töötajate põhikindlustust (sh → *töötü abiraha*).

sotsiaalabi

Sotsiaalabi ning → *töötü abiraha* II tagavad koos toimetulekumiinimumi, mille riik on sotsiaalriigi põhimõtte järgi kohustatud tagama. Sotsiaalabi ülesanne on võimaldada toetuse saajal elada inimväärset elu. Sotsiaalabi alused on paika pandud sotsiaalseadustiku kaheteistkümnendas raamatus.

→ *sotsiaalamet*

sotsiaaltoetused, sotsiaalteenused ja muu abi

Kõik riiklike ja ühiskondlike asutuste või tööandja poolset toetused töötaja töö- ja elutingimuste parandamiseks ja majanduslikuks kindlustamiseks. Need hõlmavad sotsiaalseadustikus ettenähtud teenuseid, materiaalseid ja rahalisi toetusi.

→ *sotsiaalabi*

kodakondsus

Juriidiline kuuluvus kindlasse riiki. Isiku ja riigi vaheline öiguslik side, mille kaudu on määratud

zwischen einer Person und ihrem Heimatstaat.

vastastikused õigused ja kohustused.

ständiger Wohnort, m

Ort, an dem eine Person wegen persönlicher und beruflicher Bindungen oder - im Falle einer Person ohne berufliche Bindungen - wegen persönlicher Bindungen, die enge Beziehungen zwischen der Person und dem Wohnort erkennen lassen, gewöhnlich, d.h. während mindestens 185 Tagen im Kalenderjahr, wohnt.

alaline elukoht

Koht, kus isik tavaliselt elab vähemalt 185 päeva kalendriaastas seoses isiklike ja tööalaste sidemetega või, kui tööalased sidemed puuduvad, seoses isiklike sidemetega, millest ilmneb nimetatud isiku märkimisväärne seos tema elukohaga.

Steuernummer, f

Die Steuernummer oder Steuer-Identifikationsnummer ist eine bundeseinheitliche und dauerhafte Identifikationsnummer von in der Bundesrepublik Deutschland gemeldeten Bürgern für Steuerzwecke. Sie ist nicht zu verwechseln mit der Umsatzsteuer-Identifikationsnummer.

maksukohustuslasena registreerimise number

See on üleriigiline ning püsiv identifikaatsiooni-number Saksamaa Liitvabariigis registreeritud kodanikele maksustamise eesmärgil. Seda numbrit ei tohiks segi ajada käibemaksukohustuslasena registreerimise numbriga.

Stipendienbescheid, m

Bestätigung über die Gewährung eines Stipendiums.*

tõend stipendiumi saamise kohta

Tõend, et elamisloa taotlejale on määratud stipendium.

→ *Finanzierungsnachweis*

■ Aufenthaltserlaubnis

→ *garantiikiri õpingute rahastamise kohta*

Strafhaft, f

Haft zur Strafvollstreckung, Verbüßung eines strafprozessual angeordneten Freiheitsentzuges; Freiheitsstrafe.

vabadusekaotus, arest

Vabadusekaotus karistuse täideviimiseks, kriminaalprotsessi käigus määratud vabadusekaotuslik karistus.

Strafrecht, n

karistusõigus

Studienanstalt, f

Hochschule, Universität.

kõrgem õppeasutus

Kõrgkool, ülikool.

Studienbewerber, m

Person, die sich um einen Studienplatz an einer Hochschule bewirbt.

õppekoha taotleja

Inimene, kes taotleb kõrgkoolis õppekohta.

→ *Studienanstalt*

→ *kõrgem õppeasutus*

U

unbefristeter Aufenthaltstitel, *m* = Niederlassungserlaubnis

uneingeschränkt freizügigkeitsberechtigt (sein)

Arbeitnehmer, die Staatsangehörige eines EU-Mitgliedstaates sind, haben das Recht, in jedem Land der EU eine → *Beschäftigung* auszuüben und sich zu diesem Zweck in dem jeweiligen Staat aufzuhalten. Dieses Recht gilt nicht für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst der Staaten.

↔ eingeschränkt freizügigkeitsberechtigt sein

→ *Aufenthaltszweck*

■ Freizügigkeit

Unionsbürger, *m*

Unionsbürger ist, wer die → *Staatsangehörigkeit* eines Mitgliedstaats besitzt.

= EU-Bürger, Angehörige der Europäischen Union, Angehörige der EU-Mitgliedstaaten.

↔ Drittstaatsangehöriger

■ Freizügigkeit

unselbständig erwerbstätig

Unselbständig erwerbstätig ist ein Arbeitnehmer, der in einem Arbeitsverhältnis steht und vom Arbeitgeber abhängige, persönlich unselbständige Arbeit leistet.

↔ selbständig erwerbstätig

Unterhaltsgewährung, *f*

Finanzielle Unterstützung zur Sicherung des → Lebensunterhaltes, z.B. durch Familienangehörige, so dass ausreichende → *Existenzmittel* gewährleistet sind. *

Unterhaltsleistungen, *Pl f*

Leistung von Unterhalt sowohl in Form von Geld als auch in Form von Dienstleistungen *

→ *Unterhaltszahlung*

unterhaltspflichtig (sein)

Rechtlich zur Gewährung von Unterhalt verpflichtet.

(kellelgi on) piiramatu õigus vabalt liikuda

Töötajal, kellel on mõne Euroopa Liidu liikmesriigi → *kodakondsus*, on õigus igas Euroopa Liidu liikmesriigis töötada ning sel eesmärgil selles riigis elada. See õigus ei kehti töötamiseks riikide avalikus teenistuses.

↔ (kellelgi on) piiratud õigus tööturul vabalt liikuda

→ *riigis viibimise eesmärk*

Euroopa Liidu kodanik

Iga isik, kellel on mõne liikmesriigi → *kodakondsus*, on liidu kodanik.

= liidu kodanik

↔ kolmanda riigi kodanik

tegutsev palgatöötajana

Töötaja, kes on töösuhtes ning teeb tööandjast sõltuvat, isiklikult mitteisesesivat tööd.

↔ tegutsev ettevõtjana

elalise tagamine

Rahaline toetus nt perekonnaliikmete poolt, et vahendid enda ülalpidamiseks oleksid piisavad.

→ *piisavad vahendid enda ülalpidamiseks*

elalise tagamise toimingud

Elatise andmine nii raha kui ka teenuste kujul

→ *elalise maksmine*

ülalpidamiskohustust omama

Olema seaduse alusel kohustatud kellelegi → *ülalpidamisraha* maksma.

→ *Unterhaltsgewährung, Lebensunterhalt*

Unterhaltszahlung, f

Leistung von Unterhalt in Form von Geldbeträgen *

→ *Unterhaltsleistungen, Unterhaltsgewährung*

→ *elatise tagamine*

elatise maksmine

Elatise andmine raha kujul.

→ *elatise tagamise toimingud, elatise tagamine*

V

Vaterschaftsanerkennung, f

Wird die Vaterschaft nicht durch die Ehe begründet, so kann sie der Mann anerkennen. Die Anerkennung der Vaterschaft bei einem außerehelich geborenen Kind ist anders als die gerichtliche Vaterschaftsfeststellung eine freiwillige Willenserklärung. Erst mit einer vom Vater anerkannten oder gerichtlich festgestellten Vaterschaft ist das Kind vor dem Gesetz mit dem Vater verwandt.

verbleibeberechtigt (sein)

Verbleibeberechtigt sind Personen, die nach Beendigung ihrer Erwerbstätigkeit (auf Grund des AufenthEWGG § 1 Abschn 1 Abs 5) in Deutschland verblieben sind. Angesichts des mit der Richtlinie 2004/38/EG eingeführten → *Daueraufenthaltsrechts* wurde diese Regelung 2006 aufgehoben.

→ *Wahrnehmung des Verbleiberechts*

▣ Freizügigkeit

Verdienstbescheinigung, f

Einkommensnachweis

verfassungsmäßige Ordnung, f

Eine Ordnung, die der geltenden Verfassung entspricht. Die Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts versteht hierunter die Gesamtheit der Rechtsnormen, die formell und materiell mit der Verfassung in Einklang stehen. In gewissen Zusammenhängen ist der Begriff mit dem der → *freiheitlichen demokratischen Grundordnung* gleichzusetzen.

isaduse tunnistus

Kui isadus ei tulene abielust, siis võib mees oma isadust tunnistada. Väljastpoolt abielu sündinud lapse puhul on isaduse tunnistamine vabatahtlik, erinevalt kohtulikust isaduse tuvastamisest. Alles isa poolt tunnistatud või kohtulikult tuvastatud isadusega on laps seaduse ees isaga suguluses.

viibimisõiguse säilimine

Viibimisõigus säilis inimestel, kes ei pidanud pärast töösuhte lõppemist tollase EMÜ kodanikele suunatud elukohaseaduse alusel (AufenthEWGG § 1 lg 1 p 5) Saksamaalt lahkuma. Koos direktiiviga 2004/38/EÜ viidi sisse → *alaline elamisõigus*, mistõttu tunnistati see regulatsioon 2006. aastal kehtetuks.

→ *kasutama oma õigust riiki jääda*

palgatõend

Tõend → *tõise sissetuleku* kohta.

põhiseaduslik kord

Kord, mis vastab kehtivale põhiseadusele või konstitutsioonile. Saksamaa Liitvabariigi põhiseaduskohtu praktikas on niiviisi nimetatud kõiki õigusnorme, mis on formaalselt ja materiaalselt põhiseadusega kooskõlas. Mõningates kontekstides on see termin võrdväärne terminiga → *liberaalne demokraatlik põhikord*.

verpartnert (sein)

Eine gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft eingegangen sein.

→ *eingetragene Lebenspartnerschaft*

Verwaltungsgebühr, f

Gehört zu den öffentlichen Abgaben. Gesetzlich geregeltes Entgelt für eine besondere Inanspruchnahme der Verwaltung. Die Verwaltungsgebühr wird erhoben, nachdem eine Angelegenheit bearbeitet wurde.

↔ Bearbeitungsgebühr

Volkszugehörigkeit, f

Konzept, das als Synonym von Ethnizität angesehen werden kann. Manche Mitgliedstaaten benutzen dieses Konzept zusätzlich zur → *Staatsangehörigkeit*.

von Amts wegen

Voraufenthalt, m

Vorherige Aufenthalte in der Bundesrepublik Deutschland.

Vorstrafe, f

Vorstrafe bedeutet, dass gegen jemand eine Strafe (nicht: Bußgeld) verhängt worden ist. Vorstrafen werden sowohl ins Bundeszentralregister, als auch in das → *Führungszeugnis* eingetragen. → *Ordnungswidrigkeiten*, das Einstellen eines Strafverfahrens gegen Buße oder eine Entschädigung nach Zivilrecht gelten nicht als Vorstrafen.

W

Wahrnehmung, f des Verbleiberechts

Von seinem Verbleiberecht Gebrauch machen*, → *verbleibeberechtigt* (und somit → *freizügigkeitsberechtigt*) sind Personen, die nach Beendigung ihrer Erwerbstätigkeit unter bestimmten Voraussetzungen in Deutschland verbleiben oder verbleiben wollen.

elama samasooliste isikute partnerluses

On sõlmitud ja registreeritud samasooliste isikute partnerlus.

→ *registreeritud partnerlus*

riigilõiv

Kehtestatakse avalduse, kaebuse või taotluse läbivaatamise, haldusakti andmise, dokumendi väljastamise või muu toimingu eest.

↔ töötlemistasu

rahvuskuuluvus

Kuulumine teatava rahvuse hulka; mõned riigid kasutavad seda kontseptsiooni lisaks → *kodakondsusele*. Etniliste tunnuste alusel piiritletav kuulumus.

ametikohustuse tõttu

varasem viibimine (Saksamaal)

Varasem viibimine või elamine Saksamaal Liitvabariigis.

karistatus

Karistatus tähendab, et kellelegi on mõistetud kriminaalkaristus (mitte rahatrahv). Karistused kantakse riiklikusse karistusregistrisse ja ka → *karistusregistri väljavõttesse*. → *Väärtegusid*, samuti kriminaalmenetluse lõpetamist seoses rahatrahvi maksmise kohustuse panemisega või tsiviilhagi rahuldamisega ei loeta karistatuseks.

kasutama oma õigust riiki jääda *

→ *Õigus jääda* on isikutel, kes pärast töösuhte lõppemist jäävad teatud tingimustel Saksamaale või kes tahavad Saksamaale jääda. Nendel isikutel on samal ajal ka → *õigus vabalt liikuda*.

→ *viibimisõiguse säilimine*

- Freizügigkeit

Wohngeld, *n*

Das Wohngeld ist eine Zuschussleistung des Staates, auf die man unter bestimmten Umständen einen Rechtsanspruch hat. Es hat sich als Unterstützung für einkommensschwache Personen und Familien bewährt, die die Aufwendungen für den von ihnen bewohnten Wohnraum nur unter sehr großen Schwierigkeiten aufbringen können. Von der Zahlung des Wohngeldes grundsätzlich ausgeschlossen sind alle Personen, die staatliche Transferleistungen (beispielsweise → *Arbeitslosengeld II* oder Bafög) in Anspruch nehmen.

→ *Leistungen beziehen*

Wohnverhältnisse, *Pl n*

Wohnbedingungen (bezüglich der Wohnungsgröße, Anzahl der dort lebenden Personen usw.)

- Niederlassungserlaubnis

Z

Zulassungsbescheid, *m* = Immatrikulationsbescheinigung

zurückschieben

Ein Ausländer, der unerlaubt eingereist ist, soll innerhalb von sechs Monaten zurückgeschoben werden. Ist der Zeitraum abgelaufen, kommt bei Vorliegen der Voraussetzungen nur noch eine Abschiebung des Ausländers in Frage. Die Zurückschiebung setzt anders als die → *Abschiebung* weder eine Androhung noch eine Fristsetzung voraus. Sie kann unmittelbar vollzogen werden.

↔ Abschiebung

eluasemetoetus

Eluasemetoetus on riigipoolne toetus, millele inimesel on teatud tingimustel nõudeõigus. Toetus on mõeldud väikese sissetulekuga inimestele ja perekondadele, kes suudavad oma eluase eest maksta ainult suurte raskustega. Eluasemetoetust ei saa põhimõtteliselt kõik inimesed, kes saavad riiklikke toetusi (nagu → *töötuba* või *õppetoetus*).

→ *rahalist toetust saama*

elamistingimused

Elamistingimused arvestades korteri suurust, seal elavate inimeste arvu jne.

tagasi saatma

Välismaalane, kes sisenes Saksamaa Liitvabariiki õigusvastaselt, tuleb kuue kuu jooksul tagasi saata. Pärast kuue kuu möödumist jääb ainsaks võimaluseks välismaalase väljasaatmine. Erinevalt väljasaatmisest ei nõua tagasisaatmine etteatamist ega tähtaja määramist. Välismaalase võib koheselt tagasi saata.

↔ väljasaatmisotsuse sundtäitmine

3.4 Wortliste estnisch-deutsch

Estnisch

abi laste kasvatamisel
abielulahutuse otsus
alaline elamisõigus
alaline elukoht
ametikoostuse tõttu
ankeet
avaldus Euroopa Liidu kodaniku vaba liikumise kohta
avaldus ühise hooldusõiguse kohta
avaliku raha kasutamine
elama samasoolises partnerluses
elamisluba (nii tähtajaline kui ka tähtajatu)
elamisõigus
elamisõigus ühenduse õiguse alusel = elamisõigus
elamistingimused
elanike registreerimise büroo
elalise maksmine
elalise tagamine
elalise tagamise toimingud
EL-i tähtajaline elamisluba
eluasemetoetus
elukoha aadress
elukohaseadus
elukohateade
EMP riik
endised saksa kodanikud
erielamisluba
erilise kutsealase kogemusega juhtivtöötaja
erilised poliitilised huvid
esimest korda riiki sisenemine

Deutsch

Hilfe zur Erziehung
Scheidungsurteil
Daueraufenthaltsrecht
ständiger Wohnort
von Amts wegen
Erhebungsbogen
Erklärung zur Freizügigkeit eines EU-Bürgers
Sorgerechtserklärung
Inanspruchnahme öffentlicher Gelder
verpartnert (sein)
Aufenthaltstitel
Aufenthaltsrecht, gemeinschaftliches Aufenthaltsrecht
Wohnverhältnisse
Meldebehörde
Unterhaltszahlung
Unterhaltsgewährung
Unterhaltsleistungen
Aufenthaltserlaubnis-EU
Wohngeld
Meldeanschrift
Aufenthaltsgesetz
Aufenthaltsanzeige
EWR-Staat
ehemalige Deutsche
Aufenthaltsbewilligung
leitender Angestellter mit besonderer Berufserfahrung
besonders gelagerte politische Interessen
Ersteinreise

ettevõtluse registreerimine	Gewerbeanmeldung
Euroopa Liidu kodanik	Unionsbürger, Angehörige der EU-Mitgliedstaaten, Angehörige der Europäischen Union, EU-Bürger
Euroopa Liidu kodaniku perekonnaliikme alaline elamisõigus	Daueraufenthaltskarte
Euroopa Liidu kodaniku perekonnaliikme alalise elamisõiguse taotlemise tõend	Daueraufenthaltsbescheinigung
foto	Lichtbild
garantiikiri õpingute rahastamise kohta	Finanzierungsnachweis
haridusprogramm	Bildungsangebot
hooldusõiguse otsus	Sorgerechtsurteil
ID-kaart	Identitätskarte
integratsioonikursus	Integrationskurs
isaduse tunnistus	Vaterschaftsanerkennung
isiklik kohaleilmumine	persönliche Vorsprache
isiklikud andmed	Personalien
isikut tõendav dokument	Ausweisdokument, Ausweispapier, Identitätsnachweis
käimasolev uurimismenetlus	laufendes Ermittlungsverfahren
karistusõigus	Strafrecht
karistusregistri väljavõte	Führungszeugnis
kasutama oma õigust riiki jääda	Wahrnehmung des Verbleiberechts
kodakondsus	Staatsangehörigkeit
kodanikuteenuste amet	Bürgeramt
kolmanda riigi kodanik	Drittstaatsangehöriger
kooli tõend	Schulbescheinigung
kõrgelt kvalifitseeritud tööjõud	Hochqualifizierte
kõrgem õppeasutus	Studienanstalt
korrakaitse- ja perekonnaseisuamet	Ordnungs- und Standesamt
karistatus	Vorstrafe
laste elama asumine perekonna juurde	Kindernachzug
liberaalne demokraatlik põhikord	freiheitlich demokratische Grundordnung
liidu kodanik = Euroopa Liidu kodanik	
lisalett	Beiblatt
lubatud tegevus (füüsilisest isikust) ettevõtjana	erlaubte selbständige Tätigkeit

majutuskeskus	Sammelunterkunft
maksukohustuslasena registreerimise number	Steuernummer
märke taotluse läbivaatamisel	Bearbeitungsvermerk
mittetöötav isik	Nichterwerbstätiger
õigus vabalt liikuda (kellelgi on ~)	freizügigkeitsberechtigt (sein)
õpitud kutse	erlernter Beruf
õppekoha taotleja	Studienbewerber
orientatsioonikursus	Orientationskurs
otsus välismaalase erakordselt rakse olukorra puhul	Härtefallentscheidung
palgatõend	Verdienstbescheinigung
päritoluriik	Herkunftsstaat
passi asendav dokument	Passersatz
passi nõuetele vastav foto	passtaugliches Passfoto
passiandmed	Passdaten
passifoto biomeetrilisele passile	biometrisches Passbild
pensioni sissetulek	Rentenbezüge
pensionikindlustuse sissemaksed	Rentenversicherungsbeitrag
perekondlik kooselu	familiäre Lebensgemeinschaft
perekonna taasühinemine	Familienzusammenführung
piiramatu õigus vabalt liikuda (kellelgi on ~)	uneingeschränkt freizügigkeitsberechtigt (sein)
piiratud õigus tööturul vabalt liikuda (kellelgi on ~)	eingeschränkt freizügigkeitsberechtigt (sein)
piisavad rahalised vahendid enda ülalpidamiseks	Existenzmittel, ausreichende Existenzmittel
pikaajaline elamisluba	Niederlassungserlaubnis, unbefristeter Aufenthaltstitel
põhiseaduslik kord	verfassungsmäßige Ordnung
poliitiline tegevus	politische Betätigung
rahalist toetust saama	Leistungen beziehen
rahvuskuuluvus	Volkszugehörigkeit
ravikindlustus	Krankenversicherungsschutz
ravikindlustuse tõend	Krankenversicherungsnachweis
registreerimistunnistus	Meldebescheinigung
registreeritud partnerlus	eingetragene Lebenspartnerschaft
reisidokument	Reiseausweis

riigilõiv	Verwaltungsgebühr
riigis elamise erakorraline luba	Aufenthaltsbefugnis
riigis elamise õigus (tähtajatu elamisluba)	Aufenthaltsberechtigung
riigis viibimise eesmärk	Aufenthaltszweck
saksa keele kursus algajatele	Basissprachkurs
saksa keele kursus edasijõudnutele	Aufbausprachkurs
Schengeni liikmesriik	Schengener Vertragsstaat
seaduse kohaselt	nach Maßgabe des Gesetzes
seerianumber	Seriennummer
selgitus	Belehrung
silmapaistvat funktsiooni täitev õppejõud	Lehrperson in herausgehobener Funktion
sissesõidutaotlus	Einreiseantrag
sotsiaalabi	Sozialhilfe
sotsiaalamet	Sozialamt
sotsiaalseadustiku II raamat	Sozialgesetzbuch, zweites Buch
sotsiaaltoetused, sotsiaalteenused ja muu abi	Sozialleistungen
tagasi saatma	zurückschieben
tagasipöördumisluba	Rückkehrberechtigung
tagasipöördumisõigus	Recht auf Wiederkehr
tagatiskiri	Bürgschaftserklärung
tähtajaline elamisluba	Aufenthaltserlaubnis
tähtajaline elamisõigus	Aufenthaltskarte
taotleja	Antragsteller
taotluse vorm	Antragsformular
tasude kehtestamine	Gebührenfestsetzung
teadmised õigus- ja ühiskonnakorrast	Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung
tõine sissetulek	Arbeitseinkommen
teenuste osutaja	Erbringer von Dienstleistungen
teenuste saaja	Empfänger von Dienstleistungen
tegutsev ettevõtjana	selbständig erwerbstätig
tegutsev palgatöötajana	unselbständig erwerbstätig
tõend immatrikuleerimise kohta	Immatrikulationsbescheinigung, Zulassungsbescheid
tõend Saksamaal elamise kohta	Aufenthaltsbescheinigung

tõend stipendiumi saamise kohta	Stipendienbescheid
tõend, tunnistus	Bescheinigung
tõestus	Nachweis
tööandja kinnitus	Arbeitgeberbestätigung
tööleasumine	Arbeitsaufnahme
tööluba	Arbeitserlaubnis
tööluba uute Euroopa Liidu liikmesriikide kodanikele	Arbeitserlaubnis-EU, Arbeitsgenehmigung-EU
töötamine	Beschäftigung
töötlemistasu	Bearbeitungsgebühr
töötü abiraha	Arbeitslosengeld II, Grundsicherung für Arbeitssuchende
tööturuamet, tööagentuur	Agentur für Arbeit
tulumaksuteade	Einkommenssteuerbescheid
ülalpidamiskohustust omama	unterhaltspflichtig
ülalpidamisraha, toimetulekupiir	Lebensunterhalt
usutavaks tegema, tõendama	glaubhaft machen
väärtegu	Ordnungswidrigkeit
vaba liikumine, liikumisvabadus	Freizügigkeit
vaba liikumise tõend	Freizügigkeitsbescheinigung
vaba liikumist käsitlev seadus	Freizügigkeitsgesetz/EU
vabadusekaotus, arest	Strafhaft
välismaalase riiki sisenemise keelamine	Einreise verweigern
välismaalaste amet	Ausländerbehörde
välismaalaste amet	Amt für Ausländerangelegenheiten
väljasaatmisotsus	Ausweisung
väljasaatmise põhjus	Ausweisungsgrund
väljasaatmisotsuse sundtäitmise peatamine	Duldung
väljasaatmisotsuse sundtäitmine	Abschiebung
väljaõpe	Lehrverhältnis
väljaõpet pakkuv ettevõtte	Ausbildungsbetrieb
viibimisõiguse säilimine	verbleibeberechtigt (sein)
varasem viibimine (Saksamaal)	Voraufenthalt

4. Konklusion

Das Ziel des vorliegenden Magisterprojekts ist es, Begriffe zusammenzutragen, die auf den zur Beantragung eines Aufenthaltstitels und zur Anmeldung in Deutschland verwendeten Formulare auftauchen und für diese Begriffe estnische Entsprechungen zu finden. Diese Terminologie ist auf Grund der Thematik unterschiedlichen Rechtsbereichen entnommen: Sozialrecht, Ausländerrecht, bürgerliches Recht, Strafrecht usw. Es wurden drei Formulararten genauer untersucht, nämlich die Formulare zur Beantragung einer Freizügigkeitsbescheinigung, einer Aufenthaltserlaubnis und einer Niederlassungserlaubnis. Das Wörterverzeichnis hofft Personen, die sich länger in Deutschland aufhalten möchten, Hintergrundinformationen zu geben. Auch könnte das Verzeichnis für Personen von Interesse sein, die sich mit der Verwaltungsstruktur der Bundesrepublik Deutschlands und dem Aufenthaltsrecht in Deutschland beschäftigen. Da die Arbeit im Theorieteil auf die Entwicklung der europäischen Migrationspolitik eingeht, sind eine mögliche Zielgruppe auch Fachleute für EU- und für Migrationsfragen.

Bei der Erstellung des Wörterverzeichnisses entstanden die meisten Fragen und Probleme auf Grund der unterschiedlichen Verwaltungs- und Rechtssysteme Estlands und Deutschlands, so dass viele Begriffe im Estnischen umschrieben werden mussten, da es keine direkte Entsprechung gibt.

Mit dem vorliegenden Wörterverzeichnis, welches 166 Begriffe umfasst, ist nur ein Teil der Begriffe der Formulare abgedeckt. Bei einer intensiveren Beschäftigung mit dem Thema wäre es sinnvoll, auf jeden Bereich (Freizügigkeit, Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis) getrennt einzugehen und den rechtlichen Hintergrund noch genauer zu erläutern. Denkbar wäre auch die Erstellung eines umfangreicheren Wörterverzeichnisses zum Thema Ausländerrecht, wozu vorliegendes Verzeichnis einen kleinen Beitrag leisten könnte.

Kokkuvõte: Saksa-eesti valiksõnastik elamislubade teemal

Käesolev töö käsitleb elamislubade taotlemisega ja elamisõiguse registreerimisega seotud termineid.

Töö eesmärgiks on Saksamaal täidetavatel elamisõiguse ja elamisloa taotlusankeetidel esinevatele terminitele eestikeelsete vastete leidmine. Saksamaa on alati olnud populaarne sihtriik sisserändajatele, mistõttu on teema aktuaalne praegu ja arvatavasti ka tulevikus.

Töö sihtrühmana näeb autor isikuid, kellel on plaanis pikemaks ajaks Saksamaale elama minna ja isikuid, kes on huvitatud Saksamaa haldussüsteemist ja välismaalaste õigusest.

Terminid on võetud Saksamaa erinevates liidumaades täidetavatelt ankeetidelt, mille näidised on töös lisana ära toodud. Sellest tulenevalt on sõnastiku lähtekeeleks saksa keel. Uuritud taotlusankeedid on seotud kolme erineva elamisloaga: tähtajalise elamisloa, pikaajalise elamisloa ja vaba liikumise tõendiga. Töö temaatikast tulenevalt on uuritud terminid pärit erinevatest õigusvaldkondadest, nagu sotsiaalõigus, kriminaalõigus, välismaalaste õigus, tsiviilõigus jne.

Töö sisaldab 166 terminit. Terminite definitsioonid on võetud peamiselt nii Euroopa Liidu, Saksamaa kui ka Eesti õigusaktidest. Kuna käsitletakse Saksamaa olukorda, siis lähtus autor saksa definitsioonist ja tõlkis selle eesti keelde. Kui on tegemist mõne Euroopa Liidu tasemel kasutatava terminiga, siis kasutas autor Euroopa Liidu terminoloogia. Eestikeelsete terminite otsimisel kasutas autor ka erinevad saksa-eesti sõnaraamatuid ja erialasõnastikke. Peamised probleemid sõnastiku koostamisel tulenesid Eesti ja Saksamaa erinevatest haldus- ja õigussüsteemidest.

Töö teooriaosa käsitleb Euroopa Liidu migratsioonipoliitikat ja tutvustab seaduslikku tausta ning praktilisi aspekte nagu ankeetide koostamine Eestis ja Saksamaal.

Käesolev valiksõnastik ei hõlma kõiki ankeetidel olevaid termineid. Kui tahetakse teemat põhjalikumalt käsitleda, oleks otstarbekas käsitleda iga elamisloaliiki eraldi ning lisada rohkem seaduslikku taustinformatsiooni. Üks võimalus teema arendamiseks oleks ka koostada sõnastik välismaalaste õigusest, millele käesolev sõnastik võiks väikse panuse anda.

Literaturverzeichnis

- Arntz, Reiner* 2001. Fachbezogene Mehrsprachigkeit in Recht und Technik. Hildesheim, Zürich, New York: Georg Olms Verlag.
- Becker-Mrotzek, Michael* 1999. Die Sprache der Verwaltung als Institutionensprache – Fachsprachen. Ein internationales Handbuch zur Fachsprachenforschung und Terminologiewissenschaft. Hrsg: Lothar Hoffmann, Hartwig Kalverkämper, Herbert Ernst Wiegand. Berlin, New York: de Gruyter, S. 1392–1402.
- Brinker, Klaus* 2000. Text- und Gesprächslinguistik. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung. Berlin, New York: de Gruyter.
- Bundesverwaltungsamt* 2002. BBB-Arbeitshandbuch. „Bürgernahe Verwaltungssprache“. Köln: Bundesverwaltungsamt – Bundesstelle für Büroorganisation und Bürotechnik (BBB). 4. Auflage.
- Europäische Kommission* 2009c. Möchten Sie gern in einem anderen EU-Mitgliedstaat arbeiten? Dann informieren Sie sich über Ihre Rechte! Stand 2007. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.
- Geddes, Andrew* 2003. The Politics of Migration and Immigration in Europe. London/Thousand Oaks/New Delhi: SAGE Publications.
- Hailbronner, Kay* 2008. Asyl- und Ausländerrecht. Stuttgart: Kohlhammer. 2. Auflage.
- Hollifield, James* 2000. The Politics of International Migration: How Can We Bring the State back in? – Migration Theory: Talking Across Disciplines. Hrsg: Caroline Brettel, James Hollifield. London: Routledge, S. 137 – 186.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung* 2001. Die Europäische Union. Politik und Organisation. Berlin: Bundesregierung. 1. Auflage.
- Rieger, Günter* 2005. Migration. - Lexikon der Politikwissenschaft. Hrsg.: Dieter Nohlen, Rainer-Olaf Schultze. München: Beck, S. 574.
- Schnell, Rainer, Paul Hill, Elke Esser* 1999. Methoden der empirischen Sozialforschung. München/Wien: Oldenbourg. 6. Auflage.

Quellenverzeichnis

- Andresson, Helgi, Virve Tamm* 1998. Saksa-Eesti Õigussõnaraamat. Tartu: OÜ Greif.
- Creifelds, Carl* 2002. Rechtswörterbuch. München: Beck. 17. Auflage.
- Duden – das Fremdwörterbuch* 2000. Bearbeitung Dieter Baer et al. Mannheim: Bibliographisches Institut & F.A. Brockhaus AG. 7. Auflage.
- Duden – deutsches Universalwörterbuch* 2007. Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich: Dudenverlag. 6. Auflage.
- Duden Wirtschaft von A bis Z* 2009. Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. Mannheim: Bibliographisches Institut. 4. Auflage.
- Hailbronner, Kay* 2008. Asyl- und Ausländerrecht. Stuttgart: Kohlhammer. 2. Auflage.
- International Organization for Migration* 2004. Glossary on Migration. Genf: International Organization for Migration.
- Pieroth, Bodo, Bernhard Schlink* 2003. Grundrechte. Staatsrecht II. Heidelberg: C.F. Müller Verlag. 19. Auflage.
- PONS Deutsch-Estnisches Wörterbuch* 1999. Toimetajad Rita Tasa, Ene Sepp. Tallinn: Koolibri.
- Tasa, Rita* 2000. Deutsch-Estnisches Schulwörterbuch. Tallinn: Koolibri.
- Wollenschläger, Ferdinand* 2007. Grundfreiheit ohne Markt. Tübingen: Mohr Siebeck.

Internetquellenverzeichnis

AufenthG (= Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz)) 2004. Erhältlich unter:

<http://www.aufenthaltstitel.de/aufenthaltsg.html> Letzter Zugriff am 13.02.2010

AufenthV (= Aufenthaltsverordnung) 2004. Erhältlich unter:

<http://www.aufenthaltstitel.de/aufenthaltsv.html> Letzter Zugriff am 20.03.2010

BGB (=Bürgerliches Gesetzbuch) 2009. Erhältlich unter: <http://bundesrecht.juris.de/bgb/index.html>

Letzter Zugriff am 16.05.2010

Bundesamt für Justiz 2007. Bundeszentralregister. Häufige Fragen von Antrag stellenden Personen zum Führungszeugnis. Erhältlich unter:

http://www.bundesjustizamt.de/cln_048/nn_257944/DE/Themen/Strafrecht/BZR/BZRIhalte/FAQ.html Letzter Zugriff am 29.04.2010

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2009. Europäisches Migrationsnetzwerk – Startseite.

Erhältlich unter: http://www.bamf.de/SubSites/EMN/DE/Startseite/emn-home-node.html?__nnn=true Letzter Zugriff am 16.01.2010

Bundesamt für Migrations und Flüchtlinge 2010. Integrations-Lexikon. Erhältlich unter:

http://www.integration-in-deutschland.de/cln_117/nn_282922/SubSites/Integration/DE/04_Service/Lexikon/lexikon-node.html?__nnn=true Letzter Zugriff am 16.05.2010

Bundesfinanzministerium 2008. Neue Steueridentifikationsnummer bringt mehr Service für die Bürgerinnen und Bürger. Erhältlich unter:

http://www.bundesfinanzministerium.de/DE/BMF_Startseite/Service/Glossar/I/007_Identifikationsnummer-Steuer-ID-Nummer.html Letzter Zugriff am 16.03.2010

Bundesministerium des Innern 2004. Vorläufige Anwendungshinweise des

Bundesinnenministeriums zum Aufenthaltsgesetz und zum Freizügigkeitsgesetz EU.

Erhältlich unter: [www.fluechtlingsinfo-](http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/gesetzgebung/BMI_Hinweise_AufenthG_221204.pdf)

[berlin.de/fr/gesetzgebung/BMI_Hinweise_AufenthG_221204.pdf](http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/gesetzgebung/BMI_Hinweise_AufenthG_221204.pdf) Letzter Zugriff am 13.09.2009

Bundesministerium des Innern 2008. Zuwanderung A-Z. Erhältlich unter:

http://www.zuwanderung.de/cln_153/nn_1068548/DE/Zuwanderung_geschieht_jetzt/ZuwanderungAZ/ZuwanderungAZ_node.html?__nnn=true Letzter Zugriff am 12.03.2010

Bundesministerium des Innern 2008. Verwaltung. Erhältlich unter:

http://www.zuwanderung.de/nn_1068532/DE/Home/GlossarBlock/Subtopic/Verwaltung.html Letzter Zugriff am 16.05.2010

- Bundesregierung* 2010. Die Anspruchseinbürgerung. Erhältlich unter:
<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/IB/Einbuengerung/ae-anspruchseinbuengerung.html#doc646794bodyText5> Letzter Zugriff am 16.05.2010
- Botschaft der Bundesrepublik Deutschland Tallinn* 2010. Eesti kodanikest töövõtjate ja teenuseid osutavate tööandjate Saksamaa tööturule sisenemise kord ja pädevad asutused. Erhältlich unter: www.tallinn.diplo.de/Vertretung/tallinn/et/01/Arbeiten_20in_20Deutschland/DLD__Arbeiten-in-Deu2010__EST,property%3DDaten.pdf Letzter Zugriff am 2.5.2010
- Eesti Migratsioonifond* 2006. Eesti rändealase seadusandluse analüüs. Eesti Vabariigi õigusaktid. Erhältlich unter: <http://www.migfond.ee/index.php?page=1251&lang=est> Letzter Zugriff am 11.04.2010
- Eesti Migratsioonifond* 2010. Rändealased mõisted. Erhältlich unter: www.migfond.ee/index.php?page=1248&lang=est Letzter Zugriff am 12.03.2010
- Einbock, Sebastian* 2007. Juraforum - Lexikon. Erhältlich unter: <http://www.juraforum.de/lexikon> Letzter Zugriff am 15.05.2010
- Euroopa Liidu leping* 1992. Erhältlich unter: <http://eur-lex.europa.eu/et/treaties/dat/11992M/word/11992M.doc> Letzter Zugriff am 13.02.2010
- Euroopa Liidu Teataja* 2009. 2009/C 3/04. Euroopa Parlamendi ja nõukogu määruse (EÜ) nr 562/2006 (millega kehtestatakse isikute üle piiri liikumist reguleerivad ühenduse eeskirjad (Schengeni piirieskirjad) artikli 2 lõikes 15 nimetatud elamislubade ajakohastatud loetelu. Erhältlich unter: <http://eur-lex.europa.eu> Letzter Zugriff am 2.5.2010
- Euroopa Parlament ja Euroopa Liidu Nõukogu* 2004. Euroopa Parlamendi ja Nõukogu direktiiv 2004/38/EÜ. Erhältlich unter: <http://www.legaltext.ee/et/andmebaas/tekst.asp?loc=text&dok=T81052&keel=et&pg=26&ptyyp=AT&tyyp=T&query=05> Letzter Zugriff am 12.03.2010
- Europäische Kommission* 2008. Mitteilung der Kommission: Eine gemeinsame Einwanderungspolitik für Europa: Grundsätze, Maßnahmen und Instrumente. Erhältlich unter: <http://eur-lex.europa.eu/> Letzter Zugriff am 27.02.2010
- Europäische Kommission* 2009a. Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Einwanderungspolitik der EU. Stand September 2007. Erhältlich unter:
http://ec.europa.eu/justice_home/fsj/immigration/fsj_immigration_intro_de.htm Letzter Zugriff am 07.11.2009
- Europäische Kommission* 2009b. Die Europäische Union stärken als einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Stand Juli 2008. Erhältlich unter:
http://ec.europa.eu/justice_home/fsj/intro/fsj_intro_de.htm Letzter Zugriff am 07.11.2009
- Europäische Kommission* 2009d. Recht auf Freizügigkeit und freie Wahl des Wohnsitzes. Stand Juni 2006. Erhältlich unter: http://ec.europa.eu/justice_home/fsj/citizenship/movement/fsj_citizenship_movement_de.htm Letzter Zugriff am 08.11.2009

Europäische Kommission 2010. Langfristig aufenthaltsberechtigte Personen. Stand Juli 2006.

Erhältlich unter:

http://ec.europa.eu/justice_home/fsj/immigration/residents/fsj_immigration_residents_de.htm Letzter Zugriff am 01.03.2010

Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union 2004. Richtlinie 2004/38/EG vom 29. April 2004. Erhältlich unter: <http://eur-lex.europa.eu/> Letzter Zugriff am 27.02.2010

European Migration Network 2009. Asylum and Migration Glossary – A Tool for Better Comparability. Erhältlich unter: <http://emn.sarenet.es> Letzter Zugriff am 21.11.2009

FreizügG/EU (= Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern) 2004. Erhältlich unter: <http://www.aufenthaltstitel.de/freizuegigkeitsgeu.html> Letzter Zugriff am 13.03.2010

GewO (=Gewerbeordnung) 2009. Erhältlich unter: <http://bundesrecht.juris.de/gewo/index.html> Letzter Zugriff am 16.05.2010

Juramagazin 2009. Erlerner Beruf. Erhältlich unter: <http://www.juramagazin.de/erlernter-beruf> Letzter Zugriff am 16.05.2010

Justiitsministeerium 2010. Terminibaas ESTERM. Erhältlich unter: <http://mt.legaltext.ee/esterm/> Letzter Zugriff am 14.03.2010

Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen 2010. Recht von A-Z. Erhältlich unter: http://www.justiz.nrw.de/BS/rechta_z/A/index.php Letzter Zugriff am 16.05.2010

LPartG (= Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft) 2001. Erhältlich unter: <http://bundesrecht.juris.de/lpartg/> Letzter Zugriff am 14.03.2010

OwiG (= Gesetz über Ordnungswidrigkeiten) 2009. Erhältlich unter: http://bundesrecht.juris.de/owig_1968/index.html Letzter Zugriff am 16.05.2010

Politsei- ja Piirivalveamet 2010. Elamisluba. Erhältlich unter: <http://www.politsei.ee/et/teenused/elamisluba/> Letzter Zugriff am 22.03.2010

Rat der Europäischen Union 2003. Richtlinie 2003/86/EG des Rates vom 22. September 2003 betreffend das Recht auf Familienzusammenführung. Erhältlich unter: <http://eur-lex.europa.eu/> Letzter Zugriff am 18.04.2010

Rat der Europäischen Union 2003. Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen. Erhältlich unter: <http://eur-lex.europa.eu/> Letzter Zugriff am 16.05.2010

Rat der Europäischen Union 2005. Haager Programm. Erhältlich unter: <http://eur-lex.europa.eu/> Letzter Zugriff am 14.01.2010

- Rat der Europäischen Union* 2008. Entscheidung des Rates vom 14. Mai 2008 zur Einrichtung eines Europäischen Migrationsnetzwerkes. Erhältlich unter: <http://eur-lex.europa.eu/> Letzter Zugriff am 24.04.2010
- Rat der Europäischen Union* 2009. The Stockholm Programme – An open and secure Europe serving the citizen. Erhältlich unter: http://www.se2009.eu/en/the_presidency/about_the_eu/justice_and_home_affairs/1.1965 Letzter Zugriff am 9.01.2010
- Riigi Teataja* 1990. Eesti Vabariigi Immigratsiooniseadus. Erhältlich unter: http://www.riigiteataja.ee/ert/ert.jsp?link=print&akt_vorminduseta=1&id=28340 Letzter Zugriff am 10.01.2010
- Riigi Teataja* 2009. Välismaalaste seadus. Erhältlich unter: <http://www.riigiteataja.ee/ert/act.jsp?id=13188984> Letzter Zugriff am 19.05.2010
- Riigi Teataja* 2010. Euroopa Liidu kodaniku seadus. Erhältlich unter: <http://www.riigiteataja.ee/ert/act.jsp?id=13267180> Letzter Zugriff am 19.05.2010
- Riigi Teataja* 2010. Sotsiaalhoolekande seadus. Erhältlich unter: <https://www.riigiteataja.ee/ert/act.jsp?id=13286754> Letzter Zugriff am 2.5.2010
- Schengen-Besitzstand* 2000. Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen. Erhältlich unter: <http://eur-lex.europa.eu/> Letzter Zugriff am 16.05.2010
- SGB I* (=Sozialgesetzbuch Erstes Buch – Allgemeiner Teil) 2009. Erhältlich unter: http://bundesrecht.juris.de/sgb_1/BJNR030150975.html Letzter Zugriff am 2.5.2010
- SGB II* (= Sozialgesetzbuch Zweites Buch – Grundsicherung für Arbeitssuchende) 2010. Erhältlich unter: http://bundesrecht.juris.de/sgb_2/index.html Letzter Zugriff am 16.05.2010
- SGB III* (= Sozialgesetzbuch Drittes Buch - Arbeitsförderung) 2010. Erhältlich unter: http://bundesrecht.juris.de/sgb_3/index.html Letzter Zugriff am 16.05.2010
- SGV IV* (=Sozialgesetzbuch Viertes Buch – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung) 2009. Erhältlich unter: http://bundesrecht.juris.de/sgb_4/index.html Letzter Zugriff am 16.05.2010
- SGB VIII* (= Sozialgesetzbuch Achtes Buch - Kinder- und Jugendhilfe) 2009. Erhältlich unter: http://bundesrecht.juris.de/sgb_8/index.html Letzter Zugriff am 16.05.2010
- SGB XII* (= Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch - Sozialhilfe) 2009. Erhältlich unter: http://bundesrecht.juris.de/sgb_12/index.html Letzter Zugriff am 16.05.2010
- Sozialleistungen.info* 2010. Was ist Hartz IV? Erhältlich unter:

<http://www.sozialleistungen.info/con/hartz-iv-4-alg-ii-2/was-ist-hartz-iv.html> Letzter Zugriff am 18.03.2010

ÕS 2006 (= Eesti õigekeelsussõnaraamat ÕS 2006). Erhältlich unter: <http://www.eki.ee/dict/qs2006/> Letzter Zugriff am 15.05.2010

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union 2008. Erhältlich unter: http://www.europarl.at/ressource/static/files/Konsolidierte_Fassung_des_Vertrags_uber_die_Arbeitsweise_der_Europaischen_Union.pdf Letzter Zugriff am 16.05.2010

Vertrag über die Europäische Union 1992. Erhältlich unter: <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11992M/htm/11992M.html> Letzter Zugriff am 13.03.2010

Wikipedia 2010. Wikipedia – die freie Enzyklopädie. Erhältlich unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Hauptseite> Letzter Zugriff am 13.05.2010

Muster von Formularen

Muster: Antrag auf Ausstellung einer Freizügigkeitsbescheinigung (Hannover, Niedersachsen)

Erklärung zur Freizügigkeit eines EU-Bürgers

Name, Vorname: _____

Geburtsdatum: _____

Staatsangehörigkeit: _____

Datum der Einreise: _____



I. Ich bin freizügigkeitsberechtigt, da ich (Zutreffendes bitte ankreuzen)

1. Arbeitnehmer bei der Firma _____ bin,
(Staatsangehörige der Staaten, die nach dem 30.04.2004 der EU beigetreten sind
müssen über eine gültige Arbeitserlaubnis verfügen und diese vorlegen),
2. auf Arbeitssuche bin.
3. eine erlaubte selbständige Tätigkeit als _____
ausübe bzw. ausüben werde (für Staatsangehörige der Staaten, die am 01.05.2004
der EU beigetreten sind, ist die Vorlage der Steuernummer oder der
Gewerbeanmeldung erforderlich).
4. nicht erwerbstätig bin, aber über ausreichende Existenzmittel (Arbeitslosengeld II
und Sozialhilfe sind **keine** eigenen Existenzmittel) für den
Lebensunterhalt sowie über Krankenversicherungsschutz verfüge.
5. naher Familienangehöriger eines freizügigkeitsberechtigten ausländischen
Unionsbürgers bin (Ehegatte, Kind bis 21 Jahre, ggf. Eltern oder
Schwiegereltern),
6. mich bereits seit 5 Jahren rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalte,
7. Sonstige Gründe:

II. Freizügigkeitsbescheinigung

1. Bei meiner persönlichen Vorsprache in der Ausländerstelle in der Leinstr. 14 lege
ich meinen Pass / Ausweis vor und bitte um Ausstellung der Bescheinigung gemäß
§ 5 FreizügG/EU.
2. Ich bin bereits im Besitz einer Bescheinigung gemäß § 5 FreizügG/EU.

Datum, Unterschrift

Anlagen: Arbeitserlaubnis
 Steuernummer oder Gewerbeanmeldung
Eine Pass-/Ausweiskopie ist immer beizufügen

Muster: Antrag auf Ausstellung einer Freizügigkeitsbescheinigung (Dresden, Sachsen)

Landeshauptstadt Dresden
Einwohner- und Standesamt
Ausländerbehörde
 Theaterstraße 13/15
 01067 Dresden



Eingangsvermerk

Erhebungsbogen für Unionsbürger nach § 5 Freizügigkeitsgesetz/EU

Zweck des Aufenthalts	
<input type="checkbox"/> Arbeitnehmer/in	<input type="checkbox"/> Berufsausbildung
<input type="checkbox"/> Arbeitssuche	<input type="checkbox"/> selbständig Erwerbstätige/r
<input type="checkbox"/> Erbringer/in	<input type="checkbox"/> Empfänger/in von Dienstleistungen
<input type="checkbox"/> nicht erwerbstätige/r Freizügigkeitsberechtigte/r	<input type="checkbox"/> Wahrnehmung des Verbleiberechts
	<input type="checkbox"/> Familienangehörige/r

Angaben zur Person	Einreise in das Bundesgebiet	
	<input type="checkbox"/> seit Geburt am	
	Familienname	
	ggf. Geburtsname	
	Vorname/n	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort (Staat/Bezirk)	
	Geschlecht	
	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich	
	Staatsangehörigkeit/en	
jetzige		
frühere		
Pass/Reisedokument genaue Bezeichnung		
ausstellender Staat		
Seriennummer		
Ausstellungsdatum		
Gültigkeitsdauer		
bisheriger Wohn-/Aufenthaltort		
von bis in		
Familienstand		
<input type="checkbox"/> ledig		
<input type="checkbox"/> getrennt lebend <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> verpartnert <input type="checkbox"/> geschieden seit:		

Ehegatte/Lebenspartner	Familienname des Ehegatten/Lebenspartners	
	ggf. Geburtsname	
	Vorname/n	
	Geburtsdatum	
Geburtsort (Staat/Bezirk)		
Geschlecht		
<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich		
Staatsangehörigkeit/en		
jetzige		
frühere		

Bitte wenden!

Eltern (bei Kindern bis 18 Jahre)	Familienname des Vaters	ggf. Geburtsname	Vorname/n
	Geburtsdatum	Geburtsort (Staat/Bezirk)	
	Familienname der Mutter	ggf. Geburtsname	Vorname/n
	Geburtsdatum	Geburtsort (Staat/Bezirk)	

Vorgelegte Unterlagen und Bestätigungen	
<input type="checkbox"/> Pass (Reisedokument)	<input type="checkbox"/> Bescheinigung des Arbeitgebers
<input type="checkbox"/> Krankenversicherungsnachweis	<input type="checkbox"/> Nachweis ausreichender Existenzmittel
<input type="checkbox"/> Zulassungsbescheid /Immatrikulationsbescheinigung (bei Studenten)	
<input type="checkbox"/>	

Ich versichere, vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig gemacht zu haben. Falsche oder unzutreffende Angaben können den Entzug des gemeinschaftsrechtlichen Aufenthaltsrechts zur Folge haben.

Lichtbild der antragstellenden Person	Gegenwärtige Anschrift; Straße, Hausnummer	
	PLZ, Ort	
	Kontakt (E-Mail, Telefon)	
	Ort, Datum	Eigenhändige Unterschrift

Stadt Halle (Saale)
 Fachbereich Bürgerservice
 Ausländerbehörde
 Marktplatz 1
 06100 Halle (Saale)

Eingangsvermerk / Endorsement of receipt

**Antrag auf Erteilung/Verlängerung eines Aufenthaltstitels -
 Residence permit application / Application for renewal of residence permit**

Hinweise: Die mit der Ausführung dieses Gesetzes betrauten Behörden dürfen zum Zweck der Ausführung dieses Gesetzes und ausländerrechtlicher Bestimmungen in anderen Gesetzen personenbezogene Daten erheben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz und nach ausländerrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen erforderlich ist. (§§ 86ff. Aufenthaltsgesetz – AufenthG). Daten im Sinne von § 3 Abs. 9 des Bundesdatenschutzgesetzes sowie entsprechender Vorschriften der Datenschutzgesetze der Länder dürfen erhoben werden, soweit diese im Einzelfall zur Aufgabenerfüllung erforderlich sind.

Note: Under section 86ff of the German Residence Act (AufenthG), the authorities responsible for the implementation of this act may collect personal data required to implement this act and provisions relating to foreigners contained in other acts, where this is necessary to fulfil their obligations under this act and in accordance with provisions relating to foreigners contained in other acts. Data as defined in section 3 (9) of the German Federal Data Protection Act (Bundesdatenschutzgesetz) and corresponding provisions contained in the data protection acts of the German Federal States may be collected where necessary to fulfil the obligations of individual cases.

**1. Angaben zum Aufenthaltszweck, zur Einreise und zur Dauer des Aufenthalts –
 Arrival in the country, purpose and duration of residence**

<input type="checkbox"/> Aufenthaltserlaubnis – Residence permit <input type="checkbox"/> Erstantrag – First application <input type="checkbox"/> Verlängerung – Renewal	<input type="checkbox"/> Niederlassungserlaubnis – Permanent residence permit
<input type="checkbox"/> familiäre Gründe – Family reasons	<input type="checkbox"/> familiäre Gründe – Family reasons
<input type="checkbox"/> Ausbildung - Education <input type="checkbox"/> Studium - Study <input type="checkbox"/> Sprachkurs - Language course <input type="checkbox"/> Schulbesuch - School	<input type="checkbox"/> für Hochqualifizierte (Section 19) – Highly qualified persons
<input type="checkbox"/> Beschäftigung - Employment <input type="checkbox"/> selbständige Tätigkeit - Self-employed	<input type="checkbox"/> für Selbständige (Section 21 (4)) – Self-employed
<input type="checkbox"/> völkerrechtliche, humanitäre, politische Gründe Humanitarian or political reasons or under international law	<input type="checkbox"/> völkerrechtliche, humanitäre, politische Gründe (§ 26 Abs. 4 or § 23 Abs. 2) Humanitarian or political reasons or under international law <input type="checkbox"/> Asylberechtigte und Flüchtlinge (Section 26 (3)) - Asylum-seekers and refugees

Ich beantrage den Aufenthaltstitel für – I apply for a residence permit for
 Tage – days Monate / months Jahre / years

Einreise in das Bundesgebiet – Arrival on German territory

seit Geburt – Since birth **am – On**

mit Visum der Auslandsvertretung – With visa from the mission abroad	Gültigkeitsdauer – Valid until
Vorhandene Aufenthaltserlaubnis – Residence permit held	ausstellende Behörde – Issuing authority

Verfügen Sie über deutsche Sprachkenntnisse? – Do you speak German?
 nein – No ja - Yes

2. Angaben zur Person – Personal details

Familienname – Surname ggf. Geburtsname – Birth name (where applicable)		Vorname/n – First name(s)	
Geburtsdatum – Date of birth	Geburtsort – Place of birth (Staat/Bezirk – Country/Region)		
Geschlecht – Sex <input type="checkbox"/> männlich – Male <input type="checkbox"/> weiblich – Female			
Staatsangehörigkeit/en – Citizenship/s <div style="text-align: center;"> <input type="checkbox"/> jetzige - Current <input type="checkbox"/> frühere - Former </div>			

Familienstand – Marital status		
<input type="checkbox"/> ledig – Single	<input type="checkbox"/> verheiratet – Married	<input type="checkbox"/> geschieden – Divorced
<input type="checkbox"/> getrennt lebend – Separated	<input type="checkbox"/> verwitwet – Widowed	<input type="checkbox"/> verpartnert – Registered partnership
Familiennamen, ggf. Geburtsnamen, Vorname des Vaters – Surname (birth name where applicable), first name of father		
Familiennamen, ggf. Geburtsnamen, Vorname der Mutter – Surname (birth name where applicable), first name of mother		

3. Angaben zum Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner – Details of spouse/ registered long term partner

Familiennamen – Surname	ggf. Geburtsnamen – Birth name (where applicable)	Vorname/n – First name(s)
Geburtsdatum – Date of birth		Geburtsort – Place of birth (Staat/Bezirk – Country/Region)
Geschlecht – Sex		
<input type="checkbox"/> männlich – Male	<input type="checkbox"/> weiblich – Female	
Staatsangehörigkeit/en – Citizenship/s		
jetzige - Current		frühere - Former

4. Angaben zu den Kindern – Details of children

Familiennamen des Kindes/ der Kinder Surname of child/children	Vorname First name	Geschlecht Sex	Staatsangehörigkeit/en Citizenship/s	Wohnort Place of residence
		<input type="checkbox"/> männlich – Male <input type="checkbox"/> weiblich – Female		
		<input type="checkbox"/> männlich – Male <input type="checkbox"/> weiblich – Female		
		<input type="checkbox"/> männlich – Male <input type="checkbox"/> weiblich – Female		
		<input type="checkbox"/> männlich – Male <input type="checkbox"/> weiblich – Female		
		<input type="checkbox"/> männlich – Male <input type="checkbox"/> weiblich – Female		

Sollen Familienangehörige mit einreisen oder nachkommen? – Are family members entering with the applicant or following at a later date?
<input type="checkbox"/> nein - No <input type="checkbox"/> ja - Yes Wer? – Who?

5. Angaben zur Wohnung – Details of place of residence

Letzter Wohnort im Herkunftsland – Last place of residence in country of origin	Wird beibehalten – Will be retained <input type="checkbox"/> ja - Yes <input type="checkbox"/> nein - No
Frühere Anschriften (von ... bis..., in....) – Previous addresses (from... until..., in....)	
Wohnanschrift in Halle (Saale) – Address in Halle (Saale)	
Wie sind Sie wohnungsmäßig untergebracht? – Type of accommodation?	
<input type="checkbox"/> Wohnung mit – Apartment - Size: m ²	
<input type="checkbox"/> Sammelunterkunft – Group accommodation	

6. Angaben zu den Ausweisdokumenten – Identity papers

genaue Bezeichnung – Exact designation	
<input type="checkbox"/> Identitätskarte/Personalausweis – Identity card	<input type="checkbox"/> Reisepass – Passport
<input type="checkbox"/> Ausweisersatz – Alternative identification	<input type="checkbox"/>
ausstellender Staat – Issuing country	Seriennummer – Serial number
Ausstellungsdatum – Date of issue	Gültigkeitsdauer – Valid until

7. Angaben zur Sicherung des Lebensunterhalts – Living expenses

Ist Ihr Lebensunterhalt gesichert? – Are your living expenses guaranteed? <input type="checkbox"/> ja – Yes <input type="checkbox"/> nein - No	Höhe der Einkünfte – Income €
durch Erwerbstätigkeit, Unterhaltszahlungen, Stipendium etc., - Via employment, subsistence allowance, scholarship	
Erwerbstätigkeit (Bezeichnung, Name und Adresse des Arbeitgebers) – Employment (job title, name and address of employer)	
Studium/Ausbildung (Fachrichtung/Bezeichnung, Kontaktadresse) – Study/education (Subject/qualification, contact address)	

Beziehen Sie oder eine unterhaltspflichtige Person Sozialleistungen (z. B. ALG II)? Do you or a dependent person receive social welfare benefits (e.g. unemployment benefit [ALG II])? <input type="checkbox"/> ja – Yes <input type="checkbox"/> nein - No
Wer? Art der Leistung – Who? / Type of benefit

Krankenversicherungsschutz für die BRD? Health insurance coverage for the Federal Republic of Germany? <input type="checkbox"/> nein- No <input type="checkbox"/> ja – Yes durch – Company
--

8. Angaben über Vorstrafen und Ermittlungsverfahren – Previous criminal convictions and judicial inquiries

Vorstrafen – Previous criminal convictions <input type="checkbox"/> nein – No <input type="checkbox"/> ja – Yes <input type="checkbox"/> im Ausland – Overseas <input type="checkbox"/> in Deutschland –In Germany
Grund, Art, Höhe – Reasons, nature and extent of the penalty
laufende Ermittlungsverfahren – Ongoing judicial inquiries

9. Spezielle Angaben für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis

Verfügen Sie über deutsche Sprachkenntnisse? Sind Sie in der Lage, deutsche Texte zu lesen, zu verstehen und mündlich zu wiederholen – auch diesen Antrag?	<input type="checkbox"/> Basissprachkurs	Bezeichnung und Institut
	<input type="checkbox"/> Aufbausprachkurs	Bezeichnung und Institut
Haben Sie Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, durch Teilnahme am Orientierungskurs	
Sind Sie in den letzten drei Jahren wegen einer vorsätzlichen Straftat zu einer Jugend- oder Freiheitsstrafe verurteilt worden? (anzugeben sind nur Freiheitsstrafen von mind. 6 Monaten oder Geldstrafen von 180 Tagessätzen)	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> im Inland <input type="checkbox"/> im Ausland	Gericht und Aktenzeichen
Sind Sie jemals aus dem Bundesgebiet ausgewiesen, zurückgeschoben, abgeschoben oder ist eine Einreise in das Bundesgebiet oder in einen anderen Staat des Schengener Abkommens verweigert worden?		

§ 19 AufenthG	Welchem Personenkreis nach § 19 (2) AufenthG gehören Sie an?	<input type="checkbox"/> Wissenschaftler/in mit besonderen fachlichen Kenntnissen
		<input type="checkbox"/> Lehrperson/wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in in herausgehobener Funktion
		<input type="checkbox"/> Spezialist/in; leitende/r Angestellte/r mit besonderer Berufserfahrung
		<input type="checkbox"/> als

	Erwerbstätigkeit	Höhe der Einkünfte
§ 21 Absatz 4 AufenthG	Inwieweit wurde in den vergangenen drei Jahren die selbständige Tätigkeit, für die Sie eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten haben, erfolgreich verwirklicht? Erweist sich Ihre Geschäftsidee weiterhin als tragfähig? Ist Ihre Finanzierung gesichert? Wieviele Arbeits- und Ausbildungsplätze sind vorhanden? Konnte dieses Angebot erweitert werden? -bitte ggf. Nachweise beilegen -	Darstellung der positiven ökonomischen Auswirkung (ggf. Beiblatt verwenden)

Ich erkläre, dass – I hereby declare that:

Ich niemals aus dem Bundesgebiet ausgewiesen, zurückgeschoben, abgeschoben oder mir eine Einreise in das Bundesgebiet oder einen anderen Staat des Schengener Abkommens verweigert wurde. I have never been expelled, removed or deported from German territory and have never been denied access to German territory or another state in the Schengen Agreement.

Ich niemals einer Vereinigung angehört habe oder heute angehöre, die den Terrorismus unterstützt oder unterstützt hat. – I do not belong to nor have I ever belonged to an organisation which supports terrorism or has supported terrorism.

Ich niemals zu den Leitern eines Vereins gehörte, der unanfechtbar verboten wurde, weil seine Zwecke oder seine Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder er sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richtet. – I was never a leading member of an organisation which has been incontestably banned because its purpose or activities were in breach of criminal laws or it violated the constitutional order or the principles of international understanding.

Ich niemals die freiheitlich demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet oder mich bei der Verfolgung politischer Ziele an Gewalttätigkeiten beteiligt oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufgerufen oder mit Gewaltanwendung gedroht habe. – I have never endangered the fundamental free democratic order or the security of the Federal Republic of Germany, participated in acts of violence or publicly incited others to violence in pursuit of political objectives or threatened to use violence.

Ich versichere, vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig gemacht zu haben. Falsche oder unzutreffende Angaben können den Entzug des Aufenthaltstitels zur Folge haben. Außerdem kann Strafanzeige gestellt werden. – I hereby state that the preceding statements are accurate and complete to the best of my knowledge and belief. Incorrect or inaccurate statements can result in the revocation of the residence permit. In addition, criminal charges could be filed.

Lichtbild der antragstellenden Person Photograph of applicant	Gegenwärtige Anschrift – Current address ; Straße, Hausnummer – Street, house number	
	PLZ, Ort – Postcode, city	
	Kontakt (E-Mail, Telefon) – Contact (e-mail, telephone)	
	Ort, Datum – City, Date	Eigenhändige Unterschrift – Personal signature

Bearbeitungsvermerke – Processing comments

Sonstige Bearbeitungsvermerke – Other processing comments	Die Bearbeitungsgebühr in Höhe von The processing fee of _____ € wurde angezahlt/bezahlt. has been paid in part/fully. Datum, Unterschrift Sachbearbeiter Date, signature of processing employee
---	---

Muster: Antrag auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis (Rheine, Nordrhein-Westfalen)

Verwilligung, Nachahmung, Verfeinerung und elektronische Speicherung nur mit Genehmigung!

Form-Solutions E-Mail: info@form-solutions.de www.form-solutions.de
 Telefon: 070829464-0 · Telex: 070829464-17
 Artikel Nr. 100006

Antrag auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis gem.

§ 9 Abs. 2 Aufenthaltsgesetz (AufenthG)

§ 19 AufenthG (Hochqualifizierte)

§ 21 Abs. 4 AufenthG (Selbständige)

§ 23 Abs. 2 AufenthG (besonders gelagerte politische Interessen)

§ 28 Abs. 2 AufenthG

§ 35 Abs. 1 AufenthG

§ 26 Abs. 4 i.V.m. § 9 Abs. 2 AufenthG

Stadtverwaltung Rheine
 Fachbereich Recht und Ordnung
 Manfred Wietkamp
 Klosterstr. 14
 48431 Rheine

Datenschutzrechtlicher Hinweis
 Die mit der Ausführung dieses Gesetzes betrauten Behörden dürfen zum Zwecke der Ausführung dieses Gesetzes und ausländerrechtlicher Bestimmungen in anderen Gesetzen personenbezogene Daten erheben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz und nach ausländerrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen erforderlich ist (§§ 86ff Aufenthaltsgesetz (AufenthG))

1. Antragsteller/in

Familienname		Ggf. Geburtsname	Vorname	
Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)	Geburtsort		Staatsangehörigkeiten	Geschlecht <input type="radio"/> männlich <input type="radio"/> weiblich
Familienstand <input checked="" type="radio"/> ledig <input type="radio"/> verheiratet <input type="radio"/> in eingetragener Lebenspartnerschaft <input type="radio"/> geschieden <input type="radio"/> verwitwet <input type="radio"/> getrennt lebend				
seit <input type="text" value="Datum (TT.MM.JJJJ)"/>				
Straße, Hausnummer		PLZ 48431	Ort Rheine	
Telefon (Angabe freiwillig)		Fax (Angabe freiwillig)	E-Mail (Angabe freiwillig)	

2. Personalausweis/Reisepass

Art des Ausweisedocumentes		Passnummer
Ausstellungsdatum	Ablauf Gültigkeit	Name der Ausstellungsbehörde

3. Aufenthaltsgenehmigung

Name der Ausstellungsbehörde		
Straße, Hausnummer		PLZ
		Ort

Gültigkeit/ Verlängerung					
Zeitraum	-	von	-	bis	

4. Bestreitung des Lebensunterhaltes
 Erhalten Sie oder eine Person, der Sie zum Unterhalt verpflichtet sind Sozialhilfe oder Hilfe zur Erziehung? nein ja

	Einkommensart	Höhe pro Monat
1		
2		
3		
4		
5		

5. Leistungen zur gesetzlichen Rentenversicherung

Haben Sie mindestens 60 Monate Pflichtbeiträge oder freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung geleistet? Gleiches gilt für Aufwendungen für einen Anspruch auf vergleichbare Leistungen einer Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung oder eines Versicherungsunternehmens? (**Hinweis:** Berufliche Ausfallzeiten auf Grund von Kinderbetreuung oder häuslicher Pflege werden entsprechend angerechnet)

nein ja (bitte belegen)

6. Jugend-/ oder Freiheitsstrafen

Sind Sie in den letzten drei Jahren wegen einer vorsätzlichen Straftat zu einer Jugend- oder Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten oder einer Geldstrafe von mindestens 180 Tagessätzen verurteilt worden?

nein ja

7. Un-/Selbstständige Tätigkeit

Ist Ihnen die Aufnahme einer unselbständigen Beschäftigung erlaubt? nein ja

Sind Sie im Besitz der für eine dauernde Ausübung einer Erwerbstätigkeit erforderlichen Erlaubnisse? nein ja

8. Deutsche Sprachkenntnisse

Verfügen Sie über deutsche Sprachkenntnisse?

nein (bitte begründen) ja, aufgrund des
 Schulbesuchs Elternhauses Integrationskurses i.S.v. §§ 43ff AufenthG

9. Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung

Verfügen Sie über (Grund-)Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet?

nein (bitte begründen) ja, aufgrund des
 Integrationskurs i.S.v. §§ 43ff AufenthG

10. Wohnverhältnisse

Wohnfläche qm

	Erwachsene	Kinder
Anzahl der in der Wohnung Lebenden	<input type="text"/>	<input type="text"/>

11. Politische Betätigung

Beabsichtigen Sie sich in der Bundesrepublik politisch zu betätigen?

nein ja

Art und Umfang

Haben Sie sich in Ihrem Heimatland politisch betätigt?

nein ja

Art und Umfang

12. Ehegatte/Lebenspartner/in (nur sofern die Person ebenfalls eine Niederlassungserlaubnis erhalten soll)**12.1 Allgemeines**

Familienname		Ggf. Geburtsname		Vorname	
Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)		Geburtsort		Staatsangehörigkeit/en	
				Geschlecht <input type="radio"/> männlich <input type="radio"/> weiblich	
Straße, Hausnummer		PLZ	Ort		
Telefon (Angabe freiwillig)		Fax (Angabe freiwillig)	E-Mail (Angabe freiwillig)		

12.2 Personalausweis/Reisepass

Art des Ausweisdokumentes			Passnummer
Ausstellungsdatum	Ablauf Gültigkeit	Name der Ausstellungsbehörde	

12.3 Aufenthaltsgenehmigung

Name der Ausstellungsbehörde			
Straße, Hausnummer		PLZ	Ort

	Gültigkeit/Verlängerung					
Zeltraum - von						
- bis						

12.4 Jugend-/oder Freiheitsstrafen

Sind Sie in den letzten drei Jahren wegen einer vorsätzlichen Straftat zu einer Jugend- oder Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten oder einer Geldstrafe von mindestens 180 Tagessätzen verurteilt worden?

nein ja

12.5 Deutsche Sprachkenntnisse

Verfügen Sie über deutsche Sprachkenntnisse?

nein (bitte begründen) ja, aufgrund des
 Schulbesuchs Elternhauses Integrationskurses i.S.v. §§ 43 AufenthG

12.6 Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung

Verfügen Sie über (Grund-)Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet?

nein (bitte begründen) ja, aufgrund des
 Integrationskurses i.S.v. §§ 43 AufenthG

12.7 Politische Betätigung

Beabsichtigen Sie sich in der Bundesrepublik politisch zu betätigen?

nein ja

Art und Umfang

Haben Sie sich in Ihrem Heimatland politisch betätigt?

nein ja

Art und Umfang

13. Anlagen

- | | |
|---|--|
| <input type="radio"/> Reisepass | <input type="radio"/> Ausweis |
| <input type="radio"/> Geburtsurkunde | <input type="radio"/> Heiratsurkunde |
| <input type="radio"/> Vaterschaftsanerkennung | <input type="radio"/> Sorgerechtsklärung |
| <input type="radio"/> Mietvertrag | <input type="radio"/> Verdienstbescheinigung über die letzten 3 Monate |
| <input type="radio"/> Arbeitgeberbescheinigung | <input type="radio"/> Einkommensteuerbescheid |
| <input type="radio"/> Stipendienbescheid | <input type="radio"/> Bescheid der Agentur für Arbeit |
| <input type="radio"/> Bescheid des Sozialamts | <input type="radio"/> Zulassungsbescheid der Hochschule |
| <input type="radio"/> Immatrikulationsbescheinigung der Hochschule | <input type="radio"/> Krankenversicherungsnachweis |
| <input type="radio"/> Schulbescheinigung | <input type="radio"/> Scheidungsurteil |
| <input type="radio"/> Gewerbeanmeldung | <input type="radio"/> Nachweis über Integrationskurs |
| <input type="radio"/> Aktuelles Passbild | <input type="radio"/> Finanzierungsnachweis |
| <input type="radio"/> Nachweis über 60 Monate Rentenversicherungsbeiträge | |

14. Ergänzungen

Ich versichere, vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig gemacht zu haben. Mir ist bekannt, dass falsche oder unzutreffende Angaben ein Grund für den Entzug der Niederlassungserlaubnis sind. Außerdem kann eine Strafanzeige gestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ort, Datum Rheine, den	Unterschrift Antragsteller/in
------------------------------	-------------------------------

Die Verwaltungsgebühr wurde heute entrichtet

Das hinterlegte Ausweisdokument wurde mir heute ausgehändigt.

Ort, Datum	Unterschrift Behörde		Unterschrift Antragsteller/in
	Verwaltungsgebühr	Gebührenverzeichnis-Nr.	